



Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

30. Jahresbericht

des Präsidenten



30. Jahresbericht

des Präsidenten

A decorative graphic consisting of several concentric, dashed circles in shades of gold and yellow, centered on the page. To the left of these circles is a solid vertical gold bar. The year '2011' is printed in a bold, gold, sans-serif font, partially overlapping the bottom left of the circular graphic.

2011

Vorwort des Präsidenten	4
Grußwort des Bundesministers des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB	7
Hochschule im Dialog mit ...	10
Der neue Studiengang Verwaltungsinformatik	18
Senat	23
Senatswahl 2011	23
Die Arbeit des Senats im Jahr 2011	28
Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2011	33
Mitglieder der Studienplankommission	36
Hochschulzentrum	37
Herausforderungen angenommen	37
Familiengerechte Hochschule	41
Der Master of Public Administration	45
Dekanat am Zentralbereich	49
Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten des Zentralbereichs	54
Wissenschaftlicher Dienst	66
Zentralbibliothek	72
Marketing	75
Servicezentrum und Gebäudemanagement	79
Hochschulsport	88

Aus den Fachbereichen	90
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung	90
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten	105
Fachbereich Bundespolizei	108
Fachbereich Bundeswehrverwaltung	124
Fachbereich Finanzen	170
Fachbereich Kriminalpolizei	190
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung	199
Fachbereich Nachrichtendienste	202
Fachbereich Sozialversicherung	211
Fachbereich Wetterdienst	215
Anlagen	219
Daten und Zahlen der Fachhochschule des Bundes	219
Organisationsplan	220
Studierendenstatistik	221
Eckdaten aus dem Haushalt	222
Veröffentlichungen 2011	223
Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter	270

Vorwort des Präsidenten



Thomas Bänders

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue, mich Sie erneut einzuladen, meinem Jahresbericht und damit der FH Bund Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Jahr 2011 war für die FH Bund in hohem Maße von Reformen geprägt. Die Reform der Bundeswehr zog in den Medien große Aufmerksamkeit auf sich. Dies liegt sicher an der Aussetzung der Wehrpflicht. Aber auch die damit verbundene Reform der Bundeswehrverwaltung, sei es im Bundesministerium der Verteidigung selbst oder in der Wehrverwaltung, stand neben den Standortschließungen im Fokus. Diese Reform hat direkte Auswirkungen auf den Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund. Nicht nur die Frage der Organisation des Fachbereichs im Verbund der FH Bund, auch die Ausrichtung der Studienpläne war hiervon betroffen. Mittlerweile werden einzelne Konzepte umgesetzt. Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung, den Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Verbund der FH Bund zu belassen.

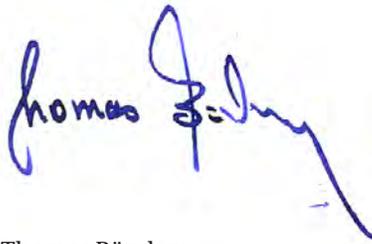
Auch der Fachbereich Kriminalpolizei war im Jahr 2011 von einer Reform betroffen. Der Bundesminister des Innern entschied im Juni 2011, die Aus- und Fortbildung der Polizeien des Bundes zusammenzuführen. Derzeit erarbeiten alle betroffenen Institutionen im Rahmen einer Projektgruppe Vorschläge zur Umsetzung dieser Ministerentscheidung.

Der Studiengang Master of Public Administration startete am 30. März 2011 mit dem ersten Studienjahrgang. Ich konnte an diesem Tag 22 hochmotivierte Masterstudentinnen und Masterstudenten an der FH Bund begrüßen. Der berufsbegleitende, weiterbildende Fernstudiengang hat das Ziel, den Aufstieg vom gehobenen in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes zu ermöglichen. Ich bin mir sicher, dass der FH Bund auch dies in gewohnter Art und Weise gelingen wird. Hierfür sprechen bereits erste Erfolge. Für das Jahr 2012 ist beabsichtigt, den Studiengang als refinanzierten Fortbildungs- und Weiterbildungsstudiengang allen Beschäftigten der Bundesverwaltung zu eröffnen.

Der bestehende Mangel an IT-Fachkräften sowie die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Gewinnung von qualifizierten IT-Fachkräften sind für die Bundesverwaltung unverkennbar problematisch. Um den Bedarf an IT-Nachwuchskräften langfristig zu decken, beauftragten das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium des Innern die FH Bund damit, einen Studiengang „Verwaltungsinformatik“ zur Erlangung der Befähigung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst zu entwickeln. Dieser Studiengang wird ab August 2012 in Kooperation zwischen dem Zentralbereich und dem Fachbereich Finanzen in Brühl und in Münster angeboten. Mit dem Studiengang werden Nachwuchskräfte schon frühzeitig an die Bundesverwaltung gebunden, um so dem sich abzeichnenden IT-Fachkräftemangel offensiv entgegenzutreten.

Die FH Bund stand im vergangenen Jahr jedoch nicht nur vor diesen neuen Herausforderungen. Sie kann auch auf Weiterentwicklung und Festigung bereits bewältigter Herausforderungen zurückblicken. Eine ausführliche Darstellung der Veränderungen und Entwicklungen bietet der 30. Jahresbericht. Er soll Zeugnis geben über die Aktivitäten und Projekte des vergangenen Jahres und gleichzeitig Beleg sein für eine attraktive und zukunftsorientierte Hochschule. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr

A handwritten signature in blue ink, reading "Thomas Bönders". The signature is fluid and cursive, with a long, sweeping tail on the last letter.

Thomas Bönders

Präsident der Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Grußwort des Bundesministers des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

Ein moderner Staat wie die Bundesrepublik Deutschland braucht eine moderne Verwaltung. Die Verwaltung muss den wachsenden Anforderungen der Gesellschaft mit einer hohen Dynamik beim technologischen Fortschritt und einer immer engeren internationalen Verflechtung gerecht werden. Eine moderne Verwaltung stärkt nicht nur Wachstum und Wohlstand, sondern ist auch Grundlage für Rechtsstaat und Demokratie. Eine leistungsstarke und zeitgemäße Verwaltung benötigt deshalb sehr gut qualifiziertes und engagiertes Personal.

Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) trägt an entscheidender Position dazu bei, dass die Bundesverwaltung mit hochmotiviertem Fachkräftenachwuchs ausgestattet wird. Sie leistet damit einen maßgeblichen Beitrag, die zunehmende Fülle und Komplexität der Verwaltungsaufgaben in einer sich wandelnden Gesellschaft zu schultern. An zehn Fachbereichen mit den verschiedensten Ausrichtungen, wie z. B. Bundespolizei, Bundeswehrverwaltung oder Sozialversicherung, werden Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes ausgebildet.

Um den Nachwuchs gezielt und praxisgerecht auf den Einsatz in der Bundesverwaltung vorzubereiten, muss sich die FH Bund ständig neuen Herausforderungen stellen. Dass



Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

sie diesem Anspruch gerecht werden kann, hat die FH Bund in ihrer über 30-jährigen Geschichte bewiesen. Hierfür sprechen vor allem die Zahlen der Absolventinnen und Absolventen sowie die durchweg positiven Rückmeldungen der Abnehmerbehörden. All jenen, die daran Anteil hatten, von der Gründungsgeneration bis zu den heutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie der aktuellen Leitung der Fachhochschule gilt mein besonderer Dank. Ohne ihr stetes Engagement und Einsatzbereitschaft wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.

Die bildungspolitische Entscheidung, das Ausbildungsniveau für den gehobenen nichttechnischen Dienst zu erhöhen, und die damit verbundene Gründung der FH Bund erweist sich auch heute noch als richtig und zukunftsweisend. Gerade in schwierigen Zeiten müssen sich Staat und Gesellschaft auf kompetente und zuverlässige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verlassen können.

Am 1. April 2011 startete der erste berufsbegleitende Studiengang „Master of Public Administration“ als Aufstiegsfortbildung in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst. Hier beschreitet die FH Bund nicht nur Neuland beim Ausbildungsniveau, sondern auch bei der organisatorischen Abwicklung. Erstmals werden Studierende das Studium vorrangig im Selbststudium mit Hilfe von Studienbriefen bewältigen. Die FH Bund erweitert damit ihr Profil um ein wesentliches Weiterbildungsangebot für die Beschäftigten des Bundes. Sie trägt damit dem wachsenden Bedarf an

lebenslangem Lernen Rechnung, der gerade auch aufgrund der demografischen Entwicklung immer wichtiger wird.

Ich bin mir sicher, dass die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung auch in Zukunft Garant für eine ausgezeichnete Ausbildung und zunehmend auch bei der Fort- und Weiterbildung sein wird. Für die anstehenden Herausforderungen, insbesondere bei der Einrichtung des neuen Studienganges Verwaltungsinformatik, wünsche ich allen Beteiligten, nicht zuletzt den Absolventinnen und Absolventen, gutes Gelingen und viel Erfolg.



Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

Bundesminister des Innern



Hochschule

im Dialog mit ...

Veranstaltungsreihe

Hochschule im Dialog mit ...



Die Veranstaltungsreihe Hochschule im Dialog mit... nimmt den Dialog mit Personen aus Politik und Gesellschaft auf und ermöglicht den direkten Kontakt zu Entscheidungsträgern. Hierdurch eröffnet die Fachhochschule des Bundes ihren Studierenden die Möglichkeit direkt an aktuelle Hintergrundinformationen aus erster Hand zu gelangen und damit die praktische Umsetzung der theoretischen Studieninhalte aktiv zu hinterfragen.

Darüber hinaus nutzt die FH Bund die Veranstaltungsreihe aber auch, um sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und damit zu zeigen, dass Bildung – auch an einer internen Hochschule – nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet. Die Erfahrungen und vor allem die durchweg positiven Rückmeldungen haben gezeigt, dass dies der FH Bund gelungen ist.

Die Reihe erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit, auch über die Grenzen der Fachhochschule des Bundes und der Stadt Brühl hinaus. Sie wird daher auch über das Jahr 2011 hinaus weitergeführt.



Hochschule im Dialog mit ... Peer Steinbrück, MdB

„Unterm Strich“

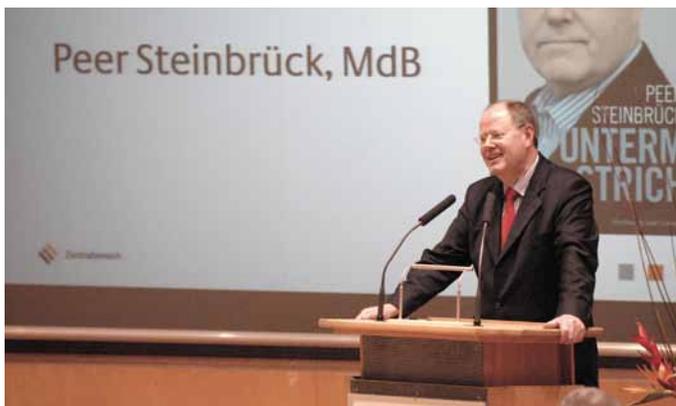
Am 25. März 2011 besuchte Peer Steinbrück die FH Bund. In seinem Vortrag legte der Abgeordnete des Deutschen Bundestages seine Sichtweise auf die Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten Jahre dar. Er verdeutlichte die Entscheidungen, die er als damaliger Bundesfinanzminister vorangetrieben hatte und erläuterte die Ursachen der Krisen.

Vor mehreren hundert Mitgliedern und Gästen der FH Bund sprach Steinbrück auch über zukünftige Herausforderungen für die Politik und vor allem für die Gesellschaft. So seien aus

Foto rechts:
Peer Steinbrück, MdB

Foto unten links:
Peer Steinbrück, MdB

Foto unten rechts:
Peer Steinbrück, MdB und
Präsident Bönders



seiner Sicht Investitionen in Bildung dringend geboten, um auch weiterhin in einer friedlichen Gesellschaft leben zu können. Er forderte vor allem das junge Publikum dazu auf, den Gedanken an Frieden nie zu verlieren und sich das hohe Gut der Freiheit immer wieder vor Augen zu führen.

Bei der anschließenden Diskussion mit dem Publikum stand nicht nur die Finanzpolitik im Mittelpunkt. Auch bildungspolitische Themen und eine Frage zum zukünftigen Kanzlerkandidaten der SPD wurden gestellt. Der Frage nach einer möglichen Kanzlerkandidatur wich Steinbrück humorvoll aber bestimmt aus: „Mit dieser Frage bringen Sie mich um!“



Präsident Bönders und
Peer Steinbrück, MdB



Hochschule im Dialog mit ... Steffen Kampeter, MdB

„Finanzpolitik und europäische Integration – Aufgaben für die Euro Governance“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter, MdB plädierte am 5. Oktober 2011 für die Solidarität in Europa. Auch Deutschland habe von der Solidarität in Europa profitiert, also solle man sich auch nicht der Solidarität mit den europäischen Nachbarn verschließen.

Er zeigt sich zudem beeindruckt von den Worten des Papstes am 22. September 2011 vor dem Deutschen Bundestag. Der Papst habe in seiner philosophisch-theologisch gehaltenen Ansprache auf die Errungenschaft des Friedens in Europa hingewiesen und dazu aufgefordert dieses Erbe weiter zu festigen.

Der Abgeordnete des Deutschen Bundestages wies zudem darauf hin, dass Europa nicht nur als Währungsunion gesehen werden dürfe. Die Europäische Union sei eine wirtschaftliche und politische Partnerschaft, die für Frieden und Wohlstand stehe. Gleichwohl räumte er im Hinblick auf den EURO ein, dass die politische Währungsunion gescheitert sei.

Foto links:
Steffen Kampeter, MdB

Foto rechts:
Steffen Kampeter, MdB
während seines Vortrags



Mehrfach auf die damalige aktuelle Debatte über Griechenland angesprochen, legte er dar, warum der am 29. September 2011 vom Bundestag beschlossene sog. Rettungsschirm notwendig sei. Dadurch werde die Bundesregierung in die Lage versetzt die Prozesse noch steuern zu können.

Er sprach sich auch gegen die oft geforderten Eurobonds aus, da ein solcher Finanzausgleich – verglichen mit dem im deutschen Föderalismus begründeten innerdeutschen – in Europa nicht realisierbar sei. Auf die Ratingagenturen und deren Macht angesprochen, musste der Abgeordnete eingestehen, dass die Politik auf diese Frage noch keine Antwort habe.



Foto oben links:
 Steffen Kampeter, MdB

Foto unten links und rechts:
 Blick aus dem Publikum



Hochschule im Dialog mit ... Herta Däubler-Gmelin

„Wasser als Menschenrecht – Garantie für einen angemessenen Lebensstandard“

Unter dem Titel „Wasser als Menschenrecht – Garantie für einen angemessenen Lebensstandard?“ war die ehemalige Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin am 29. November 2011 zu Gast an der Fachhochschule des Bundes in Brühl.

In ihrem Vortrag stellte Däubler-Gmelin die Entwicklung des Menschenrechts auf Wasser dar und ging auf die Hintergründe der Initiative bei den Vereinten Nationen im Juli 2010 ein. Sie machte die vorherrschende Situation in verschiedenen Ländern deutlich und stellte hinsichtlich des Wasserverbrauchs Vergleiche mit Deutschland auf. Sie ließ in ihren Vortrag immer wieder persönliche Erfahrungen einfließen.

Darüber hinaus stellte sie fest, dass das Wasseraufkommen der Erde die Weltbevölkerung derzeit ausreichend mit Wasser versorgen könne, es müsse nur entsprechend aufbereitet werden. Hier bestünden allerdings die Schwierigkeiten.

Foto links und rechts:
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin



Im Anschluss an den Vortrag nutzten viele Gäste die Möglichkeit, ganz im Zeichen der Veranstaltungsreihe persönlich mit der ehemaligen Abgeordneten des Deutschen Bundestages ins Gespräch zu kommen.

Präsident Bönders würdigte diese Veranstaltung als ausgezeichneten Abschluss des Veranstaltungsjahres 2011 und wies in diesem Zusammenhang auf die Fortführung der Veranstaltungsreihe hin. Frau Däubler-Gmelin habe mit ihrem Vortrag eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig dieses Thema auch für Deutschland ist. „Ohne Wasser ist keine Kultur denkbar“, so Bönders. Dieser Vortrag habe dazu beigetragen, sich mit diesem Thema tiefgründiger zu beschäftigen, wohl auch über diesen Abend hinaus.



Foto oben links und unten links:
 Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Foto unten rechts:
 Ein Blick aus dem Publikum



A blurred, high-angle photograph of a crowd of people walking through a hallway or a large room. The image is heavily motion-blurred, creating a sense of movement and activity. The color palette is dominated by warm, golden-yellow and orange tones, which blend into the background of the title area.

Der neue Studiengang Verwaltungsinformatik

Am 1. August 2012 wird an der Fachhochschule des Bundes ein neuer Studiengang ins Leben gerufen. Knapp 50 Studierende werden dann in drei Jahren zur Verwaltungsinformatikerin oder zum Verwaltungsinformatiker ausgebildet. Dabei werden das sechsmonatige Grundstudium am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes in Brühl, das 18-monatige Hauptstudium am Fachbereich Finanzen in Münster und die zwölfmonatigen Praxisphasen bei den jeweiligen Entsendebehörden durchgeführt. Erstmals wird damit ein eigenständiger IT-Studiengang an der FH Bund angeboten. Entsendende Behörden können – auch dies ist ein Novum – sämtliche Einrichtungen der Bundesverwaltung sowie institutionelle Zuwendungsempfänger des Bundes sein.

Die u. a. auf die Initiative des IT-Rates der Bundesregierung erfolgte Einführung des Studiengangs ist notwendig, weil zum einen die IT-Aufgaben in der Bundesverwaltung seit Jahren stetig wachsen und zum anderen der Bedarf an qualifiziertem IT-Personal am freien Markt kaum gedeckt werden kann. Darüber hinaus soll der ständigen Fluktuation der IT-Fachkräfte, insbesondere dem Wechsel von der

Verwaltung in die freie Wirtschaft gezielt entgegengewirkt werden. Im Studium wird deshalb nicht nur auf die Vermittlung des erforderlichen IT-Wissens besonderer Wert gelegt, vielmehr soll eine möglichst enge und dauerhafte Bindung der Studierenden an den Arbeitgeber „öffentliche Verwaltung“ hergestellt werden.

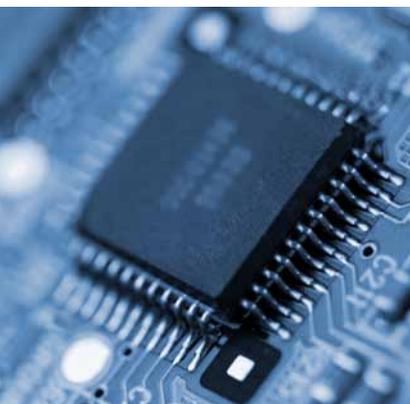
Die Inhalte des Studiengangs lassen sich drei Säulen zuordnen. Die erste Säule enthält den IT-Teil und erfasst knapp 50 % des Workloads. Insgesamt fünf Modulgruppen beschäftigen sich mit den Themen „Basistechnologien“, „Entwicklung von Systemen“, „Basisqualifikationen“, „Anwendungsfelder in der Verwaltung“ sowie „Systemmanagement und Unterstützungsprozesse“. Die mittlere Säule enthält unter dem Titel „Verwaltungsmanagement“ die wirtschaftswissenschaftlichen Themen mit umfassenden Bezügen insbesondere zur Informatik (ca. 30 % des Workloads). In der dritten Säule wird die „Allgemeine Verwaltungslehre“ vorgestellt, die neben dem „Basiswissen Verwaltungshandeln“, die „Aufgaben und Managementkonzepte (in) der Bundesverwaltung“ erfasst (ca. 20 % des Workloads). Die Inhalte lassen erkennen, dass keine reinen IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten ausgebildet werden sollen. Ziel ist vielmehr die Ausbildung zu flexibel einsetzbaren IT-Fachkräften, die das Aufgabenspektrum und die Kontextfaktoren der „öffentlichen Verwaltung“ verstehen



und IT-gestützte Lösungen für eine möglichst effiziente und effektive Auftragserfüllung finden können.

Die Vermittlung des Lernstoffs erfolgt mittels neuester didaktischer Methoden. Die erforderlichen Prüfungen berücksichtigen nicht nur Klausur und Hausarbeit sondern decken vielmehr das gesamte Spektrum moderner Prüfungsformen ab. Damit werden sie den spezifischen Anforderungen eines IT-Studiengangs in besonderem Maße gerecht.

In den berufspraktischen Studienabschnitten sollen die Studierenden zunächst ihre entsendenden Behörden kennenlernen. Im Anschluss daran werden sie in den IT-Abteilungen an ihre späteren Aufgaben herangeführt. Dabei geht es nicht darum, dass sie sämtliche Tätigkeits-



bereiche ihrer Behörden durchlaufen. Vielmehr sollen sie sich auf einzelne Aufgabenfelder konzentrieren und dort möglichst selbstständig mitarbeiten können, um neben ihrem Interesse an IT auch das Verständnis für die Aufgabenerfüllung ihres Dienstherrn zu fördern. Die frühzeitige Bindung an die Verwaltung und die Identifikation mit der öffentlichen Verwaltung ist somit nicht nur im fachtheoretischen Teil des Studiums eines der vorrangigen Ziele.

Um den Studiengang „Verwaltungsinformatik“ zu konzipieren, wurde am 7. September 2011 eine Projektgruppe eingerichtet. Dieses Projekt gliedert sich in zwei Teilprojekte. Die Projektleitung erfolgt gleichberechtigt als Doppelspitze durch Frau Dr. Dorothee Goldner (Zentralbereich) und Herrn Richard Stüwe (Fachbereich Finanzen).

Von Seiten der Projektgruppe wurden im Jahr 2011 bereits mehrere Meilensteine erreicht:

- Es wurden Verwaltungsvereinbarungen erarbeitet, die die organisatorischen Einzelheiten und die Pflichten der Bedarfsbehörden und der Fachhochschule des Bundes bei der Durchführung des Studiengangs regeln. Mit Abschluss dieser Verwaltungsvereinbarungen erwerben die Bedarfsbehörden verbindlich ein Kontingent von Studienplätzen.
- Ferner wurden auf Basis der vom Zentralbereich entworfenen Marketing-Konzeption 2012 spezifische, auf die Bedürfnisse des Studiengangs Verwaltungsinformatik ausgerichtete Marketing-Maßnahmen entworfen.
- Der Studienplan für das Grundstudium ist fertiggestellt und die Inhalte und Kompetenzen der Grundstudiums-Module wurden im Modulhandbuch entsprechend angepasst und ergänzt.
- Zwischen der Projektgruppe, dem Prüfungsamt am

Zentralbereich und dem Aufsichtsreferat im Bundesministerium des Innern wurde ein Entwurf der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung abgestimmt. Dieser Entwurf wurde auf Basis der „Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes“ erarbeitet und dem Senat im November 2011 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Für das erste Quartal 2012 ist die Ressortabstimmung mit anschließender Rechtsförmlichkeitsprüfung durch das Bundesministerium der Justiz vorgesehen.



Die Nachfrage nach dem Studiengang Verwaltungsinformatik hat bereits vor seiner endgültigen Einführung deutlich zugenommen. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf potentielle Studierende sondern auch in Bezug auf das Interesse möglicher Entsendebehörden. Für die kommenden Jahre deutet sich bereits heute ein Anstieg der Studierendenzahlen an. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt und dazu beiträgt, den Studiengang Verwaltungsinformatik auf Dauer an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung an den Standorten in Brühl und Münster zu etablieren.



Senat

Senatswahl 2011

Am 17. Februar 2011 fand die Wahl zum Senat der Fachhochschule des Bundes statt. Turnusgemäß wurden alle Mitglieder neu gewählt. Die Wahl mit über 3.800 Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von insgesamt 41,3% fand zeitgleich an allen zehn Fachbereichen und am Zentralbereich der FH Bund statt.

Aus der Wahl gingen folgende Mitglieder des Senats hervor:

Wählergruppe I – Professorinnen und Professoren sowie gleichgestellte hauptamtlich Lehrende

- RD Dr. Günter Schmidt
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- Prof. Dr. Ulrich Steding
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- Prof'n Dr. Anke Borsdorff
Fachbereich Bundespolizei

- Prof. Dr. Eckart Lang
Fachbereich Bundeswehrverwaltung
- RD Richard Stüwe
Fachbereich Finanzen
- RR Jörg Mohr
Fachbereich Kriminalpolizei
- VOR Klaus Merle
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- Prof. Dr. Raimund Jokiel
Fachbereich Nachrichtendienste
- Prof. Dr. Jürgen Beschorner
Fachbereich Sozialversicherung
- Prof. Dr. Friedhelm Wallbaum
Fachbereich Wetterdienst
- Priv. Doz. RD Dr. Andreas Lamers
Zentralbereich

Wählergruppe II – Hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigte

- ROAR'n Doris Blau
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- RI'n Nicole Mylau
Zentralbereich
- ZOAR Heinz Bludau
Fachbereich Finanzen
- RAR Uwe Schlegel
Fachbereich Bundespolizei

Wählergruppe III – Studierende

- Björn Weidner
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- Romy Salomon
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- Bianca Fröhlich
Fachbereich Bundespolizei
- Mike Stiehler
Fachbereich Bundeswehrverwaltung
- Mathias Foit
Fachbereich Finanzen
- Tony Schröter,
ab 1. Oktober 2011 Matthias Nöll
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- N. N.
Fachbereich Nachrichtendienste
- Patrick Helms
Fachbereich Sozialversicherung
- Sonja Stöckle
Fachbereich Wetterdienst

Darüber hinaus gehörten dem Senat folgende Mitglieder kraft Amtes an:

- Präsident Thomas Bönders
Vorsitzender
- em. Universitätsprofessor Dr. jur. Dr. rer. pol. Klaus König
Ehrensensator
- Staatssekretär a. D. Johann Hahlen
Ehrensensator
- Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der
CDU/CSU – Bundestagsfraktion Peter Altmaier, MdB
Ehrensensator

Mitglieder des
Senats



Dekaninnen und Dekane der Fachbereiche

- RD Dr. Wolfgang Harmgardt
Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung
- VLR Tilman Enders,
ab 20. Juni 2011 VLR Matthias Hansen
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten
- Präsident Bernd Brämer
Fachbereich Bundespolizei
- Direktor Rudolf Junger
Fachbereich Bundeswehrverwaltung
- Prof. Dr. Thorsten Heyer
Fachbereich Kriminalpolizei
- LtdVerwD Hubert Lohaus,
ab 1. September 2011 LtdVerwD Karl Friedrich Köhler
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- RD'n Dr. Monika Rose-Stahl (kommissarisch),
ab 26. Mai 2011 DirBND Dr. Hans Dieter Denk
Fachbereich Nachrichtendienste
- RD Harald Wollkopf
Fachbereich Wetterdienst

Teilnehmende ohne Stimmrecht

- AP Claus Hoffmann
Kanzler
- Prof. Dr. Detlef Leipelt
Dekan am Zentralbereich

Die Arbeit des Senats im Jahr 2011

Im Jahr 2011 fanden drei Sitzungen des Senats der FH Bund statt:

- 15./16. März 2011
- 5./6. Juli 2011
- 22./23. November 2011

In diesen drei Sitzungen befasste sich der Senat u. a. mit folgenden Themen:

Rahmenpapier über die Grundsätze einer Evaluation an der FH Bund

Zur Unterstützung der Fachbereiche und zur Förderung der Vergleichbarkeit der Evaluationsergebnisse ist ein einheitlicher Rahmen, der die Grundsätze einer effektiven Lehrevaluation beschreibt, geboten.

Im Jahr 2010 beauftragte der Senat die Studienplankommission mit der Erarbeitung eines Rahmenpapiers „Grundsätze der Evaluation an der FH Bund“. Mit diesem Entwurf der Studienplankommission befasste sich der Senat auf seiner ersten Sitzung in 2011. Der Senat beschloss das „Rahmenpapier über die Grundsätze einer Evaluation an der FH Bund“ und bat darum, alle Evaluationsordnungen der Fachbereiche und des Zentralbereichs an diesen Grundsätzen auszurichten.

Neue Verordnung über das Studium und Prüfung für den gehobenen Wetterdienst des Bundes

Nach § 10 der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) vom 12. Februar 2009 sind die Ressorts gehalten, die in ihrem Zuständigkeitsbereich erlassenen Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen durch neue, den fachspezifischen Vorbereitungsdienst regelnde Verordnungen abzulösen.

Für den Fachbereich Wetterdienst ist in Zusammenarbeit von zivilem und militärischem Wetterdienst sowie den entsprechenden Ministerien eine neue Verordnung erarbeitet und dem Senat vorgelegt worden.

Der Senat nahm den Entwurf dieser Verordnung in seiner März-Sitzung gemäß § 8 I Nr. 5 GO-FH Bund zustimmend zur Kenntnis.

Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Zolldienst des Bundes

Das Bundesministerium der Finanzen hat einen Entwurf der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Zolldienst des Bundes erarbeitet und über den Fachbereichsrat des Fachbereichs Finanzen dem Senat der FH Bund vorgelegt.

Der Senat nahm den Entwurf dieser Verordnung in seiner Juli-Sitzung gemäß § 8 I Nr. 5 GO-FH Bund zustimmend zur Kenntnis.

Neue Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst – Schwerpunkt Verwaltungsinformatik – in der Bundesverwaltung

Der Entwurf einer Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst – Schwerpunkt Verwaltungsinformatik – in der Bundesverwaltung wurde von der Projektgruppe Verwaltungsinformatik erarbeitet und mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmt.

Der Senat nahm den Entwurf dieser Verordnung in seiner November-Sitzung gemäß § 8 I Nr. 5 GO-FH Bund zustimmend zur Kenntnis.

Ablauf der Amtszeit des Präsidenten

Gemäß § 9 III GO-FH Bund wird durch den Senat der FH Bund eine Vorschlagsliste zur Bestellung des Präsidenten erstellt. Die Amtszeit des amtierenden Präsidenten endet im Jahr 2012. Daher befasste sich der Senat der FH Bund unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Präsidenten, Direktor Junger, mit dem Ablauf der Amtszeit des Präsidenten.

Auf seiner Juli-Sitzung beschloss der Senat, auf eine Ausschreibung zu verzichten und den amtierenden Präsidenten für eine zweite Amtszeit vorzuschlagen.

Foto links:
Mitglieder des Senats

Foto rechts:
Senatssitzung



Entwicklungen an den Fachbereichen Bundeswehrverwaltung und Kriminalpolizei

Die Auswirkungen der Bundeswehrreform standen ebenfalls auf der Tagesordnung des Senats der FH Bund. So berichtete der Dekan des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung über aktuelle Entwicklungen am Fachbereich Bundeswehrverwaltung, die auf die Bundeswehrreform zurückzuführen sind.

Im Juni 2011 hat der Bundesminister des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB entschieden, die Aus- und Fortbildung des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei bei der Bundespolizeiakademie als zentrale Bildungseinrichtung zusammenzuführen. Auch mit dieser Entscheidung befasste sich der Senat. Der Dekan des Fachbereichs Kriminalpolizei erläuterte die Situation und gab einen Überblick über zukünftige Entwicklungen.

Weitere Arbeitsschwerpunkte

Der Senat befasste sich darüber hinaus mit einer Verfahrensregelung der Übersendung der Unterlagen zur Beteiligung des Senats im Hinblick auf die Gleichwertigkeit und Vergleichbarkeit der Studiengänge im gemeinsamen, fachbereichsübergreifenden Grundstudium.

Auch Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten, die Änderung der Studienpläne für das Hauptstudium am Fachbereich Bundeswehrverwaltung und die Neuwahl der Mitglieder der Studienplankommission standen auf der Tagesordnung des Senats im Jahr 2011.

Im Rahmen der Berichte des Präsidenten wurde der Senat eingehend über Schwerpunkte der Hochschule informiert. Schwerpunkte dieser Berichte waren beispielsweise:

- die Ergebnisse aus den Sitzungen des Kuratoriums der FH Bund
- die Entwicklung der Revision der Grundordnung der Fachhochschule des Bundes

- die Weiterentwicklung des Studiengangs Master of Public Administration
- die Ergebnisse einer Analyse der deutschen Hochschul-landschaft
- die Einführung des Studiengangs Verwaltungsinformatik
- die Marketing-Konzeption 2012
- Besuche und Gespräche zur Weiterentwicklung der FH Bund

Neben den Sitzungen des Senats haben im Jahr 2011 zahlreiche Sitzungen der Fachbereichsräte und des Zentralbereichs-rates stattgefunden, bei denen fachbereichs- bzw. zentralbe-reichsspezifische Themenbereiche erörtert worden sind.

Bestellung des Ehrensenators Peter Altmaier, MdB

Am 3. Mai 2011 überreichte Präsident Bönders dem Ehrensenator Peter Altmaier, MdB die Ehrensenatorenurkunde und be-stellte den Abgeordneten des Deutschen Bundestages damit offiziell zum Ehrensenator der Fachhochschule des Bundes.

Dieser Bestellung war ein Beschluss des Senats im Jahr 2010 vorausgegangen. Mit dem Beschluss des Senats, Herrn Altmaier zum Ehrensenator zu bestellen, erkennt der Senat in besonderer Weise an, dass sich der Abgeordnete in verschie-denen Funktionen, Regierung und Parlament, außerordentlich für den Bestand und die Fortentwicklung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung eingesetzt hat.

Präsident Bönders und der Abgeordnete Altmaier nutzten diese Bestellung am 3. Mai 2011 für einen intensiven Aus-tausch über Entwicklungen und Ziele der FH Bund.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU –Bundestagsfraktion nahm das Amt des Ehrensenators dankend an. Er freue sich auf die künftig noch engere Zu-sammenarbeit und den noch intensiveren Austausch.

Präsident Bönders und
Peter Altmaier, MdB (v. r.)



Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2011

Die Studienplankommission (StPK) ist ein Ausschuss des Senats der Fachhochschule des Bundes, in der grundsätzliche Fragen des Studiums an der FH Bund beraten und anschließend dem Senat zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Mitglieder dieser Kommission werden vom Senat jeweils aus den vier Statusgruppen, nämlich aus den Dekaninnen und Dekanen, den hauptamtlich Lehrenden, den Sonstigen Beschäftigten und Lehrenden für besondere Aufgaben sowie aus den Studierenden gewählt. Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende wird von den Mitgliedern der Studienplankommission direkt gewählt; Vorsitzender ist derzeit RD Dr. Andreas Lamers. Die Geschäftsstelle der StPK ist im Wissenschaftlichen Dienst (Referat W) der FH Bund angesiedelt ist; Geschäftsführer ist der Referatsleiter des Referats W, Herr ORR Günther.

Die ersten beiden Sitzungstermine am 24. Januar und am 10. Februar 2011 lagen noch in der Senatsperiode 2009 bis 2011. Ein Thema der Sitzung am 24. Januar 2011 war die erneute Beratung und Beschlussfassung über das Rahmenpapier „Grundsätze der Evaluation an der Fachhochschule des Bundes“. Der geänderte Entwurf wurde dem Senat für die Sitzung am 16. März 2011 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zweites Thema und Schwerpunkt der Sitzung war die Beratung über den geplanten zweijährigen modularisierten Studiengang für den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei. Die Unterlagen dazu waren vom Fachbereich Bundespolizei kurzfristig zur Prüfung vorgelegt worden. Nach intensiver Prüfung der Unterlagen wurden einige offene rechtliche Fragen formuliert. Eine abschließende Beschlussvorlage war somit noch nicht möglich.

In der zweiten Sitzung am 10. Februar 2011 wurde das Rahmenpapier „Grundsätze der Evaluation an der Fachhochschule des Bundes“, nach Eingang eines Änderungsantrages, erneut beraten und abschließend beschlossen. Schwerpunkt dieser Sitzung war die Fortführung der Beratung über den geplanten zweijährigen modularisierten Studiengang für den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei. Anhand der jetzt den Mitgliedern der StPK vorliegenden Materialien konnten die offenen rechtlichen Fragen beantwortet und eine Stellungnahme für die Sitzung des Senats am 16. März 2011 formuliert werden. Die Ergebnisse der Beratungen wurden dem Fachbereich Bundespolizei zeitnah schriftlich mitgeteilt.

Im Jahr 2011 endete die laufende Wahlperiode des Senats. Nach der Senatswahl vom 17. Februar 2011 trat der neu gewählte Senat am 15./16. März 2011 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wurden auch die Mitglieder der Studienplankommission sowie deren Vertretungen neu gewählt. Das von der StPK vorgelegte Papier „Grundsätze der Evaluation an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung“ wurde nach einer kleinen Änderung mit einer Gegenstimme beschlossen.

Die konstituierende Sitzung der StPK in der neuen Zusammensetzung fand am 16. Juni 2011 in Brühl statt. Als Vorsitzender wurde Herr Dr. Lamers einstimmig bestätigt, als sein Vertreter Herr Prof. Dr. Heyer einstimmig gewählt. Wichtigste Sachthemen der Sitzung waren die Vergleichbarkeit von Studienplänen und Modulhandbüchern und die Frage des Verfahrens bei der Einreichung von Studienplänen. Nach eingehenden Beratungen wurde eine Beschlussvorlage für die Senatsitzung am 6. Juli 2011 erstellt. Diese Vorlage wurde mit von der Gruppe der Professoren/-innen vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen am 6. Juli 2011 vom Senat einstimmig beschlossen.

Schwerpunkte der letzten Sitzung der StPK im Jahr 2011 am 20. Oktober 2011 war der Ausblick auf den in Kooperation zwischen dem Zentralbereich in Brühl und dem Fachbereich Finanzen in Münster geplanten Studiengang „Verwaltungsinformatik“: Herr Dr. Nolte, der als stellvertretendes Mitglied aus der Gruppe der Dekaninnen und Dekane an der Sitzung teilnahm, berichtete über Fortgang und Stand des Verfahrens. Geplant ist, den Studienplan rechtzeitig vor der Senatssitzung im März 2012 der StPK zur Beratung vorzulegen. Anschließend wurden die Entwicklungen zum Thema Evaluation an der FH Bund behandelt und über den Stand der Einführung eines neuen Evaluationssystems berichtet. Angeregt wurde ein fachbereichsübergreifender Erfahrungsaustausch über Methoden und Erfahrungen mit der Evaluation. In diesem Zusammenhang stellte Herr Günther die Grundzüge des hochschuldidaktischen Angebots innerhalb des Referats W vor. Die Ergebnisse der Sitzung wurden auf der Senatssitzung am 23. November 2011 kurz vorgestellt; Entscheidungsbedarf bestand nicht.

Als Termin für die erste Sitzung des neuen Jahres wurde der 26. Januar 2012 festgelegt.

Neuer Studiengang
„Verwaltungsinformatik“

Mitglieder der Studienplankommission

– gewählt auf der Sitzung des Senats am 16. März 2011 –

Gruppe der Dekaninnen und Dekane der Fachbereiche

- Direktor Rudolf Junger
(Fachbereich Bundeswehrverwaltung)
- Prof. Dr. Thorsten Heyer
(Fachbereich Kriminalpolizei)

Gruppe der Professorinnen und Professoren sowie der gleichgestellten hauptamtlich Lehrenden:

- RD Dr. Andreas Lamers, Vorsitzender
(Zentralbereich)
- VOR Klaus Merle
(Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung)

Gruppe der Lehrenden für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigte:

- ROAR'n Doris Blau
(Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung)

Gruppe der Studierenden

- Mathias Foit
(Fachbereich Finanzen)
- Atig Anwar
(Fachbereich Kriminalpolizei)



Hochschulzentrum

Herausforderungen angenommen

Claus Hoffmann, Kanzler der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Eine Hochschule ist nur dann wirklich gut aufgestellt, wenn sie neben einer hervorragenden Lehre und neben Forschung und Entwicklung auch über eine leistungsstarke und flexible Verwaltung verfügt. Die Zentrale Hochschulverwaltung der FH Bund stand im vergangenen Jahr neben dem Alltagsgeschäft vor einer ganzen Reihe anspruchsvoller Herausforderungen.

So startete der erste Studienjahrgang des Studiengangs „Master of Public Administration“ (MPA). Der FH Bund ist es gelungen, diesen als Fernstudium konzipierten Masterstudiengang ohne zusätzliche Haushaltsmittel und ohne zusätzliches Personal einzuführen. Er ist inzwischen seit fast einem Jahr im Realbetrieb und die ersten Erfahrungen sind außerordentlich vielversprechend.

Auch im Bereich Informatik beschreitet die FH Bund mit dem Studiengang Verwaltungsinformatik neue Wege. Die Konzeption eines neuen Studiengangs fordert immer wieder neue Anstrengungen, dies zeigten schon die Erfahrungen mit dem MPA. Während die inhaltliche Konzeption eines Studiengangs in den Händen der Wissenschaftler liegt, ist die Hochschulverwaltung an entscheidenden Punkten der Realisierung beteiligt. Die bisher erreichten Meilensteine der Projektgruppe Verwaltungsinformatik sprechen nachdrücklich für den neuen Studiengang und stimmen im Hinblick auf dessen Starttermin im August 2012 optimistisch.

Weitere Herausforderungen auch für den Zentralbereich der FH Bund und die Zentrale Hochschulverwaltung brachte die grundsätzliche Umstrukturierung des Studiengangs am Fachbereich Bundespolizei hin zu einem modularisierten Studiengang mit sich. Die Umstellung der bisherigen Theorie- und Praxisphasen und die damit einhergehende Verschiebung der Präsenzzeiten der Studierenden am Zentralbereich der FH Bund führte zu einer grundlegend veränderten Auslastung des Campus in Brühl. Diese Umstrukturierung forderte nicht nur die Wohnheimverwaltung. Auch das Dekanat am Zentralbereich und das Prüfungsamt waren intensiv mit der Bewältigung der damit verbundenen Veränderungen befasst.



Der Ausbau von Dienstleistungszentren der Verwaltung steht im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung seit etlichen Jahren immer wieder im Fokus. So begleitete die Zentrale Hochschulverwaltung der FH Bund auch im Jahr 2011 mehrere Dienstleistungsprojekte, u. a. das Projekt „IT-Konsolidierung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern“. Darüber hinaus wurde eine Projektgruppe zur Beurteilung des Für und Wider der Einführung eines elektronischen Beschaffungsworkflows eingesetzt. Die Projektgruppe führte hierzu umfangreiche Tests durch, die sich an dem zuvor modellierten Prozess orientierten. Sie kam zwar zu dem Schluss, von einer sehr schnellen Einführung des Workflows vorerst abzusehen, stand aber einer späteren Einführung mit neuen Software-Versionen grundsätzlich offen gegenüber.

Im September 2011 wurde das Bezahlssystem der Mensa am Standort Brühl modernisiert. Die alten Magnetstreifenkarten wurden durch berührunglose Karten ersetzt. Auf diese Weise konnte die Bezahlung in Mensa und Cafeteria spürbar benutzerfreundlicher gestaltet werden.

Die Zentrale Hochschulverwaltung der FH Bund erlaubte auch im Jahr 2011 Jugendlichen einen kleinen Einblick in ihr Alltagsgeschäft in Brühl. Im Rahmen der Aktionen „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ und „Boys' Day – Jungen-Zukunftstag“ waren Mädchen und Jungen eingeladen, einen Tag lang in Brühl hinter die Kulissen einer Hochschule zu blicken und einen Arbeitsalltag in





verschiedenen Berufsfeldern kennen zu lernen. Den Mädchen wurde mit den Aktionen „Technik – praktisch erleben!“ und „Gartenbau und Landschaftspflege hautnah!“ ein Einblick in die technischen Berufsfelder an der FH Bund geboten. Die Jungen konnten im Rahmen der Aktion „In der Bibliothek mal auf der anderen Seite der Theke!“ einen Arbeitsalltag in der Zentralbibliothek erleben. Insgesamt konnten an diesem Tag 38 Mädchen und Jungen an der FH Bund begrüßt werden.

Die Umsetzung der Bologna-Beschlüsse im deutschen Bildungssystem und die damit einhergehende Änderung der Bundeslaufbahnverordnung hinsichtlich der Zugangsvoraussetzungen zu den Laufbahnen der Bundesverwaltung provozierte geradezu die Frage nach der materiellen Vergleichbarkeit der Studiengänge der FH Bund mit denen externer Hochschulen. Aus diesem Grund erarbeitete die Zentrale Hochschulverwaltung mehrere Recherchen zum deutschen Hochschulmarkt.

Auch das Alltagsgeschäft kann in dem einen oder anderen Fall zur Herausforderung werden. Die Zentrale Hochschulverwaltung der Fachhochschule des Bundes hat im vergangenen Jahr, wie auch in den Jahren zuvor, bewiesen, ein verlässlicher Partner zu sein. Sie trägt damit wesentlich zum Erfolg dieser Hochschule bei.

Familiengerechte Hochschule

Auch im Jahr 2011 haben der Zentralbereich und der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der FH Bund das audit familiengerechte hochschule der berufundfamilie gGmbH mit Leben gefüllt. So wurden weitere Maßnahmen zur Verwirklichung einer familienbewussten Personalpolitik umgesetzt.

„Jeder Raum ist bei uns ein Kinderzimmer!“

Mit diesen Worten erläuterte Präsident Bönders die Einweihung des „Bollerwagensystems“ am 19. Januar 2011. Mütter und Väter können seitdem ihre Kinder, in Notfällen bei evtl. Betreuungsschwierigkeiten, mit ins Büro bringen. In dem von der FH Bund bereitgestellten Bollerwagen befindet sich Spielzeug für alle Altersklassen. Dieser Bollerwagen findet je nach Bedarf in jedem Büro Platz. So kann jedes Büro in plötzlich eintretenden Betreuungsnotständen vorübergehend zu einem Kinderzimmer umgestaltet werden.

Diese Idee stammt aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FH Bund. Mit dem Bollerwagen erhalten sie die Möglichkeit, ihr Kind bei einem Betreuungsnotstand an ihren gewohnten Arbeitsplatz mitzunehmen.



Foto links:
Große Freude über das rollende Kinderzimmer

Foto rechts:
Claudia Siebolds, Sibylle Friedhofen und
Präsident Bönders (v. l.)



Frau Sibylle Friedhofen vom Hauptvorstand des Sozialwerk. Bund sagte, dass sie von dieser Idee völlig überrascht gewesen sei. Sie hätte diese Form von besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie bisher noch nicht gesehen.

Frau Friedhofen kam zur Einweihung nicht mit leeren Händen. Sie überreichte Präsident Bönders einen Scheck über 250 EURO für die Ausstattung des Bollerwagens. Für die „kleinen Mitglieder“ der FH Bund hatte sie einen Plüsch-Elefanten im Gepäck.

Stadt Brühl und FH Bund sicherten gemeinsam Kinderbetreuung

Der Bürgermeister der Stadt Brühl Michael Kreuzberg, Präsident Bönders und der Präsident der Bundesfinanzakademie Karl Wilhelm Christmann unterzeichneten am 12. September 2011 einen Kooperationsvertrag zur Bereitschaftsbetreuung von Kindern in Notfällen. Dieser Vertrag wurde im Beisein des 1. Beigeordneten der Stadt Brühl Andreas Brandt zwischen der Stadt Brühl, der FH Bund und der Bundesfinanzakademie geschlossen.

Der FH Bund und der Bundesfinanzakademie komme hierbei eine Vorreiterrolle zu, da sie die ersten beiden Häuser mit einer derartigen Kooperation mit der Stadt Brühl seien, so Bürgermeister Kreuzberg.

Präsident Christmann,
Präsident Bönders,
Bürgermeister Kreuzberg und
der 1. Beigeordnete Brandt
bei der Unterzeichnung
des Vertrages



Diese Partnerschaft ist ein weiterer Meilenstein im Rahmen des audits familiengerechte hochschule. Sie sieht für die FH Bund vor, dass sich Hochschullehrende und Studierende (für die das „Bollerwagensystem“ nicht nutzbar ist) in Betreuungsnotfällen an das Familien- und Kinderbüro der Stadt Brühl wenden können. Das Familien- und Kinderbüro hält für diesen Fall Betreuungsplätze bei qualifizierten Tagesmüttern bereit, sodass Eltern ihr Kind in einem solchen Notfall bei der jeweiligen Tagesmutter abgeben können, um so lehren, bzw. an den Vorlesungen teilnehmen zu können. Dieser Service steht auch an Wochenenden zur Verfügung.

Gerade weil für die Studierenden der FH Bund Anwesenheitspflicht an den Vorlesungen bestehe, sei es wichtig, dass sich die Hochschule für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagiere, so Präsident Bönders.

Für die Stadt Brühl stehe die Familienfreundlichkeit ganz oben auf der Agenda, denn dadurch erreiche die Stadt für Einwohner und Investoren eine größere Attraktivität, so Bürgermeister Kreuzberg. Aus diesem Grund sei es erfreulich, dass die Stadt die Partnerschaft mit den beiden Bildungseinrichtungen des Bundes eingehe.

Aus dieser Partnerschaft können nun erste Erfahrungen gesammelt werden, die anderen Institutionen oder Unternehmen zu einem späteren Zeitpunkt zu Gute kommen können.

Die FH Bund arbeitet kontinuierlich daran, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie die Studierenden, zu verbessern. Neben der Betreuung von Kindern nimmt dabei heute auch die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen einen immer größeren Stellenwert ein. Darüber hinaus sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen für die FH Bund zum einen wichtig um auch für Studierende mit Familienpflichten ein Studium durchführbar zu machen und zum anderen, um im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Dozentinnen und Dozenten und Studierende insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels als attraktiver Arbeitgeber und als attraktive Hochschule bestehen zu können.



Präsident Bönders und
Bürgermeister Kreuzberg (v.l.)



Der Master of Public Administration



Am 1. April 2011 haben erstmals 22 ausgewählte Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte aus unterschiedlichen Ressorts das Masterstudium „Master of Public Administration“ an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung begonnen. Rechtzeitig zum Studienbeginn ist der Masterstudiengang durch die Akkreditierungsagentur ACQUIN ohne Auflagen bis zum 30. September 2016 akkreditiert worden. Am 25. März 2011 trat die „Verordnung über den Aufstieg in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes über das Studium ‚Master of Public Administration‘ an der FH Bund“ in Kraft (MPAFHBundV), in der neben der Studienordnung u. a. auch die Einzelheiten zur Masterprüfung geregelt sind.

Dem Studienbeginn war eine mehrtägige Einführungsveranstaltung vorgeschaltet, die dazu diente, die Studierenden mit den Inhalten und Prüfungsformen des Studiengangs intensiver vertraut zu machen und die verschiedenen Ansprechpartner an der Hochschule kennenzulernen. Darüber hinaus wurde den Studierenden eine Einführung in ein gutes Selbst- und Zeitmanagement angeboten, da das als berufsbegleitend ausgestaltete Fernstudium einige organisatorische Herausforderungen mit sich bringt. Mit der Lernplattform ILIAS wurden die Studierenden ebenso vertraut gemacht wie mit dem Angebot der Bibliothek am Standort Brühl sowie den umfangreichen Online-Recherche-möglichkeiten. Ein sich auf zwei Tage erstreckendes Training „Improved Reading“, das wertvolle Hinweise und Übungen für ein effizienteres und schnelleres Lesen enthielt, rundete die Einführungsveranstaltung ab.

Die Studieninhalte, die den Studierenden in den speziell für den Masterstudiengang entwickelten Studienbriefen vermittelt werden, wurden mit den Studierenden des ersten Studienlehrgangs in Präsenzveranstaltungen am Ende eines jeden Moduls wiederholt und vertieft, bevor die Studierenden ihre Modulprüfungen abzulegen hatten. Für die Präsenzveranstaltungen konnten auch Beamtinnen und Beamte aus der Bundesverwaltung sowie Experten aus der freien Marktwirtschaft als Dozentinnen und Dozenten gewonnen werden.

Zur Vorbereitung auf die Masterarbeit wurde bereits im Jahr 2011 eine von zwei Veranstaltungen angeboten, in der den Studierenden das „Handwerkszeug“ zur Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit vermittelt und umfassend zu Möglichkeiten der Literaturrecherche und -beschaffung informiert wurde. Modulprüfungen in Form von Hausarbeiten dienen zusätzlich der Vorbereitung auf die Masterarbeit, die

Der erste Studiengang bei der Begrüßung durch Präsident Bönders



am Ende des Studiums von den Studierenden zu erstellen ist. Großer Beliebtheit bei den Studierenden des Masterstudiengangs erfreuen sich die von der Hochschule in Auftrag gegebenen Studienbrief-Hörbücher, die von den Studierenden in Ergänzung zum Lesen der Studienbriefe bspw. während der täglichen Bahnfahrten genutzt werden. Die Nachfrage seitens der Studierenden, möglichst viele Studienbriefe auch als Hörbücher zugänglich zu machen, ist groß und die Hochschule wird auch weiterhin versuchen, ihr Angebot insoweit auszubauen.

Für die Studierenden des Masterstudiengangs wurde auf der Lernplattform ILIAS ein eigener „Master“-Bereich geschaffen. Hier finden die Studierenden nicht nur sämtliche Lernmaterialien hinterlegt, sondern haben über die Lernplattform auch die Möglichkeit, mit den Modulkoordinatorinnen und Modulkoordinatoren oder Autorinnen und Autoren der Studienbriefe in wöchentlichen Sitzungen zu chatten und sich in Foren untereinander auszutauschen. Für die Studierenden relevante Informationen werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Masterstudiengangs unmittelbar auf der Lernplattform eingestellt, auf die mittels eines Passwortes von jedem Rechner mit Internetzugang aus zugegriffen werden kann.

Das von der Fachhochschule des Bundes entwickelte Konzept für ein von ihr selbst gestaltetes Auswahlverfahren zur Gewinnung der Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten und damit der Studierenden konnte im September 2011 mit den Ressorts abschließend abgestimmt werden. Nach § 35 Abs. 1 BLV setzt der Aufstieg in den höheren Dienst die erfolgreiche Teilnahme an einem Auswahlverfahren voraus. Ein solches Auswahlverfahren bietet die FH Bund seit November 2011 für den Aufstiegsmasterstudiengang an.

In dem Auswahlverfahren werden Eignung und Befähigung der Beamtinnen und Beamten bezogen auf die Anforderungen der künftigen Laufbahn des höheren Dienstes überprüft (s. § 36 Abs. 4 BLV). Diese Prognoseentscheidung wird von

einer Auswahlkommission auf der Grundlage eines schriftlichen und mündlichen Prüfungsteils getroffen. Die Prüfungsteile dienen der Untersuchung verschiedener Kompetenzen, mit denen sowohl die Eignung als auch die Befähigung der Bewerberinnen und Bewerber festgestellt werden soll. So werden neben den fachlichen Kompetenzen die sozialen Kompetenzen, die methodischen Kompetenzen sowie die persönlichen Kompetenzen festgestellt. Bei den zur Feststellung der Kompetenzen verwendeten Verfahren handelt es sich im schriftlichen Prüfungsteil neben rechts- und sozialwissenschaftlichen Textanalysen um Fach- und Leitungsaufgaben sowie um kognitive Eignungsverfahren. Im mündlichen Prüfungsteil werden Selbstpräsentationen, Gruppendiskussionen, Rollenspiele und Interviews als Verfahren angewandt.

Um auf die Bedürfnisse der Behörden in optimaler Weise eingehen zu können, gibt es neben verpflichtenden Verfahrensbestandteilen auch Wahlbestandteile. Je nachdem, welche Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im höheren Dienst gestellt werden, können diese bedarfsorientiert im Rahmen eines Auswahlverfahrens widergespiegelt und die entsprechenden Fertigkeiten bei den Bewerberinnen und Bewerbern abgefragt werden.

Die Behörden können somit die eingesetzten Verfahren bzw. die damit zu ermittelnden Kompetenzen in Teilen individuell nach ihren Bedürfnissen auswählen. Auf diese Weise erhalten die Behörden eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Bewertung der Kandidatinnen und Kandidaten durch die Auswahlkommission. Unter Berücksichtigung des Vorschlags der Auswahlkommission entscheiden die Behörden über die Zulassung ihrer Kandidatinnen und Kandidaten zum Aufstiegsverfahren (s. § 36 Abs. 6 BLV) und damit zum Studium.

Der nächste Studiengang startet zum 1. Mai 2012. Und auch für 2013 gingen im Laufe des Jahres 2011 schon erste Bedarfsmeldungen bei der Fachhochschule des Bundes ein.

Dekanat am Zentralbereich

Mit Herrn Jürgen Saligmann verließ 2011 ein langjähriger Dozent die Fachhochschule des Bundes.

Als Verstärkung konnten folgende Dozenten begrüßt werden:

- Herr Lars Esterhaus für die Studiengebiete 1 (Staatsrecht und Politik) und 2.2 (Verwaltungsrecht)
- Herr Dr. Stefan Werres für das Studiengebiet 2.3 (Recht des öffentlichen Dienstes)
- Herr Dr. Andreas Mark für das Studiengebiet 5 (Psychologie – Soziologie – Pädagogik).

Herr Hartmut Langer vollendete in 2011 eine Dienstzeit von 25 Jahren.

Sieben Lehrende des Zentralbereichs absolvierten im Sommer- und Wintersemester 2011 ihre Praxisaufenthalte in Bundesbehörden. Die nachfolgenden Seiten bieten einen Überblick über ihre Einsatzgebiete und gemachten Erfahrungen.

Im Rahmen der Projektwochen konnten 2011 insgesamt 17 Projekte angeboten werden, die oft von studentischer Seite initiiert und organisiert wurden. Die Studierenden beschäftigten sich dabei mit verfassungs-, verwaltungsrechtlichen, europa- und sicherheitspolitischen, polizeilichen, geschichtlichen und weiteren ausbildungsnahen Themenstellungen. Die angebotenen Projekte fanden sowohl am Zentralbereich in Brühl, im Inland, aber auch im europäischen Ausland, beispielsweise in Portugal, Irland, Österreich oder England statt.

An der Qualifizierungsmaßnahme Verwaltungsinformatik nahmen im Zeitraum Mai – Juni 2011 neun Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachbereichs Landwirtschaftliche Sozialversicherung an der Basisausbildung teil.

Bedingt durch die große Studierendenzahl und das Fehlen von Unterbringungsmöglichkeiten in den Wohnhäusern der FH Bund, wird dieser Lehrgang in 2012 wohl nicht angeboten werden können.

Auch in 2011 fand wieder ein Lehrgang zum Praxisaufstieg in den gehobenen Dienst statt. Die zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die aus unterschiedlichen Bundesbehörden zu dem zehn Wochen dauernden Lehrgang zusammenkamen, äußerten sich abschließend sehr positiv zu Lehrinhalten und Umfeld.

Insgesamt absolvierten 511 Studierende aus 5 Fachbereichen in 2011 ihr Grundstudium am Zentralbereich, 85 Aufsteiger in den gehobenen Dienst nahmen an einem Vorbereitungslehrgang teil.

Umstrukturierung der Evaluation am Zentralbereich

RD Privatdozent Dr. Andreas Lamers

Die im Sommersemester 2007 begonnene regelmäßige und umfassende Evaluation der Lehre am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung auf Basis des Systems eleva der Firma CEC GmbH ist durch die Insolvenz der Firma 2010 weitgehend zum Erliegen gekommen.

Die von Studienbereichssprecherinnen und Studienbereichssprechern angeforderten Evaluationsberichte für die jeweils eingesetzten Lehrbeauftragten konnten trotzdem fast alle durch die Hilfe des IT-Referates Z2 erstellt und weitergeleitet werden. Auch die von W2-Professorinnen

und Professoren als Anlage für ihren jeweiligen Zulagenantrag angeforderten Kurzberichte wurden – für vorhandene Auswertungsdaten – erstellt. Bereits im Jahr 2010 war – wegen der technischen Probleme des vorhandenen Evaluationssystems – eine Ausschreibung mit dem Ziel einer Neubeschaffung projektiert worden.

Ausschreibung und Beschaffung eines neuen Evaluationssystems

In Zusammenarbeit mit den Referaten Z2, Z3 und W und dem Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern wurde die Ausschreibung vorbereitet und durchgeführt. Zwei Anbieter gelangten in die engere Wahl. Diese konnten am 14. Februar 2011 in der FH Bund in Brühl ihre Evaluationssysteme mit Test-Fragebögen live präsentieren. Im April wurde noch einmal die Benutzeroberfläche der Software für wichtige Funktionen wie die Erfassung von Fragebögen demonstriert und getestet.

Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens sowie der praktischen Vorführungen war eine Entscheidung zugunsten des Systems *EvaSys* der Fa. Electric Paper GmbH. Dieses System wurde im Spätsommer 2011 auf einem Server im Rechenzentrum der FH Bund installiert. Ebenfalls im Spätsommer 2011 begann die Planung der Datenbankstruktur sowie – in enger Kooperation mit der Datenschutzbeauftragten, dem Personalrat sowie Referat Z2 – die Abstimmung und Erstellung einer Verfahrensbeschreibung inklusive Rechte- und Sicherheitskonzept. In dieser Verfahrensbeschreibung werden für verschiedene Bereiche – Grundstudium am Zentralbereich, Hauptstudium im Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, Fernstudium Master of Public Administration sowie der Hochschuldidaktik – die verantwortlichen Teilbereichsadministratoren und deren Rechte, sowie die Rechte aller übrigen Nutzer festgelegt.

In Abstimmung mit den einzelnen Fachbereichen hat das Referat W die alten mit eleva erstellten Evaluationsbögen auf die technischen und inhaltlichen Anforderungen des neuen Evaluationssystems angepasst und in den einzelnen Teilbereichen hinterlegt.

Nach einer zweitägigen Inhouse-Schulung Anfang Dezember 2011 wurde noch im gleichen Monat der Betrieb des neuen Systems aufgenommen. Die konkrete Ausgestaltung der Umfragen in den verschiedenen Bereichen ist jeweils Aufgabe der Bereichsadministrationen, die weitgehend autark agieren können. Der Betrieb ist bis Ende April 2012 als „Pilotphase“ konzipiert. Im Anschluss sollen die Erfahrungen mit dem neuen System ausgewertet und ggf. notwendige Anpassungen der Struktur durchgeführt werden, bevor EvaSys dann in den Regelbetrieb übernommen wird.

Ausblick

Für 2012 ist geplant, sich u. a. mit den folgenden Themen weiter zu befassen:

- Entwicklung eines Evaluationskonzepts für Verwaltungsleistungen durch die Lehrenden und Studierenden,
- Weiterentwicklung der Evaluationsmaßnahmen und Evaluationsbögen am Zentralbereich. Zur Weiterentwicklung der Fragebögen ist vom Zentralbereichsrat am 24. Oktober 2011 eine „AG Evaluation“ eingesetzt worden.

Wichtige Voraussetzung für die Umsetzung dieser Bausteine ist, dass alle beteiligten Seiten an der Entwicklung der entsprechenden Fragebögen mitwirken, um so die Qualität der Lehre stetig weiterzuentwickeln.

„Die Bundespolizei im Kampf gegen Piraten“

Brühler Gespräche zum Verwaltungsrecht

Piraterie ist kein Phänomen vergangener Jahrhunderte und weit mehr als ein Sujet von Abenteuer- und Actionfilmen. Es handelt sich um sehr gegenwärtige, schwerwiegende Delikte, die beispielsweise am Golf von Aden eine ernste Bedrohung für die Seeschifffahrt darstellen.

Aus diesem Grund lud Prof. Dr. Marc Wagner den Direktor des Instituts für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität zu Köln, Prof. Dr. Bernhard Kempen, ein, sich mit diesem Sachverhalt im Rahmen eines Vortrags auseinanderzusetzen.

In seinem Vortrag innerhalb der Brühler Gespräche zum Verwaltungsrecht am 8. Mai 2011 ging der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Prof. Dr. Kempen auf die Bedrohungslage und auf die völker- und staatsrechtlichen Voraussetzungen ein, ob die Bundeswehr oder die Bundespolizei gegen die Piraten vorgehen dürfen.

Ein prominenter Platz im Rahmen von Grundstudium, Hauptstudium und Praxis gebührt dem Verwaltungsrecht. Das ist nur folgerichtig, ist das Verwaltungsrecht doch nichts anderes als konkretisiertes Verfassungsrecht. Die von Prof. Dr. Marc Wagner konzipierte Vortragsreihe „Brühler Gespräche zum Verwaltungsrecht“ soll den Studierenden die Möglichkeit zur Wiederholung und Vertiefung des Verwaltungsrechts bieten und vor allem einen Dialog zwischen FH Bund, der Hochschullandschaft und der Praxis eröffnen.

Prof. Dr. Kempen



Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten des Zentralbereichs

Praxisaufenthalt beim Bundeskriminalamt

RD Dr. Thomas Beck

Studienbereich Staatsrecht und Politik

Vom 10.-28. Oktober 2011 hatte ich die Gelegenheit, an den drei Standorten Meckenheim, Wiesbaden und Berlin zu hospitieren.

Grundsätzliches

Die Behörde mit über 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und zweigeteilter Laufbahn weist einen komplett anderen Charakter und Aufgabenzuschnitt auf, als die Bundespolizei, bei der ich 2010 hospitieren durfte. Grundsätzlich nutzte ich wo immer sich die Gelegenheit bot, die Chance, mit ehemaligen Absolventinnen und Absolventen der FH ins Gespräch zu kommen.

Erfreulich war es für mich, nach bis zu zwanzig Jahren ehemalige Studierende in Führungsfunktionen des höheren Dienstes wieder zu treffen. Insgesamt scheint sich die FH-Ausbildung großer Wertschätzung im Amt zu erfreuen. Klar wurde mir an dieser Stelle auch, wie sehr sich die Behörde selbst, aber auch die Ausbildung in den beiden Jahrzehnten gewandelt hat.

Verschiedentlich wurde durch leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wunsch an mich herangetragen, die Ausbildung auf dem IT-Sektor zu intensivieren, weil sich gerade hier enorme Herausforderungen an die BKA Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen. Auch die Verzahnung des Brühler Grundstudiums mit dem Hauptstudium in Wiesbaden könnte in einzelnen Bereichen verbessert werden.

Hierzu sind persönliche Kontakte auf der Arbeitsebene wertvoll, die durch eine Hospitation gefördert werden.

Dem BKA möchte ich für die umfängliche Betreuung durch die Referatsleiter und Sachbereichsleiter danken, die sich viel Zeit für meine Fragen genommen haben. In relativ kurzer Zeit konnte ich einen guten Überblick über die Aufgabenvielfalt in den von mir besuchten Bereichen gewinnen.

Inhaltlicher Ablauf

In Meckenheim lernte ich die Aufgaben des Mobilens Einsatzkommandos (MEK) und der ABC-Unterstützung kennen. Letztere ist sowohl auf dem Gebiet der Prävention, der Beratung, als auch der kriminalpolizeilichen Ermittlung bei nuklearen, radiologischen, biologischen oder chemischen Lagen zuständig. Die Zusammenarbeit mit den Ländern durch Beratung und die Koordinierung anderer Bundesbehörden unter Einschluss naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute gehörten zum Aufgabenspektrum.

In Wiesbaden wurde ich einen Tag in die Bereiche Zielfahndung (Interpol und Sirene) eingewiesen. Bei internationalen Fahndungsersuchen an Drittstaaten müssen hohe rechtstaatliche und insbesondere datenschutzrechtliche Standards eingehalten werden. Für mich als Staatsrechtsdozent war ein Blick in die Praxis sehr aufschlussreich. Der zuständige Sachbearbeiter hat hier eine enorme Verantwortung, da Fehler im Umgang mit Problemstaaten nicht zu heilen wären. Auch lernte ich die Unterschiede einer Fahndungsausschreibung über Interpol und Schengen kennen.

Vor dem Hintergrund nicht-kompatibler Straftatbestände ist eine Zusammenarbeit auch mit rechtsstaatlichen Drittländern keine leichte Aufgabe. So werden Propagandadelikte etwa in GB und USA in weitem Umfang von der Meinungsfreiheit gedeckt und nicht als Straftaten angesehen.

Beim FH-Fachbereich des BKA konnte ich bei verschiedenen Unterrichten mit theoretischem und praktischem Inhalt hospitieren. Dass die Androhung von Schusswaffengebrauch ein Verwaltungsakt ist, war mir bisher nicht klar gewesen. Die Ausbildung ist selbstredend stärker praxisorientiert, als das in Brühl möglich ist. Das BKA bindet gezielt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Ausbildung ein, die als ehemalige FH-Absolventinnen und Absolventen reichhaltige Erfahrung in ihren Arbeitsbereichen gemacht haben. Ohne Dozentinnen oder Dozenten zu sein, werden sie in unregelmäßigen Abständen gebeten, Ihr Arbeitsgebiet aus der Sicht der Praxis vorzustellen. Dadurch erhalten die Studierenden des Hauptstudiums einen guten Überblick über die Aufgaben der Referate des Amtes.

Ich hatte Gelegenheit, an zwei Unterrichtsteilen im ersten Ratslehrgang teilzunehmen, der gemeinsam von BKA und BPol als Aufstiegsstudiengang für den höheren Dienst durchgeführt wird. Ziel ist der Masterabschluss. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten einen polizeilichen Vorlauf, sind also Aufsteigerinnen und Aufsteiger. Zusätzlich nahmen ausländische Stipendiaten teil, was eine Bereicherung für alle Beteiligten darstellt.

Außenbeziehungen

Mein Hauptinteresse galt den Außenbeziehungen des BKA, die in der Abteilung Internationale Koordinierung (IK), angesiedelt ist und sowohl die EU-Komponente, als auch die globalen Beziehungen insgesamt umfasst. Sie sitzt im Treptow Tower in Berlin.

Die Abteilung gliedert sich in die zwei Referate „Strategie und internationale Beziehungen“ und „Internationale Unterstützung“.

Ersteres befasst sich mit strategischer Früherkennung von Bedrohungen mit dem Ziel „vor die Lage zu kommen“ und internationale Trends zu erfassen. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Daher ist der Ansatz bewusst breit angelegt. Es soll vermieden werden, dass Planung erst beginnt, wenn ein Großschadensereignis schon eingetreten ist. Entwicklungen sollen abstrakt identifiziert und polizeilich bewertet werden. Eine enge Kooperation mit der Forschung und privaten Global Players ist zudem erforderlich, um eine hochwertige Expertise zu gewinnen.

Der zweite Sachbereich befasst sich mit Gremienarbeit und der Sammlung sowie der Einspeisung von EU-Dokumenten in alle Referate, die inhaltlich betroffen sind. An dieser Stelle wird auch die Mitwirkung des BKA an der Ausarbeitung der deutschen Verhandlungsposition in den EU-Ratsarbeitsgruppen koordiniert. Die eigentliche Facharbeit jedoch erfolgt in den zuständigen Abteilungen.

Das Referat „Internationale Unterstützung“ befasst sich mit polizeilichen Auslandseinsätzen, mit der Durchführung von EU-geförderten Projekten in Drittstaaten und globaler Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. Priorität hat die Auszubildungs- vor der Ausstattungshilfe. Auf Nachhaltigkeit wird Wert gelegt. Bei allen Aktivitäten müssen peinlich genau rechtliche Vorgaben, aber auch außenpolitische Interessen beachtet werden. Waffenexport wird grundsätzlich nicht geleistet. Die Arbeit in diesen Bereichen setzt neben hoher fachlicher Kompetenz auch politische Sensibilität voraus.

Gemäß BKAG hat das BKA hier auch die Rolle einer deutschen Zentralstelle zur Koordinierung von Bund-Länder Aktivitäten zugewiesen bekommen.

Die Abteilung IK ist ein lebender Beweis für die zunehmende Europäisierung und Internationalisierung polizeilicher Arbeit.

Praxisaufenthalt bei der Bundespolizeidirektion St. Augustin

Prof. Dr. Frank Hochapfel

Studienbereich Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung

Mein dreimonatiger Praxiseinsatz von Oktober bis Dezember 2011 hat mich wieder einmal zur Bundespolizei geführt, diesmal zur Direktion St. Augustin. Zunächst stand ein Besuch der verschiedenen Stabsbereiche mit allen ihren Sachbereichen und der dem Präsidenten direkt zugeordneten Stabsstellen auf dem Programm. Für mich besonders interessant war dabei die Stabsstelle Controlling/Qualitätsmanagement, die gerade ein ganz neues Controlling-Konzept für die Direktion entwickelt und dabei eng mit dem Präsidenten zusammen arbeitet. Es war mir dabei eine ganz besondere Ehre, dass der Präsident der BPOLD St. Augustin, Herrn Randolph Viernich, sich eigens Zeit für mich genommen hat und ich mit ihm viele interessante Aspekte der modernen Polizeiführung in persönlichen Gesprächen erörtern durfte.

Innerhalb der Direktion St. Augustin habe ich dann gut einen Monat lang die Inspektion Düsseldorf kennenlernen dürfen. Diese hat ihren Sitz unmittelbar am Hauptbahnhof, der mit etwa 250.000 Reisenden und Besuchern pro Tag zu den verkehrsstärksten in ganz Deutschland zählt. Entsprechend herrscht für die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten hier kein Mangel an Arbeit, Leistungerschleichungen, Taschen-, Gepäck- und Ladendiebstähle sind hier an der Tagesordnung, immer wieder aber gibt es auch ungewöhnliche Fälle, die die tägliche Routine durchbrechen. Außerdem befinden sich in unmittelbarer Umgebung auch noch viele große Fußballvereine, so dass auch Fußballeinsätze der Bundespolizei in Düsseldorf zum üblichen Wochenendgeschäft zählen. Konkret durfte ich mit weiteren Kollegen der FH Bund den Einsatz anlässlich des als kritisch beurteilten Spiels von Borussia Mönchengladbach beim 1. FC Köln hautnah miterleben. Eine besondere organisatorische Herausforderung stellte sich

hier der Bundespolizei, da zur gleichen Zeit eine große Zahl an Beamtinnen und Beamten beim Castor-Einsatz gebunden war.

Als zweite Station habe ich dann ebenfalls über einen Monat lang die Inspektion Flughafen Düsseldorf besuchen dürfen. Eine interessante Frage, die sich gerade hier immer wieder stellt, ist die nach der Balance zwischen Generalistentum und Spezialisierung der Beamtinnen und Beamten. Angesichts der alleine im grenzpolizeilichen Bereich inzwischen fast unüberschaubar großen Zahl an Gesetzen, Verordnungen, bilateralen Abkommen, der verschiedenen Ausweispa-piere und Aufenthaltsregelungen etc. ist der Anspruch, dass die Polizeivollzugsbeamtin oder der Polizeivollzugsbeamte der Bundespolizei alles können und überall einsetzbar sein soll, hier praktisch gar nicht mehr erfüllbar. Ebenso ist der Bereich Luftsicherheit in seiner ganzen Breite schon längst etwas für Spezialisten.

Einen interessanten Abstecher durfte ich schließlich noch zur GSG 9 der Bundespolizei machen, wo ich einen ganzen Tag verbracht habe. Auch hier boten sich interessante Einblicke in Struktur, Ausrüstung und Arbeitsweise einer Spezialeinheit.

Abschließend gebührt mein Dank allen, die zum Gelingen meines Praxiseinsatzes beigetragen haben. Namentlich danke ich Herrn Dieter Blasius, der diesen Praxiseinsatz vorbildlich geplant und begleitet hat. Er hat mir viele Türen geöffnet, und Sonderwünsche erfüllt. In der Inspektion Düsseldorf haben sich Norbert Nusselein und Armin Roggon sehr fürsorglich meiner angenommen. Und „last not least“ danke ich Jörg Bittner und Achim Berkenkötter von der BPOLI Düsseldorf Flughafen für die herzliche Aufnahme und Betreuung. Die Bundespolizei hat sich während des Praxiseinsatzes insgesamt von ihrer besten Seite gezeigt, alle Kolleginnen und Kollegen dort waren ausnahmslos sehr freundlich, zuvorkommend und hilfsbereit. Dafür ein dickes Lob und meinen ganz herzlichen Dank!

Praxisaufenthalt beim Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern

Prof. Dr. Sabine Leppek

Studienbereiche Recht des öffentlichen Dienstes und Verwaltungsrecht

I. Einsatzort – Das Beschaffungsamt des BMI

Während des Wintersemesters 2010/2011 (Oktober 2010 bis Januar 2011) habe ich meinen dritten Praxisaufenthalt absolviert. Bei meinem ersten Praxisaufenthalt 2006 stand die Arbeit der Bundespolizei (unserem „Hauptkunden“ im Bereich der Ausbildung) im Vordergrund. Danach konnte ich 2008 in der Abteilung D des BMI Erfahrungen im Bereich der ministeriellen Tätigkeit sammeln. Daher war nun die Überlegung, die praktische Arbeit in einem Personalreferat einer Behörde im nachgeordneten Bereich des BMI kennenzulernen – dem Beschaffungsamt. Konkret war ich dort im Referat Z 3 eingesetzt, das neben Personalangelegenheiten auch für Organisation und Modernisierungsmaßnahmen zuständig und zugleich Geschäftsstelle des „Kaufhaus des Bundes“ ist.

II. Inhalte und Verlauf des Praxissemesters

In den drei Monaten beim Beschaffungsamt habe ich mich mit den unterschiedlichsten Fragestellungen befasst, die

Das neue Dienstgebäude in der Brühler Straße in Bonn



auf dem Tisch eines Sachbearbeiters oder Referenten in einem Personalreferat einer Bundesbehörde landen können. Ohne hier ins Detail gehen zu können sei so viel gesagt: Vom Nebentätigkeitsrecht über Gleichstellungsfragen, Personalvertretungsrecht, Fragen im Zusammenhang mit der Dienstunfähigkeit eines Beamten, der Planung und Durchführung von Auswahlverfahren sowie arbeitsrechtlichen Problemen spielten bei meiner Arbeit alle Problemkreise eine Rolle, die sich im „personalrechtlichen Baukasten“ finden lassen. Neben diesen dienstrechtlichen Fragestellungen – die gerade bei Gesprächssituationen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Funktionsträgern „nebenbei“ auch viel Fingerspitzengefühl von den Referatsmitgliedern erfordern – konnte ich auch Einblicke in die organisatorischen Abläufe gewinnen. Zur Zeit meines Aufenthaltes befand sich der Umzug des Beschaffungsamtes in eine neue Liegenschaft in der heißen Phase. Baustellen wollen besichtigt, Verhandlungen mit den Beteiligten geführt und (Eil-)Entscheidungen getroffen werden. Anfang 2011 konnte der in rasantem Tempo verwirklichte Neubau bezogen werden – rechtzeitig, um das 60-jährige Bestehen des Beschaffungsamtes in der neuen Liegenschaft zu feiern.

III. Persönliches Fazit

Die Wahl des Beschaffungsamtes für meinen dritten Praxisaufenthalt war eine sehr gute Entscheidung. Hier konnte ich grundlegende Einblicke in die Aufgaben und die Arbeit eines typischen Personalreferats gewinnen. Dabei ist mir

wieder bewusst geworden, wie wichtig gerade in der Personalarbeit neben rechtlich fundierten Kenntnissen die häufig geschmähten „Softskills“ sind.

Ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats wären mir manche Einblicke nicht möglich gewesen – daher sei an dieser Stelle allen „Personalern“ des Beschaffungsamtes herzlich für die Unterstützung und die sehr, sehr nette Aufnahme gedankt! Nicht zuletzt gilt mein Dank aber auch Herrn AL Z Dickopf und Herrn Direktor Tiedtke, die immer Zeit und ein offenes Ohr für meine Anliegen hatten. Ich habe mich im Beschaffungsamt wirklich wohl gefühlt.

Aus meiner Sicht hat sich wieder erwiesen, wie wichtig der regelmäßige Austausch zwischen Theorie und Praxis insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung der Vorlesungen im Beamtenrecht ist. Gerade Nebentätigkeits- und Gleichstellungsrecht haben sich mir von einer anderen, praktischen Seite gezeigt, die ich inzwischen für die Lehre am Zentralbereich nutzbar machen konnte.

Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter des Referats Z 3



Praxisaufenthalt beim Bundesverwaltungsamt

Prof. Dr. Thomas Sauerland

Studienbereich Verwaltungsrecht

Ein potientiell berufliches Einsatzfeld der Anwärtinnen und Anwärter des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes kennenzulernen war Beweggrund für einen dreimonatigen Praxisaufenthalt, den ich im Sommersemester 2011 in der Referatsgruppe III B des Bundesverwaltungsamtes in Köln absolvieren konnte.

Aufgaben und Organisation der Referatsgruppe III B

Das Bundesverwaltungsamt ist nach dem Gesetz über die Errichtung des Bundesverwaltungsamtes u. a. für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten von Personen zuständig, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben. Innerhalb des Bundesverwaltungsamtes nimmt die Referatsgruppe III B diese Aufgaben wahr. Konkret fallen darunter etwa die rechtsverbindliche Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit, die Einbürgerung von Ausländern in den deutschen Staatsverband oder die Genehmigung der Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit von Deutschen, die eine (weitere) ausländische Staatsangehörigkeit annehmen wollen. Des Weiteren ist die Referatsgruppe III B für die Spätaussiedleraufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz zuständig.

Die Referatsgruppe III B gliedert sich in die sechs Referate „Rechts- und Grundsatzangelegenheiten“ (III B 1), „Einbürgerungen in den deutschen Staatsverband“ (III B 2), „Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit (Personen aus GUSStaaten)“ (III B 3), „Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit (Personen aus Polen), Heimkehrerangelegenheiten“ (III B 4), „Spätaussiedlerauf-

nahmeverfahren“ (III B 5) und „Rechtsbehelfe im Rahmen der Spätaussiedleraufnahme“ (III B 6). Die Referate III B 5 und III B 6 sind nicht in Köln, sondern in der Außenstelle Friedland sowie der Außenstelle Bramsche bei Osnabrück angesiedelt.

Ablauf und Inhalt des Praxisaufenthalts

Nach einer Begrüßung durch Abteilungsleiter Maßolle zu Beginn meiner Hospitation erläuterte mir Referatsgruppenleiter Sehmsdorf zunächst den Aufbau und die Organisation seiner Referatsgruppe. Anschließend durchlief ich im Rahmen des Praxisaufenthalts – mit Ausnahme der beiden Referate in den Außenstellen – Stationen in sämtlichen Einheiten der Gruppe.

Da mir freundlicherweise ein eigenes Büro mit PC-Ausstattung zur Verfügung gestellt worden war, stieg ich auf eigenen Wunsch in die Sachbearbeitung laufender staatsangehörigkeitsrechtlicher Verwaltungsverfahren ein. Darüber hinaus wurden zahlreiche spannende Grundsatzfragen sowohl zum Staatsangehörigkeitsrecht als auch zu angrenzenden Rechtsgebieten an mich herangetragen, zu deren Lösung ich in Gestalt gutachterlicher Stellungnahmen beitragen konnte.

Aufschlussreich waren ebenfalls ausführliche Gespräche mit den Beschäftigten des Bundesverwaltungsamtes. Mehr als deutlich wurde mir, dass sich der Aufgabenbereich der Angehörigen des gehobenen Dienstes im Bundesverwaltungsamt bei weitem nicht nur in der Bearbeitung komplexer rechtlicher Fragestellungen erschöpft. Als sog. „Koordinierende Sachbearbeiter“ obliegen ihnen zum Teil sogar umfangreiche Leitungsfunktionen insbesondere gegenüber den Beschäftigten des mittleren Dienstes.

Persönliches Resümee

Zwar mag das Staatsangehörigkeitsrecht auf den ersten Blick als eine überschaubare Rechtsmaterie erscheinen. Auf Grund seiner Verquickung mit zahlreichen anderen Rechtsgebieten wie etwa dem Verfassungsrecht, dem Allgemeinen Verwaltungsrecht, dem Verwaltungsprozessrecht, dem Familienrecht, dem Personenstandsrecht, dem Internationalen Privatrecht des In- und Auslands und ausländischen Rechtsordnungen sowie seiner rechtsgeschichtlichen Querverbindungen stellt sich die Beschäftigung mit staatsangehörigkeitsrechtlichen Problemen für einen Hochschullehrer mit öffentlich-rechtlichem Schwerpunkt jedoch als eine äußerst reizvolle Herausforderung dar.

Davon unabhängig konnte ich mir während des Praxisaufenthalts beim Bundesverwaltungsamt durch Einsichtnahme in Verfahrensakten innerhalb kurzer Zeit ein umfangreiches Reservoir an Fällen verschaffen. Ich bin mir sicher, dass ich dadurch die Vorlesungen zum „Verwaltungsrecht“ in Kursen mit Anwärterinnen und Anwärtern des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Bundesverwaltung künftig noch stärker auf die Bedürfnisse der Praxis ausrichten kann. Mein besonderer Dank gebührt deshalb Herrn Abteilungspräsident MaBolle, Herrn Leiter der Regierungsdirektor Sehmsdorf und – natürlich nicht zu vergessen – den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der Referatsgruppe III B für die freundliche Aufnahme während meines Praxisaufenthalts im Bundesverwaltungsamt.

Wissenschaftlicher Dienst

Hochschuldidaktik, eLearning und Medien

Kompetenzorientierte und innovative Lehre sind für die Fachhochschule des Bundes nicht nur entscheidende Qualitätskriterien, um die Studierenden auf die sich ständig ändernden beruflichen Herausforderungen in der öffentlichen Verwaltung bestmöglich vorzubereiten und zu qualifizieren, sondern auch um den Standort und Wettbewerbsvorteil der FH Bund weiter auszubauen. Vor diesem Hintergrund hat sich die FH Bund die stetige Weiterentwicklung der Lehre nach aktuellen wissenschaftlichen und hochschuldidaktischen Standards zum Ziel gesetzt.

Mit der Besetzung der Referentenstelle zum August 2011 konzentrierte sich der Wissenschaftliche Dienst im Bereich der Hochschuldidaktik auf den Auf- und Ausbau eines hochschuldidaktischen Weiterbildungsprogramms für alle Lehrende der FH Bund. Ziel dieses Programms ist, den Lehrenden eine Möglichkeit zu geben sich interdisziplinär mit Kolleginnen und Kollegen über Aspekte guter Lehre auszutauschen,



Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung



Service
Workshops
Praxisorientierte
Zertifizierungsprogramme

**Fortbildungsprogramm
Hochschuldidaktik**

Hochschuldidaktik

Mit innovativer Lehre auf die beruflichen Herausforderungen von morgen vorbereiten



THEMEN UND ZIELE

Sie sind gewiss froh über exzellente Workshops, Adressenlisten, oder auch für das komplette hochschuldidaktische Weiterbildungsprogramm entscheidend: Der wissenschaftliche Dienst der FH Bund bietet Ihnen, in Kooperation mit den Partneruniversitäten des Netzwerks Hochschuldidaktik NRW, ein breites Fortbildungsangebot.

Im Fokus der Workshops stehen dabei immer Ihre Erfahrungen, Interessen und Anliegen mit dem Ziel:

- die jeweiligen Fachlehre lernförderlich und praxisorientiert zu gestalten
- kompetenzorientiert, transparent und fair zu prüfen
- Studierende im Lernprozess konstruktiv zu beraten und zu begleiten
- zu innovativen Entwicklungen in Lehre und Studium fachbezogen und fachübergreifend beizutragen

ZERTIFIKATSPROGRAMM

Der wissenschaftliche Dienst der FH Bund bietet Ihnen zudem die Möglichkeit, an dem zertifizierten und deutschlandweit anerkannten, hochschuldidaktischen Fortbildungsprogramm „Professionelle Lehrkompetenz für die Hochschule“ teilzunehmen. Dieses Programm setzt sich aus drei Teilmodulen zusammen:

- Basismodul (60 AE)
- Erweiterungsmodul (60 AE)
- Vertiefungsmodul (60 AE)

Jedes Modul besteht aus wenigen Pflichtseminaren und einer Vielzahl von Workshops, die Sie gerne nach Ihren Interessen belegen können.

Nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung wird Ihnen offiziell die **„Professionelle Lehrkompetenz für die Hochschule“** verliehen.

SIE HÄTTEN GERNE WEITERE INFORMATIONEN?
HOCHSCHULDIDAKTIK@FBUND.BE

gemeinsam neue Ideen für die (eigene) Lehre zu entwickeln und sich über die neusten Entwicklungen im Bereich der Hochschuldidaktik zu informieren und darin weiter zu professionalisieren. Das hochschuldidaktische Programm will den Lehrenden dabei zwei Möglichkeiten bieten:

1. Hochschuldidaktische Weiterbildungsseminare

Lehrende können sich ganz gezielt nach Ihren Interessen und Bedürfnissen über hochschuldidaktische Seminare und Veranstaltungen informieren und diese besuchen. Über die Intranet- bzw. Internetseiten des Wissenschaftlichen Dienstes wird es in 2012 alle wichtigen Informationen rund um die hochschuldidaktischen Weiterbildungsveranstaltungen an der FH Bund, sowie der Kooperationsveranstaltungen mit anderen Universitäten und Fachhochschulen in NRW, geben. Eine Anmeldung für eine entsprechende Veranstaltung erfolgt für die Lehrenden einfach und direkt über den Wissenschaftlichen Dienst.

2. Hochschuldidaktisches Zertifikatsprogramm

Neben der Teilnahme an einzelnen Seminaren und Veranstaltungen zu konkreten Themen gibt es ab 2012 für alle Lehrende der FH Bund auch die Möglichkeit an einem kompletten hochschuldidaktischen Weiterbildungsprogramm teilzunehmen. Dieses Zertifikatsprogramm besteht aus insgesamt drei Modulen mit unterschiedlichen thematischen Ausrichtungen:

Jedes dieser Fortbildungsmodule besteht aus einer Kombination frei wählbarer Seminare und obligatorischen Veranstaltungen. Nach Abschluss eines Moduls erhalten Lehrende ein entsprechendes Modulzertifikat, nach erfolgreichem Abschluss aller Module ein Gesamtzertifikat.

Ein besonderer Reiz des Zertifikatsprogramms besteht für Lehrende zudem darin, dass große Teile des obligatorischen

Praxisaufenthalts bereits für das Vertiefungsmodul angerechnet werden können.

Kooperation mit hochschuldidaktischen Netzwerken

Bereits in 2011 wurden erste Kooperationen mit hochschuldidaktischen Netzwerken wie beispielsweise der *Hochschuldidaktik NRW* (Verbund der NRW Universitäten), des Netzwerks der NRW Fachhochschulen *Gute Lehre Lokal*, sowie der *Deutschen Gesellschaft für Hochschuldidaktik* (DGHD) aufgebaut. Der Wissenschaftliche Dienst strebt an das hochschuldidaktische Programm der FH Bund in Kooperation mit diesen Netzwerken anzubieten. Auf diese Weise haben Lehrende nicht nur die Möglichkeit Veranstaltungen an der FH Bund, sondern auch an anderen Universitäten und Fachhochschulen in NRW zu besuchen. Darüber hinaus wird eine Akkreditierung des internen hochschuldidaktischen Programms angestrebt, um den Lehrenden künftig das deutschlandweit anerkannte Zertifikat Professionelle Lehrkompetenz für die Hochschule ausstellen zu können.

Hochschuldidaktische Seminare und Beratung in 2011

Im zweiten Halbjahr 2011 hat der Wissenschaftliche Dienst bereits erste hochschuldidaktische Fortbildungsveranstaltungen und Beratungen am Zentral- und Fach-



bereich umsetzen können. Für den Zentralbereich wurde an der FH Bund im Oktober 2011 der hochschuldidaktische Workshop *Sprech- und Stimmtraining* angeboten, der nicht nur am Zentralbereich, sondern auch von Lehrenden der anderen Fachbereiche stark nachgefragt wurde. Darüber hinaus hat die FH Bund in Kooperation mit anderen Hochschulen erste hochschuldidaktische Trainings (z. B.: *Moderation in der Lehre, Interkulturelle Kommunikation, Souverän Präsentieren*) angeboten und durchgeführt.

Der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung (AIV) hat im letzten Halbjahr 2011 mit der Weiterentwicklung seines Studiengangs *Verwaltungsmanagement* begonnen. In mehreren Treffen und Workshops haben die Lehrenden der AIV sich über hochschuldidaktische Themen von Veranstaltungsplanung, Curriculumsplanung über Prüfen bis hin zu Fragen guter Lehre auseinandergesetzt und sind bereits erste Veränderungsmaßnahmen angegangen. Hochschuldidaktische Unterstützung erhielt der Fachbereich AIV dabei vom Wissenschaftlichen Dienst in Form von moderierten Diskussionen und Arbeitstreffen, sowie spezifischen Workshops. Um die AIV bei der Weiterentwicklung ihres Studiengangs auch im kommenden Jahr zu unterstützen wurde ein auf die Bedürfnisse der AIV zugeschnittenes hochschuldidaktisches Beratungs- und Workshop-Konzept entwickelt und in 2012 umgesetzt.

Praxisaufenthalt

Auch in 2011 haben eine Vielzahl von Lehrenden ihre Praxiserfahrungen im Rahmen von Praxisaufenthalten in Behörden weiter ausgebaut.

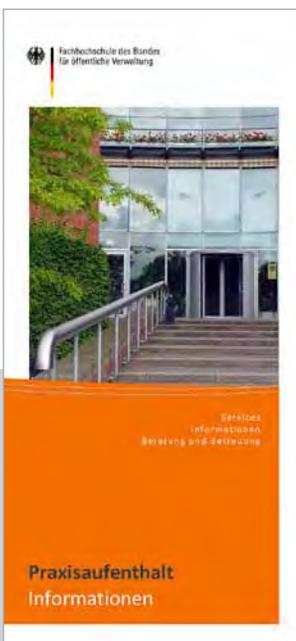
Um die Lehrenden in Zukunft noch besser bei Anbahnung, Planung, sowie bei Durchführung und Abschluss ihres Praxisaufenthalts zu unterstützen, hat der Wissenschaftliche Dienst in Kooperation mit dem Dekanat und der Personalabteilung die nötigen Planungs- und Durchführungsschritte überarbeitet und in einem Informationsflyer *Praxis-*

aufenthalt für Lehrende zusammengefasst. Geplant ist, dass alle Lehrenden von einem vereinfachten und standardisierten Verfahren zum Praxisaufenthalt, unter Begleitung des Wissenschaftlichen Diensts, profitieren.

Zudem kann der Praxisaufenthalt auf individuellen Wunsch der Lehrenden auch in das neue hochschuldidaktische Fortbildungsprogramm integriert und angerechnet werden.

Evaluation

Um die Qualität der Lehre an der FH Bund stetig weiterzuentwickeln und auf die Bedürfnisse der Studierenden entsprechend eingehen zu können ist eine kontinuierliche Evaluation unerlässlich. In enger Kooperation und Abstimmung mit den Beauftragten für Evaluation, IT-Sicherheit und Datenschutz, sowie aller Referate und des Personalrats hat der Wissenschaftliche Dienst die Implementierung der neuen Evaluationssoftware *EvaSys* begleitet. In Absprache mit dem Zentralbereich, der AIV sowie dem Master of Public Administration (MPA) wurde in einem ersten Schritt ein Erprobungskonzept für den Einsatz der Evaluationssoftware entworfen. Parallel wurden bestehende Fragebögen strukturell und inhaltlich auf das neue Evaluationssystem angepasst, und die Evaluationsdatenbanken sukzessive



Praxisaufenthalt Informationen

Praxisaufenthalt: Kompetenzorientiertes und berufsnahes Studieren fördern

- Werkstattungsgehalt:** In einem Kooperationsgespräch mit dem wissenschaftlichen Dienst lernen Sie Ihren Praxisaufenthalt, um- o. Minderer von Ihnen fördern!
- Zeitpunkt:** Abstimmung zum der Lehren. Nach Auflagen des wissenschaftlichen Diensts erfolgt die Lehrveranstaltung über den Zeitraum!
- Kooperation mit der Behörde:** In einem zweiten Planungsgespräch mit dem wissenschaftlichen Dienst erfolgt die Festlegung und Abstimmung mit der Praxisbehörde.
- Arbeitszeit:** Die Arbeitszeit für die Durchführung des Praxisaufenthalt wird mit dem wissenschaftlichen Dienst abgestimmt.
- Planung:**

- Praxisaufenthalt:** Sie können Ihren Praxisaufenthalt durch:
 - Einzelmaßnahmen/Projektarbeit:** Mithilfe von Praxisaufenthalt werden Sie in allen Semestern mit (Fach)gruppen durch die Behörde gefördert, in der Sie Ihren Praxisaufenthalt durchführen.
 - Einzelmaßnahmen:** Für alle individuellen Fragen sind Ihnen der wissenschaftliche Dienst für die gesamte Dauer Ihres Praxisaufenthalt zur Verfügung.
- Praxisaufenthalt:**

- Kostenobergrenze:** In einem Kooperationsgespräch mit dem wissenschaftlichen Dienst wird die Praxisgebühr festgelegt.
- Praxis:** Sie verfügen über Benefits:
 - Keine schriftlichen Berichte zum Praxisaufenthalt, dies bei besonderen Umständen können erbracht.
 - Einen Beitrag zum Jahresbeitrag für das Studieren, dies bei besonderen Umständen.
- Praxisaufenthalt:** Sie können die erworbenen Hochschulabschlüsse in den Weiterbildungsprogrammen für die Möglichkeit, zum Praxisaufenthalt anzurechnen können.
- Praxisaufenthalt:**
- Abschluss:**

Sie haben Fragen zur Planung und Durchführung Ihres Praxisaufenthalt? praxisaufenthalt@fhbund.de

Sie möchten den Praxisaufenthalt mit dem hochschuldidaktischen Zertifizierungsprogramm verbinden? lehre@fhbund.de

inhaltlich aufgebaut. Abschließend wurden Inhouse-Schulungen durchgeführt, so dass die Evaluation der Lehre prozessbegleitend erfolgen kann. Die aus diesem Arbeitsprozess entstandene Arbeitsgruppe *Evaluation* wird sich, in Verbindung mit hochschuldidaktischer Beratung durch den Wissenschaftlichen Dienst, mit der inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Evaluationsmaßnahmen befassen. Auch auf diesem Wege soll die Qualität der Lehre am Zentralbereich nachhaltig weiterentwickelt werden.

Publikationen

Die Liste der Veröffentlichungen im Bereich Publikationen stellt sich für 2011 folgendermaßen dar: In der Reihe *Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung* erschien als Band 4 „*Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus*“ herausgegeben von Helmut Fünfsinn und Armin Pfahl-Traughber. Die *Beiträge zur inneren Sicherheit* wurden um Band 34 „*Urbane Räume als Indikatoren regionaler und internationaler Stabilität. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen destabilisierender Faktoren von Megastädten*“, von Lars-Peter Weiße, Band 35 „*Die Rolle der Vereinten Nationen bei der multilateralen Terrorismusbekämpfung*“ von Isabell Gebner und Band 36 „*Hizballah. Organisation zwischen Miliz und Partei*“ von Martin Pizano ergänzt. In der Reihe *Arbeiten zu Verwaltungsstudium und Praxis* erschien der von Sonja Porscha verfasste Band 15 „*Auswirkungen von Patenten auf die Nutztierproduktion in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Art. 55 ff. des Europäischen Patentübereinkommens*“. Hans Gerd Reiter ergänzte die Reihe *Berichte* mit Band 38 „*Human Resource Management und Führungskultur in Mittel- und Osteuropa. Eine kritische Standortbestimmung nach gut 20 Jahren Transformation*“. In der Reihe *Sonderveröffentlichungen* ist das „*Hochschulporträt der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung*“, herausgegeben von Präsident Thomas Bönders, erschienen.

Zentralbibliothek

Mit dem Beginn des Masterstudiengangs Public Administration im April 2011 konnte die Bibliothek engagierte und interessierte neue Nutzer begrüßen, die in der Einführungswoche eine mehrstündige Einführung in die Dienstleistungsangebote erhielten. Zu den Präsenzphasen bietet die Bibliothek die für das jeweils nächste Modul empfohlenen Bücher bzw. Zeitschriftenaufsätze an. Zudem wurde versucht, die für die Studienbriefe von den Autoren benutzte Literatur zu beschaffen, soweit sie nicht ohnehin vorhanden war. In die Lernplattform werden die Besitznachweise der Bibliothek eingespeist, so dass die Studierenden sich bereits vorab auf ihren Besuch in Brühl vorbereiten können. Die ruhigen und hellen Arbeitsplätze



in der Bibliothek werden gern zur Vorbereitung auf die Modulprüfung genutzt.

Für die Studierenden des als Fernstudiengang konzipierten MPA, aber auch für alle anderen Studierenden wäre die Erweiterung des E-Book-Angebotes über die in Beck-Online angebotenen Bücher hinaus wünschenswert. Die Recherchen der Bibliothek zeigten auch viel versprechende Publikationen verschiedener Anbieter. Leider lassen die IT-Sicherheitsbestimmungen noch keine Realisierung der Idee zu.

Die FH Bund beteiligte sich auch in diesem Jahr wieder personell an der Weiterentwicklung des Bibliotheks- und Informationsportals des Bundes. Die eigens für diesen Zweck eingerichtete „AG Neuausrichtung“ hat mittlerweile ein Fach-



konzept entworfen, das die Grundlage für die Ausschreibung des neuen Portals im Jahr 2012 bilden wird. Zusammen mit dem Fachkonzept wurden auch die grundsätzlichen Regelungen für die Arbeit des Bibliotheksverbundes überarbeitet.

Seit November verfügt das Bibliotheksportal über einen Publikationsserver, auf dem online-Dokumente dauerhaft gespeichert werden können. Über den Publikationsserver können die teilnehmenden Behörden auch ihrer Pflicht zur Ablieferung von Netzpublikationen an die Deutsche Nationalbibliothek nachkommen.

Einen „Wachwechsel“ gab es auf dem FAMI-Ausbildungsplatz der Bibliothek. Die bisherige Auszubildende hat im Sommer die Ausbildung zur Fachangestellten für Medien und Informationsdienste/Fachrichtung Bibliothek mit sehr gutem Ergebnis abgeschlossen und wird nun befristet weiterbeschäftigt. Seit September besetzt eine neue Auszubildende den frei gewordenen Ausbildungsplatz.

Von Oktober 2010 bis September 2011 leistete ein Praktikant sein Freiwilliges Soziales Jahr Kultur (FSJK) in der Bibliothek. Er befasste sich bevorzugt mit der Optimierung der Orientierungshilfen auf den drei Etagen und wurde darüber hinaus in die Arbeitsabläufe der Bibliothek eingebunden.

Marketing

Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung bietet duale Studiengänge an, die von hoher Attraktivität für Studieninteressierte sind. In den kommenden Jahren wird sich allerdings der Wettbewerb um die bestqualifizierten Studienbewerberinnen und Studienbewerber verschärfen.

In ihren detaillierten Marketing-Konzeptionen für die Jahre 2011 und 2012 legte die FH Bund die Grundlage für die strategische Ausrichtung aller Marketing-Maßnahmen um nicht zuletzt dieser demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Langfristig zielen die Marketing-Aktivitäten der FH Bund daher auf

- die Steigerung des Bekanntheitsgrades der FH Bund und
- die Gewinnung geeigneter Studierender.

Durch gezielte Marketingmaßnahmen sollen diese Ziele erreicht und die Vorzüge der Studiengänge der FH Bund unterstrichen werden: die Öffentlichkeit wird in effizienter Weise zielgruppengerecht auf die Angebote der FH Bund aufmerksam gemacht.



Die Maßnahmen unterscheiden zwischen

- behördeninternen Personen, also Angehörigen des öffentlichen Dienstes, denen also die vielfältigen Aufgabenfelder vertraut sind, und
- behördenexternen Personen, also Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sowie Eltern, aber auch berufsberatende Institutionen.

Besonders der letztgenannten Gruppe müssen die so verschiedenen Aufgabengebiete innerhalb des öffentlichen Dienstes und die damit verbundenen akademischen und beruflichen Möglichkeiten in einem der Zielgruppe entsprechenden Umfeld näher gebracht werden.



Im Jahr 2011 erreichte die FH Bund ihre Ziele z. B. durch Maßnahmen im Bereich des Offline-Marketings. So wurden die Studienangebote auf den „Vocatum“-Messen in Hannover, Bremen und Düsseldorf vorgestellt. Im Rahmen einer der bundesweit größten Messen für Studieninteressierte, der „Einstieg Abi“ in Köln, konnten sich zahlreiche Interessierte über die Studiengänge der FH Bund informieren. Ebenso stellte die FH Bund ihr umfangreiches Portfolio in 2011 erstmalig im Rahmen der Messe „Moderner Staat“ in Berlin vor. Diese Messe gilt mit dem gleichzeitig stattfindenden Kongress als Leitmesse im Bereich der innovativen



Verwaltungslösungen. Damit konnten sich auch Angehörige von Behörden auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene vom Studienangebot überzeugen.

Die Fotos zeigen Impressionen von diesen Veranstaltungen.

Um die Schülerinnen und Schüler der Vorabgangs- oder Abgangsklassen individuell und gezielt über die vielfältigen Karrieremöglichkeiten zu informieren, führen Schulen häufig Veranstaltungen zur Berufswahlorientierung durch. Ziel hierbei ist es, den Schülerinnen und Schülern durch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Berufe das jeweilige Berufsbild mit Hilfe eigener Erfahrungswerte vorzustellen. Den Schülerinnen und Schülern soll damit die Berufsfindung erleichtert werden. Schulen agieren hier auch mit verschiedenen Konzepten.

Die FH Bund nimmt auch diese Möglichkeit der Studierendengewerbung wahr und präsentiert damit offensiv das Berufsbild einer Beamtin oder eines Beamten der Bundesverwaltung gegenüber Schülerinnen und Schülern. Zugleich betreibt sie damit aktiv Werbung für ihre Studiengänge.

Neben verschiedenen persönlichen Besuchen an Schulen zu diesen Veranstaltungen im Jahr 2011, wurde auch über die Auslage von Flyern



in Schulen der Kontakt zu Schülerinnen und Schülern, deren Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern hergestellt. Studieninteressierte können unter verschiedenen aufeinander abgestimmten Broschüren wählen, um sich über die Studienangebote zu informieren. Nachdem „Flyer“ und „Studienkompass“ bei Veranstaltungen bereits großen Zuspruch erfahren, ist nun die Reihe mit dem 2011 erstmals erschienenen „Hochschulporträt der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung“ komplett. Die Schrift ergänzt bisherige Informationen um Hintergründe zu den Aufgabengebieten der FH Bund und Angaben zum 2011 gestarteten Master of Public Administration der FH Bund.



Servicezentrum und Gebäudemanagement

Das mit Abstand größte Referat der FH Bund am Zentralbereich in Brühl sorgt mit seinen vielfältigen Arbeitsbereichen dafür, dass in den Gebäuden der FH Bund und der BaköV

- angehende Beamtinnen und Beamte studieren können
- Beschäftigte des Bundes und der Länder an Seminaren und Tagungen teilnehmen können
- viele von ihnen auf unserem Campus wohnen
- und schließlich unsere Dozentinnen und Dozenten, Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter für sie alle im Einsatz sein können.

Tagungen und Seminare

Auch im Jahr 2011 fanden an der FH Bund Tagungen und Kongresse mit weit gefächerten Themengebieten, initiiert von Behörden und anderen Einrichtungen, statt.

Als Beispiele einige teilnehmerstarke Veranstaltungen, deren Durchführung, bedingt durch langjährige Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die konsequente Einhaltung von Ablaufplänen, als Erfolg verbucht werden konnten:



- 19. Deutscher Familiengerichtstag (ca. 400 Teilnehmende)
- Auswahlverfahren des Bundesamtes für Verfassungsschutz (ca. 300 Teilnehmende)
- 56 Veranstaltungen der Bundeswehr, davon drei mit mehr als 100 Teilnehmenden
- vier ausgelagerte Veranstaltungen der Deutschen Hochschule der Polizei
- 26 Veranstaltungen der Bundespolizei, davon zwei mit mehr als 100 Teilnehmenden
- zwei Tagungen der Bundeszentrale für politische Bildung (mit ca. 70 und 100 Teilnehmenden)
- Tagung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik und der AFCEA Bonn e. V. (ca. 200 Teilnehmende)
- drei Tagungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, davon eine mit mehr als 100 Teilnehmenden
- elf Tagungen/Seminare der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- zwölf Veranstaltungen des Bundeskriminalamtes
- Vertreterversammlung der Volks- und Raiffeisenbank (ca. 600 Teilnehmende)
- Tagung der Freunde und Förderer der Psychohygiene (ca. 200 Teilnehmende)
- drei Tagungen der Brühler Akademie (ca. 100 Teilnehmende)
- vier Veranstaltungen für das Bundesministerium des Innern
- 29 Veranstaltungen für das Technische Hilfswerk, davon drei mit mehr als 100 Teilnehmenden (unter anderem die Geschäftsführertagung)
- fünf Veranstaltungen für das Bundesministerium der Verteidigung
- acht Veranstaltungen für das Bundesamt für Verfassungsschutz
- 15 Veranstaltungen für das Bundesamt für Güterverkehr
- Sommerliches Musikfest der Kunst- und Musikschule (ca. 600 Teilnehmende)

- fünf Veranstaltungen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- zehn Veranstaltungen für das Bundesverwaltungsamt darunter einige Abschlussprüfungen
- acht Veranstaltungen für das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik
- Anwenderschulung der MACH AG mit ca. 200 Teilnehmenden
- Konzert des Oratorienchors Brühl (ca. 500 Teilnehmende)

Damit waren es insgesamt:

- 208 Veranstaltungen mit bis zu 50 Teilnehmenden
- 22 Veranstaltungen mit 50 bis 100 Teilnehmenden und
- 25 Tagungen mit mehr als 100 Teilnehmenden.

Nachdem im Vorjahr ein Anstieg von fast 100 Prozent zu verzeichnen war, hat sich die Zahl der Veranstaltungen in diesem Jahr auf hohem Niveau konsolidiert.

Geschäftsstelle Fortbildung

Die Geschäftsstelle Fortbildung (GeFo) hat im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der FH Bund und der BAKöV die Aufgabe, die BAKöV als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes in der organisatorischen Betreuung der Veranstaltungen zu unterstützen.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 1.395 Veranstaltungen mit ca. 16.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 1.690 Seminare stattfanden, bedeutet dies einen leichten Rückgang.

Der quantitative Rückgang führte dazu, dass die Kolleginnen in der GeFo die dadurch freigesetzten Kapazitäten nutzen konnten, die BAKöV qualitativ besser zu unterstützen. Auch auf gelegentliche Bitten der BAKöV, Sonderaufgaben zu übernehmen, konnte die GeFo positiv reagieren.

Eine Besonderheit innerhalb der Seminarstruktur sind die sog. „Leitbehördenseminare“.

Diese Veranstaltungen werden von der BAKöV geplant und von dem Deutschen Patent- und Markenamt in München, dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden sowie dem Hauptzollamt in Hannover durchgeführt; dabei ist die GeFo jeweils für die Seminaerausstattung zuständig.

In 2009 hat die BAKöV in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Fortbildung mit der Neugestaltung des interaktiven Fortbildungssystems für die Bundesverwaltung (IFOS BUND) begonnen. Ziel des Redesigns ist die Optimierung der einzelnen Geschäftsprozesse; die Zusammenarbeit zwischen den am Fortbildungsprozess Beteiligten soll vereinfacht und verbessert werden. Dieses Vorhaben wurde auch in 2011 fortgesetzt.

Wohnheimverwaltung

Appartements für Studierende auf dem Campus

2011 konnte die Wohnheimverwaltung 626 angehenden Beamtinnen und Beamten sowie Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten vom mittleren in den gehobenen Dienst (Vorjahr 398 Studierende) ein Appartement an der FH Bund Brühl vermieten. Diese deutliche Erhöhung im Jahr 2011 ist aufgrund der Verschiebung des Semesterbeginns des Fachbereichs Bundespolizei vom 1. Oktober auf den 1. Januar möglich gewesen.

Die Wohnheime verfügen über 11 Mehrraumwohnungen mit insgesamt 44 Einzelzimmern. Eine Mehrraumwohnung verfügt über 4 Einzelzimmer, 2 Duschbädern und einen Gemeinschaftsraum ohne Küche. Den Bewohnern stehen die Gemeinschaftsküchen auf den Etagen der Wohnhäuser zur Verfügung.

In den Wohnhäusern 3 und 4 befinden sich insgesamt 10 behindertengerecht eingerichtete Appartements.

2 Appartements sind für Studierende mit Kind ausgestattet. Diese Wohnungen sind ca. 40 qm groß und verfügen über zwei Zimmer, eine Küche und einem Bad.

Die zu mietenden Appartements befinden sich in den vier dem Zentralgebäude der FH Bund angegliederten Wohnhäusern. Sie sind mit Bad insgesamt ca. 17 qm groß und mit Einbaumöbeln ausgestattet.

Zur weiteren Ausstattung gehören ein Computer mit Softwareausstattung und Internetzugang, Zimmertelefon, abschließbares Kühlfach in einer Gemeinschaftsküche und ein dem Appartement zugeordneter Briefkasten. Antennenanschlüsse für Fernseh- und Rundfunkempfang sind auf den Zimmern vorhanden, entsprechende Endgeräte jedoch nicht.

Die Studierenden teilen sich in den 4 Häusern insgesamt 38 Küchen, diverse Fernsehzimmer und Aufenthaltsräume sowie pro Wohnhaus je 2 Waschräume, die auch mit Trocknern ausgestattet sind.

Ein Blick auf den Campus



Nur ca. 10 Minuten entfernt ist der Heider Berg See sowie ein großes zusammenhängendes Waldstück, die Ville, gelegen. Diese Umgebung lädt zum Joggen und zu Spaziergängen ein. In ca. 20 Minuten ist die Stadtmitte Brühl zu Fuß zu erreichen.

Außerhalb der Lehrveranstaltungen können und sollen die Studierenden die Sportstätten der FH Bund nutzen. Hier haben sie nicht nur verschiedenste Angebote in der Sporthalle, sie haben auch die Möglichkeit, auf zwei Plätzen mit Allwetterbelag Tennis zu spielen. Daneben gibt es einen Rasensportplatz sowie zwei Leichtathletikanlagen.

Foto rechts:
Heider Bergsee

Foto unten rechts:
Ein Blick auf die Sportanlagen
der FH Bund

Foto unten links:
Fitnessraum



In den Wohnhäusern selbst stehen den Studierenden darüber hinaus Kraft- und Fitnessräume zur Verfügung. Auch die Kegelbahn im Haupthaus erfreut sich gegen eine geringe Gebühr großer Beliebtheit.

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sich kostenlos Fahrräder auszuleihen.

Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Am 12. Januar 2009 wurde der Mietvertrag zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und der Fachhochschule des Bundes unterschrieben. Alle liegenschaftsbezogenen Aufgaben werden seit dem in Verantwortung der BImA durchgeführt.

Um die Ansprüche der FH Bund mit den Aufgaben der BImA zu koordinieren, wurde von Seiten der FH Bund eine zentrale Ansprechperson festgelegt. Auch in 2011 wurden die in den ersten „Mieterjahren“ erprobten Verfahrensabläufe weiter gefestigt. Aufgrund des Engagements in der Zusammenarbeit zwischen BImA und FH Bund auf der Ebene der Sachbearbeiter konnten auch im Berichtsjahr Schwierigkeiten immer wieder zielorientiert gelöst werden.

Foto rechts: Kegelbahn



Renovierung Senatssaal

Der große, repräsentative Senatssaal wurde in 2011 grundlegend renoviert und den veränderten technischen Voraussetzungen angepasst. So wurden neben der Erneuerung des Bodenbelages und einer neuen Wandgestaltung zusätzlich Bodentanks eingebracht, mit deren Hilfe die Nutzung von Laptops oder sonstigen technischen Geräten an jedem Platz möglich wird. Damit kann der Raum nun multifunktional genutzt werden und behält dennoch seinen repräsentativen Charakter.

Weitere Projekte, die in Zusammenarbeit mit der BImA durchgeführt wurden, waren

- Klimatisierung des Audimax zur Minimierung von Luftzugerscheinungen
- Instandsetzung der Holzfenster Haus 3 Westseite inkl. Sanierung der Außenjalousien
- Teilweise Umsetzung des Brandschutzgutachten z. B. Erneuerung der Fluchtwegbeleuchtung Haus 1 und 2
- Anpassung und Erweiterung des inneren und äußeren Blitzschutzes im Zentralgebäude
- Aufarbeitung der Westterrasse, da die dort gepflanzten Bäume begannen das Mauerwerk zu beschädigen
- Anstrich der klinkerfreien Fassaden Zentralgebäude Westseite
- Erweiterung der Barrierefreiheit in Türbereichen (2. OG Ost und 1. UG Ost)

Multifunktionalität,
Sicherheit und Komfort

- Begehung zur Überwachung der Verkehrssicherheit RÜV
- Herrichtung des neuen BNT Raumes
- Diverse Schönheitsrenovierungen in Büros- und Appartements

Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, zeigt aber ein wenig den Umfang der Arbeiten in einer so großen Liegenschaft.



Fotos links:
Der Senatssaal während und
nach der Renovierung



Hochschulsport

Im Jahr 2011 waren insgesamt rund 1.000 Studierende am Zentralbereich zu verzeichnen, wobei die Teilnahmequote von drei Viertel an den verschiedensten Sportkursangeboten stabil blieb. Das neue Modul 7 des Studienplans bestand den Praxistest und auch der sog. „Ergänzende Polizeisport“ für BKA und Bundespolizei konnte ausgebaut und verfeinert werden. Er setzt sich aus physischem Basistraining und den konditionsfördernden Sportspielen zusammen. Zusätzlich konnten die Studierenden eine Disziplin ihrer Wahl belegen und hatten somit alle Möglichkeiten, ihren Fitnessstandard zu verbessern und ihn den erhöhten Anforderungen anzupassen.



Erfreulich war wiederum die hohe Teilnehmerquote aus dem Hauptstudium des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung; vier eigene Hochschulsportkurse für Volleyball, Badminton, Hallenfußball und Fitnessworkout wurden dankbar angenommen und banden die Anwärterinnen und Anwärter in ein regelmäßiges Sporttraining.

Der Ausbau des präventiven Gesundheitssports für die Beschäftigten der FH Bund war auch in diesem Jahr ein wichtiges Thema; mit dem Betriebssportangebot „Prävention/Koordination/Karate“ konnten 16 neue Trainingsteilnehmende aus dem Kreis der Beschäftigten gebunden werden und die etablierte Trainingsgruppe „Tae Bo/Tai Chi Chuan“ als musikgestützte Trainingsform konnte einen Zuwachs auf 25 Aktive verbuchen.

Im Mai fand als Sonderveranstaltung für Beschäftigte und Studierende in bester Hochschultradition das 10. Tennis Doppeltturnier der FH Bund statt; 16 Teilnehmer hatten sich angemeldet und kämpften um wertvolle Sachpreise und den Turnierpokal. Mit einer doppelten Trostrunde hatte jedes Doppelteam garantiert drei Matches zu absolvieren und konnte sich so sportlich „ausleben“. Der teilnehmerfreundliche Modus kam gut an und auch die zahlreichen Zuschauer spendeten aufgrund der ansprechenden Leistungen reichlich anerkennenden Beifall.

Die Studentin Anja Burckhardt bei der Vorbereitung auf die Deutschen Meisterschaften



Aus den Fachbereichen

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Leitung:	RD Dr. Wolfgang Harmgardt
Sitz/Standorte:	Brühl
Studiengang:	Verwaltungsmanagement
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	250
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	111
Hauptamtlich Lehrende:	7

Als beste Absolventen der beiden Laufbahnprüfungen ehrte Präsident Bönders bei den Diplomierungsfeiern Herrn Christian Jaworski aus dem Lehrgang 10-08, der mit 13,12 Rangpunkten, Note „gut“, das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte des Fachbereichs AIV erreichte und Frau Sabine Rossade, Lehrgang 04-08 (11,85 Rangpunkte, Note „gut“).

Bei den Diplomierungsfeiern am 31. März und am 30. September 2011 gratulierte Präsident Bönders den Diploman-

dinnen und Diplomanden zur bestandenen Laufbahnprüfung und überreichte die Urkunden.

Zur Diplomierungsfeier im März hielt der Direktor des Beschaffungsamts des Bundesministeriums des Innern, Klaus-Peter Tiedtke, die Festansprache. In den Mittelpunkt seiner Rede stellte er die Anforderungen an die jungen Beamtinnen und Beamten, die sich aus einer sich ständig wandelnden öffentlichen Verwaltung ergeben.

Endlich geschafft!

38 Absolventinnen und Absolventen legten 2011 erfolgreich die Laufbahnprüfung ab

An den beiden Laufbahnprüfungen im Frühjahr und Herbst 2010 nahmen insgesamt 40 Studierende teil, von denen 38 ihr Studium erfolgreich beendeten.

Für die Studierenden zog Christoph Jansen ein Fazit über das dreijährige Studium.

Die Kunst- und Musikschule der Stadt Brühl begleitete die Diplomierungsfeier musikalisch.

Die Diplomierungsfeier im September stand ganz im Zeichen des reformierten Studienganges. Es wurden schließlich Studierende diplomiert, die erstmals den reformierten Studiengang in seiner Gesamtheit erlebten. Im reformierten Studium sind die Studienfächer themenbezogen zu so genannten Modulen zusammengefasst. Jedes Modul wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Diese Prüfungen bestehen aus Klausuren, Referaten bzw. Präsentationen und schriftlichen Ausarbeitungen. Das Studium kann man aber nur fortsetzen, wenn alle Modulprüfungen in dem jeweiligen Semester erfolgreich abgeschlossen wurden. Von 25 Studierenden erreichten 23 dieses Ziel. Eine schriftliche Laufbahnprüfung, wie sie seit Beginn der Fachhochschulausbildung bis zum März 2011 Bestandteil der Laufbahnprüfung war, ist erstmalig entfallen.

Durch Entzerrung der Prüfungen konnte der Lernprozess unserer Studierenden dauerhaft positiv beeinflusst werden. Die Nichtbestehensquote wurde signifikant gesenkt, ohne dass bei der Qualität des Studiums Abstriche gemacht wurden. Die Ergebnisse der ersten reformierten Laufbahnprüfung bestätigen diese Aussage.

Vom 19. bis 21. September unterzogen sich die Studierenden einer mündlichen Abschlussprüfung. Sie mussten sich einer schwerpunktbezogenen Fachprüfung stellen und ihre Diplomarbeit verteidigen. In beiden Prüfungsteilen erzielten unsere Studierenden mit 9,4 Rangpunkten gute Ergebnisse. Zusammen mit den Bewertungen der verschiedenen Modulprüfungen und dem Zwischenprüfungsergebnis erreichten die Studierenden im Durchschnitt 11,3 Rangpunkte und damit die Note „gut“.

Der Dekan Dr. Harmgardt zog in seiner Begrüßung ein erstes Resümee der erfolgreichen Umsetzung der Reform des Studiengangs. Sie sei ohne die tatkräftige Unterstützung vieler Beteiligten, vor allem auch aus dem Bundesministerium des Innern, so nicht umsetzbar gewesen. Die Anstrengungen haben sich gelohnt.

Anschließend sprach der Leiter der Abteilung D – Öffentlicher Dienst im Bundesministerium des Innern, MinDirig Dr. Hans Hofmann zu den Absolventinnen und Absolventen.

Foto links:
Diplomierung des Lg 10-08

Foto rechts:
Dr. Hans Hofmann



In seiner Festrede zeigte sich Herr Dr. Hofmann besonders beeindruckt von der Bandbreite und Praxisrelevanz der Diplomarbeitsthemen, die von den Studierenden bearbeitet wurden. Für die Qualität der Ausbildung spreche auch die Tatsache, dass alle Absolventinnen und Absolventen problemlos eine Anschlussverwendung gefunden haben. Er hob die Bedeutung einer funktionierenden Verwaltung für einen demokratischen Staat hervor und betonte den Beitrag, den jede/r einzelne der Diplomandinnen und Diplomanden dazu an seinem neuen Arbeitsplatz leisten werde.

Sarah Langner und Georg Meinicke schilderten als Vertretung der Studierenden ihre Erfahrungen während des Studiums, die sie im Stile eines Berichts über die Seefahrt humoristisch und kurzweilig untermalten. Im Namen ihrer Mitstudierenden dankten sie den Dozentinnen und Dozenten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachbereichsverwaltung für ihren Einsatz und die Bereitschaft bei kleinen und großen Problemen stets helfend zur Seite zu stehen.

Musikalisch wurde der Festakt vom Onyx-Klarinetten-Quartett der Kunst- und Musikschule der Stadt Brühl mit Stücken von George Gershwin und Leonard Bernstein untermalt.

Foto links:
 Frau Langner und Herr Meinicke

Foto rechts:
 Das Onyx-Klarinetten-Quartett



Die „Neuen“ sind da!

Aufnahme des Studiums am 1. April 2011 und am 4. Oktober 2011

In feierlichem Rahmen wurden am 1. April 2011 41 Studierende und am 4. Oktober 2011 48 Studierende zu Beamtinnen und Beamten auf Widerruf ernannt. Mit ihrer Ernennung traten die Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber in ein Beschäftigungsverhältnis mit der Fachhochschule ein. Hinzu kamen im Studienjahrgang 11-1 zwölf weitere Studierende und im Studienjahrgang 11-2 drei weitere Studierende: Sie sind Beamte des mittleren Dienstes, die im Aufstiegsverfahren das Studienziel „Diplom-Verwaltungswirt/in (FH)“ anstreben. Insgesamt nahmen 107 Studierende ihr Studium auf. In seiner Begrüßung ging der Dekan Dr. Wolfgang Harmgardt auf die Studienbedingungen auf dem Campus der Fachhochschule des Bundes in Brühl ein. Er betonte die im Vergleich zu anderen Hochschulen herausragenden Studienbedingungen wie z. B. eine intensive Lernatmosphäre in kleinen Kursen, direkte und unmittelbare Kontakte zu den Dozentinnen und Dozenten, die Betreuung der Studierenden während ihres dreijährigen Studiums sowie die bisherigen Erfolge und Erfahrungen durch die Modularisierung des Studiengangs.

Außerdem erläuterte er exemplarisch die mit dem Beamtenstatus erworbenen Rechte und Pflichten der Studierenden.

Studienjahrgang 11-1



Hierbei betonte Dr. Harmgardt insbesondere das Recht auf Alimentation als hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums sowie die Pflicht zur Teilnahme an den Lehrveranstaltungen.

Wir sind dann mal weg...

Auslandspraktika

Erstmals konnten Studierende des Lehrgangs 04-09 im Praktikum II ein Auslandsteilpraktikum leisten. Vom 18. Juli bis 15. September 2011 leistete ein Studierender einen Teil seines Praktikums II am Deutschen Historischen Institut in Paris (DHIP). Dieses Institut ist neben seinen Schwesterinstituten in Rom, London, Moskau, Warschau, Beirut, Istanbul,



Die neuen Studierenden des Studienjahrgangs 11-2



Die Studienanfängerinnen und Studienanfänger leisten den Dienst

Washington, Kathmandu und Tokio seit 2002 Teil der bundesunmittelbaren Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA).

Im Wintersemester 2011/12 leisten zwei weitere Studierende (Lehrgang 10-09) für jeweils drei Monate das Auslandspraktikum im Deutschen Historischen Institut und im Deutschen Forum für Kunstgeschichte, beide in Paris, ab.

Ausbildertagung

Am 17. März 2011 trafen sich 43 Ausbildungskoordinatoren und Ausbilderinnen und Ausbilder aus verschiedenen Praktikumsbehörden zur 3. Ausbildungertagung des Fachbereichs AIV in Brühl.

In seiner Begrüßung hob Präsident Bönders den großen Anteil hervor, den die Ausbilderinnen und Ausbilder vor Ort am Erfolg des dualen Studiums haben. Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Praxis und Lehre.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich über Neuregelungen der berufspraktischen Studienabschnitte, die aufgrund der Modularisierung eingeführt wurden. Hierbei wurden die ersten Erfahrungen zu den im Rahmen des Praktikums durchgeführten Rundgesprächen ausgetauscht.

Sie nutzten die Gelegenheit untereinander, aber auch mit Studierenden des modularisierten Studiengangs, Erfahrungen auszutauschen und die Sichtweise der Studierenden in die Gestaltung der Praktikumsphasen einfließen zu lassen.

Richtig (aus-)gewählt?!

Neues Auswahlverfahren hat sich bewährt

Im Jahr 2011 wurden die ersten vier Kurse (Einstellung 1. April sowie 1. Oktober 2011) eingestellt, die das modifizierte Auswahlverfahren am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung durchlaufen haben.

Die erstmalige Durchführung des schriftlichen Auswahlverfahrens mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Personalwesen e. V. hat die erhofften positiven Auswirkungen mit sich gebracht. Nunmehr steht dem Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung nicht nur ein wissenschaftlich fundiertes, eignungsdiagnostisches Instrument (gemessen an der DIN 33430) zur Verfügung. Vielmehr konnte die Gesamtdauer des Auswahlverfahrens so verkürzt werden, dass zu beiden Einstellungsterminen eine geringere Anzahl an Bewerbungsrücknahmen nach erfolgter Einstellungszusage zu verzeichnen war. Insoweit hat sich bereits unter diesem Aspekt die Verlagerung des schriftlichen Teils des Auswahlverfahrens auf einen externen Dienstleister bewährt. Erste Erfahrungen zeigen auch, dass das neu strukturierte schriftliche Auswahlverfahren positive Wirkungen in der Qualität der Studierenden mit sich brachte. Das Ergebnis der Zwischenprüfung (Einstellung 1. April 2011) liegt mit einer Durchschnittsrangpunktzahl von 9,5 auf sehr hohem Niveau.

Der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung hat somit einen großen Fortschritt im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ gemacht.

Werbung, Werbung, Werbung...

Messen und Informationsveranstaltungen

Der Fachbereich hat auch im Jahr 2011 wieder große Anstrengungen unternommen, um potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für die Aufnahme eines Studiums am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung zu interessieren.

Das Interesse an einer Beteiligung an den Auswahlkommissionen im mündlichen Auswahlverfahren von Seiten der Abnehmerbehörden ist nach wie vor erfreulich groß. Das Engagement der Bundesbehörden ist bezeichnend für die Anerkennung und hohe Wertschätzung des Studiengangs. Inzwischen haben sich über 150 Angehörige von über 40 Bundesbehörden bereiterklärt, am mündlichen Auswahlverfahren mitzuwirken. In diesem Jahr nahmen insgesamt 65 Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Abnehmerbehörden an der Auswahl für das Einstellungsjahr 2011 teil. Hierfür bedankt sich der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung ganz herzlich.

So präsentierte der Fachbereich sein Studienangebot sowohl auf der EinstiegAbi in Köln, einer der bundesweit größten Abiturientenmessen, als auch, wie in den Vorjahren, auf der „Horizon – Messe für Studium und Ausbildung“ in Stuttgart und Weimar mit einem Stand, an dem sich gezielt junge Leute mit Hochschul- oder Fachhochschulreife über den Studiengang „Verwaltungsmanagement“ beraten lassen konnten. Auf der Messe „Vocatium“ in Bremen und Hannover beriet der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung gemeinsam mit dem für das Hochschulmarketing zuständige Referat am Zentralbereich zahlreiche Studieninteressierte in vorab terminierten Einzelgesprächen.

In über 20 berufskundlichen Informationsveranstaltungen zwischen Mönchengladbach und Leipzig, die von den Berufsinformationszentren der Arbeitsagenturen veranstaltet wurden, warb der Fachbereich um Nachwuchskräfte.

So bot der Fachbereich den Integrationsbeauftragten ausgewählter Kommunen in Nordrhein-Westfalen spezielle Informationsveranstaltungen an. Flyer in russischer und türkischer Sprache, die sich an die Eltern potentieller Bewerberinnen und Bewerber richten, wurden ebenfalls verteilt. Das Bemühen zahlte sich aus: Der Anteil der Bewerbungen von Personen mit Migrationshintergrund konnte im Vergleich zum Vorjahr mit 14 Prozent nahezu verdoppelt werden.

Das Online-Bewerbungsverfahren sowie die gezielte Auswahl von Messebeteiligungen und Informationsveranstaltungen ermöglichte es, auf kostspielige Stellenaussagen in überregionalen Zeitungen zu verzichten, ohne einen sowohl quantitativen als auch qualitativen Rückgang der Bewerbungen zu verzeichnen.

Erfolgreicher Fachbereichstag zum Studiengang Verwaltungsmanagement an der FH Bund

Die Bewerbungskampagne für die Besetzung der Studienplätze stand unter dem Motto „Studieren – Gestalten – Verändern“ und setzte einen Schwerpunkt auf die Gewinnung Studieninteressierter mit Migrationshintergrund.



Gäste des Fachbereichstags

Die Online-Stellenausschreibung fand große Beachtung bei den Internetnutzern. Im Ausschreibungszeitraum von Juni bis September konnte mit einem Plus von rund 19 Prozent eine deutliche Steigerung der Zugriffe auf die Internetseite des Fachbereichs festgestellt werden. Insgesamt wurden rund 21.000 Zugriffe registriert.

Der große Erfolg des „Fachbereichstags 2010“ ermutigte den Fachbereich, ihn 2011 erneut durchzuführen. Am 9. September 2011 fand somit an der FH Bund in Brühl der „2. Fachbereichstag“ des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung statt. Eingeladen waren Auszubildende und ehemalige Auszubildende in der Bundesverwaltung, die die Qualifikation für ein Studium an der FH Bund erfüllen, sowie Schülerinnen und Schüler aus einem Umkreis bis zu 70 km.

Fast 200 junge Menschen (Vorjahr: rund 150), angereist aus ganz Deutschland, nutzten die Gelegenheit sich ausführlich über Studienbedingungen und -möglichkeiten zu informieren:

- Lehrende des Fachbereichs AIV und des Zentralbereichs stellten in „Schnuppervorlesungen“ ihre Studiengebiete anhand interessanter Fälle vor,
- Fragen rund um das Bewerbungsverfahren wurden in einer Veranstaltung ausführlich beantwortet,
- Lehrende, Verwaltungsangehörige, Studierende und auch Absolventinnen und Absolventen beantworteten Fragen zum Studium, zu den Praktika und zum Leben auf dem Campus,
- einzelne Praktikumsbehörden stellten sich vor und informierten über den Praktikumsverlauf, die Aufgaben ihrer Behörden und die späteren beruflichen Möglichkeiten.

Die „Schnuppervorlesungen“ waren so gut besucht, dass die Sitzplätze zum Teil gerade ausreichend waren. Insbesondere auch die Informationsveranstaltung zum Bewerbungsverfahren fand starke Beachtung. Am Informationsstand

des Fachbereichs AIV nutzten die Interessentinnen und Interessenten vor allem das Angebot, mit Studierenden ins Gespräch zu kommen.

Der AIV-Brief KreAtIV

Die erste KreAtIV-Ausgabe wurde im Mai 2006 veröffentlicht. Seitdem erscheint der AIV-Brief zweimal jährlich, zeitnah nach Abschluss der jeweiligen Laufbahnprüfung im Mai und Oktober.

Mit KreAtIV informiert der Fachbereich AIV Absolventinnen und Absolventen sowie seine Studierenden über Entwicklungen im und um den Studiengang. Kurzbeiträge, mit denen aus aktuellem Anlass Fachliches vermittelt wird, runden das Informationsangebot ab. Alle bislang erschienenen KreAtIV-Ausgaben sind auf der Homepage des Fachbereichs AIV abrufbar.

Die erste eigene Veröffentlichung...

Der Fachbereich AIV veröffentlicht in der Reihe „Schriften zur Allgemeinen Inneren Verwaltung“ herausragende Diplomarbeiten seiner Absolventinnen und Absolventen. Diese Arbeiten erstrecken sich thematisch auf die gesamte Bundesverwaltung, wobei sie in der Regel aktuelle



Großer Andrang schon bei der Begrüßung durch den Dekan

Problemstellungen aufgreifen und hierfür praxisorientierte Lösungen aufzeigen. Häufig haben sich die Fragestellungen unmittelbar aus den Praxisphasen des Studiums ergeben. Insofern sind die Veröffentlichungen nicht nur wissenschaftlich bedeutsam, sondern gerade auch für die Praxis der Bundesverwaltung von besonderem Interesse. Alle Titel der Reihe können über die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung bezogen werden.

Alle bisher erschienenen Titel sind auf der Homepage www.fhbund.de unter „Veröffentlichungen“ aufgeführt. Dort ist auch ersichtlich, welche Titel noch lieferbar sind und wo man sie bestellen kann.

Bundesverwaltung – wir kommen!

Vermittlung von Absolventinnen und Absolventen in Anschlussverwendungen

Das Absolventenverzeichnis unterstützt zusätzlich das Bewerbungsverfahren der Studierenden. In einer Kurzbeschreibung präsentieren die Studierenden ein durch Initiative, Kreativität und organisatorisches Talent geprägtes Profil. Das Absolventenverzeichnis erhalten die Personalreferate von potentiellen Abnehmerbehörden. Sie nehmen das Absolventenverzeichnis zum Anlass, Studierende gezielt anzusprechen, sich zu bewerben.

AIV 2020

Was war rückblickend für uns förderlich beim Lernen? Und was ist eigentlich ‚gute‘ Lehre? Mit diesen und ähnlichen Fragen haben sich die Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs AIV an der FH Bund detailliert in einem zweitägigen Strategieworkshop Ende August in Boppard beschäftigt.

Auch im Jahr 2011 hat sich bestätigt, dass die Aussichten für unsere Absolventinnen und Absolventen, eine adäquate

Anschlussverwendung zu finden, sehr positiv sind. So haben alle Absolventinnen und Absolventen der beiden Lehrgänge, die 2011 ihre Laufbahnprüfung abgelegt haben, einen adäquaten Arbeitsplatz gefunden.

Die Studierenden werden in ihrem Bemühen um eine Anschlussverwendung durch den Fachbereich aktiv unterstützt. So werden sie über Stellenausschreibungen, die beim Fachbereich eingehen, umgehend informiert. In Zusammenarbeit mit einigen Abnehmerbehörden werden spezielle Informationsveranstaltungen für die Abschlusslehrgänge durchgeführt, in denen ihnen die Aufgabenstellungen und Entwicklungsmöglichkeiten in der jeweiligen Behörde erläutert werden. Von diesem positiven Engagement profitieren sowohl unsere Studierenden als auch die Abnehmerbehörden, die auf diese Weise in direkten Kontakt zu ihren potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern treten können. Daneben liefert diese Maßnahme auch Synergieeffekte für die Kooperation zwischen der FH Bund und den Abnehmerbehörden und dient damit dem Ziel einer qualitativen und bedarfsorientierten Ausbildung.

Strategie-Workshop „AIV 2020“ am 25./26 August in Boppard

Den Abschluss des zweiten Workshop-Tages bildete die Frage, welche Themenfelder und Bereiche in der AIV herausgehoben bearbeitet werden sollten, um einerseits auf die Bedürfnisse der Studierenden einzugehen und andererseits eine optimale strategische Ausrichtung für das Jahr

2020 zu erreichen. Nach einer intensiven Austauschphase haben sich die Workshop-Teilnehmerinnen und Workshop-Teilnehmer in vier Arbeitsgruppen mit den Themen ‚Optimierung der Lehrorganisation‘, ‚Weiterentwicklung des Curriculums‘, ‚Entwicklung einer Corporate Identity‘ sowie der ‚Weiterentwicklung des Studiengangs‘ befasst. Am 1. Dezember 2011 tauschten sich die AIV-Angehörigen in einem Follow-Up-Workshop über die erarbeiteten Konzepte aus. Sie vereinbarten weitere Schritte zur Umsetzung der Arbeitsergebnisse.

Aus den Augen, aus dem Sinn – nicht bei AIV-Absolventen!

Absolvententreffen am 9. September 2011

Am 9. September 2011 fand an der FH Bund das sechste Absolvententreffen für Absolventinnen und Absolventen sowie Studierende statt. Es bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, alte Kontakte zu vertiefen und neue zu knüpfen.

Die Veranstaltung fand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern großen Anklang und ging bis in die frühen Morgenstunden.

Absolvententreffen



Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Leitung:	VLR Matthias Hansen
Sitz/Standorte:	Berlin
Studiengang:	gehobener Auswärtiger Dienst
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	101 (95 KSA, 6 Praxisaufsteiger)
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	21
Hauptamtlich Lehrende:	8

Erstes Großereignis im Jahr ist traditionell die „Länderfete“. Sie wurde veranstaltet von den aus dem neunmonatigen Auslandspraktikum zurückgekehrten KSA 2008, die bei dieser Gelegenheit ihre jeweiligen Gastländer und deren typische Speisen vorstellten. Zutaten und Gewürze, dazu Landestracht, Informationsmaterial, Flaggen, Poster, vielfältige Dekoration werden schon während des Aufenthalts im Gastland besorgt, um dann bei der Länderfete einem begeisterten Publikum präsentiert zu werden. Alle Angehörigen der Akademie und auch geladene Gäste aus dem Auswärtigen Amt kommen jedes Jahr gern, weil man kaum irgendwo sonst eine solche Bandbreite unterschiedlichster kulinarischer Genüsse probieren kann.

Am 29. Juli 2011 konnten die KSA 2008 ihre Ernennungs-urkunden entgegennehmen. Staatssekretärin Haber und die Ausbildungsleitung beglückwünschten sie zur bestandenen Laufbahnprüfung und zu ihrem akademischen Abschluss. Zum musikalischen Rahmenprogramm gehörte auch der Abschiedsauftritt des eigenen Chores der KSA 2008. 28 der 37 jungen Kolleginnen und Kollegen verabschiedeten sich von Berlin, um direkt auf ihren ersten Auslandsposten zu gehen. Am selben Tag traten die KSA 2011 ihren Dienst auf Reiherwerder an und begannen ihr Grundstudium.

Zu den Höhepunkten der Ausbildung zählen neben den Praktika an unseren Botschaften und Konsulaten im Ausland die Lehrbesichtigungsfahrten. Die Lehrbesichtigungsfahrt der KSA 2010 zu Anfang des Jahres nach Bonn und Köln beinhaltete u. a. einen Besuch bei den am ehemaligen Regierungssitz ansässigen Sekretariaten der Vereinten Nationen sowie Einweisungen in die Arbeit der Dienststelle des Auswärtigen Amtes in Bonn und des Bundesverwaltungsamts. Die Abschlussfahrt der KSA 2008 im Juli führte nach Wien, zu unseren dortigen Vertretungen, zu den Vereinten Nationen und der OSZE.

Der von den Anwärtnerinnen und Anwärtern aller Laufbahnen gestaltete alljährliche „Bunte Abend“ im November 2011 führte die geladenen Gäste, Dozentinnen und Dozenten und Ausbildungsleitungen, auf einer unterhaltsamen Zeitreise in die 20er Jahre zurück.

Anfang November trafen die KSA 2011 mit den Teilnehmenden des alljährlichen „Kanzlerseminars“ zusammen, den Verwaltungsleiterinnen und Verwaltungsleitern deutscher Auslandsvertretungen weltweit. Diese Gelegenheit zum abendlichen Austausch fand auf beiden Seiten großen Anklang und wurde lange über das offizielle Ende der Veranstaltung hinaus fortgesetzt.

Foto links:
Ernennung KSA08

Foto rechts:
Bunter Abend 2011



An den Werbemaßnahmen des Fachbereichs wirkten in diesem Jahr mehrere KSA-Lehrgänge mit. Auf Abiturmessen in Karlsruhe, Frankfurt, Dortmund und München sowie beim Tag der Offenen Tür im Auswärtigen Amt in Berlin warben Ausbildungsleitung und KSA gemeinsam für geeigneten Nachwuchs.

Im Jahr 2012 werden die KSA 2011 ihre erste Zwischenprüfung, ihr Inlandspraktikum und ihr Hauptstudium absolvieren, die KSA 2010 in ihr Auslandspraktikum gehen und ihre Diplomarbeit schreiben, und die KSA 2009 ihr Hauptstudium II und ihre Laufbahnprüfung ansteuern. Die Ausbildungsleitung freut sich auf die gemeinsame Arbeit mit ihnen allen und wünscht ihnen viel Erfolg.



KSA09 LBR Bruessel

KSA10 Deutsches Historisches
Museum

Fachbereich Bundespolizei

Leitung:	Präsident Bernd Brämer
Sitz/Standorte:	Lübeck
Studiengang:	gehobener Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei
Studienabschluss:	Diplomverwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	875
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	143
Hauptamtlich Lehrende:	28

Zahlen zum Studium am Fachbereich Bundespolizei

Am Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes studieren aktuell 1.068 Studierende in verschiedenen Studiengängen zum gehobenen Dienst.

Im Einzelnen gliedert sich diese Gesamtzahl wie folgt:

3- jährige Studiengänge:	875 (davon 1 Stipendiatin aus Serbien)
2- jährige Ausbildungsgänge:	121
Praxisaufsteiger:	72

Die Unterrichtung der Studierenden am Fachbereich Bundespolizei erfolgt derzeit durch 28 Dozentinnen und Dozenten,

davon

- 9 Professorinnen und Professoren
- 19 Fachhochschullehrer

hinzu kommen

- 2 Fachlehrer (gehobener Dienst)
- 3 Studienbegleiter zgl. Fachlehrer und Schießausbilder

Diese hielten im Berichtsjahr 14.645 Lehrveranstaltungsstunden und bewerteten 2.232 Prüfungsklausuren sowie 351 Diplomarbeiten.

An den zwei Laufbahnprüfungen im Jahr 2011 nahmen in den verschiedenen Studiengängen insgesamt 375 Studierende teil.

Erfolgreich schlossen diese 327 Studierende ab und erwarben so die Laufbahnbefähigung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Der neue Studiengang zum gehobenen Polizeivollzugsdienst 2011 – 2014 (68. Studienjahrgang) hat am 1. September 2011 mit insgesamt 246 Teilnehmerinnen und Teilnehmern begonnen.



Vereidigung von 72 Anwärterinnen und Anwärtern des 68. Studienjahrgangs sowie 45 Anwärterinnen und Anwärter für den mittleren Polizeivollzugsdienst am 14. Oktober 2011 in der Wandelhalle der Stadt Bad Kissingen



Die neu eingestellten jungen Frauen und Männer wurden zu Anwärterinnen und Anwärtern ernannt und in den Einstellungsstandorten Walsrode, Neustrelitz, Eschwege, Swisttal und Oerlenbach vereidigt.

Bei der Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst im Rahmen des Masterstudiengangs hat der Studienjahrgang 2010/2012 (27. RAL) am 1. Oktober 2010 mit 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Fachbereich in Lübeck begonnen und hier das 1. Studienjahr bis zum 30. September 2011 absolviert. Seit Oktober befinden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im 2. Studienjahr an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Der Studienjahrgang 2011/2013 (28. RAL) hat am 1. Oktober 2011 mit 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern begonnen. Erstmals wurde dabei eine Studiengemeinschaft aus 7 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bundeskriminalamtes und 4 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bundespolizei gebildet.

Bei den dargestellten Studiengängen hospitieren derzeit am Fachbereich Bundespolizei verschiedene ausländische Stipendiaten. Ein türkischer und ein russischer Stipendiat beim 27. Ratanwärterlehrgang, ein türkischer und ukrainischer Stipendiat beim 28. Ratanwärterlehrgang und am 67. Studienjahrgang eine serbische Stipendiatin.



65. Studienjahrgang

Verabschiedung

Nach drei Jahren harter Arbeit, intensivem Studium und nervenaufreibenden Prüfungen, wurden am 25. August 2011 224 Absolventinnen und Absolventen des 65. Studienjahrganges verabschiedet. Das Bundespolizeiorchester Hannover unter der Leitung von Matthias Höfert eröffnete die Abschlussveranstaltung in der Sporthalle der Bundespolizeiakademie vor knapp 900 Gästen mit der „Olympischen Fanfare“.

Nach den Begrüßungsworten des Dekans des Fachbereichs Bundespolizei, Präsident Bernd Brämer, blickte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, in seiner Festansprache auf das Studium des 65. Lehrgangs zurück. Dabei hob er die Bedeutung des Polizeiberufs hervor und verurteilte gleichzeitig auch die steigende Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte.

In diesem Zusammenhang sprach er sich auch gegen eine Kennzeichnungspflicht von Polizisten aus, wofür er besonderen Applaus des Publikums und insbesondere den der jungen Studierenden erntete.

André Tabbert, der Lehrgangssprecher des 65. Studienjahrgangs, ließ in seiner Ansprache die letzten drei Jahre aus

Foto links:
Präsident Bänders

Foto rechts:
Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Ole Schröder, MdB



Sicht der Studierenden mit einigen Anekdoten aus dem Studentenleben Revue passieren und dankte den Dozentinnen und Dozenten und dem Lehrpersonal für die Unterstützung.

Präsident Bönders erhielt für seine Rede, in der er eindrucksvoll den Spannungsbogen zwischen Beruf und Studium darstellte, großen Zuspruch aus dem Publikum.

Im Anschluss an die Festreden nahm er zusammen mit Herrn Matthias Seeger, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Herrn Dr. Ole Schröder, sowie Präsident Brämer, die Ehrungen und Auszeichnungen herausragender Studierenden vor.

Einer ist immer der Beste

Herr Polizeioberrmeister Oliver Krainer wurde als Lehrgangsbester geehrt und durch den Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums, Matthias Seeger, zum Polizeikommissar ernannt.

Herr Krainer wird zukünftig als Kontroll- und Streifenbeamter am Flughafen Frankfurt/Main eingesetzt.

Foto links:
Oliver Krainer

Foto rechts:
Tim Mittermeier, Markus Meyer-Glitza, Präsident Bönders

Im Anschluss wurden alle anderen 223 Studierende durch die jeweiligen Präsidenten der Bundespolizeidirektionen zu Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren ernannt.



Auszeichnung für vorbildliches Verhalten

Tim Mittermeier und Markus Meyer-Glitzka wurden für vorbildliche Leistungen während ihres Praktikums ausgezeichnet.

Die Beamten standen am 31. Mai 2011 einer Amoksituation am Düsseldorfer Hauptbahnhof gegenüber, bei der ein Mann in der Vorhalle des Düsseldorfer Hauptbahnhofs während der Durchführung einer polizeilichen Kontrolle durch eine Streife der Bundespolizei unvermittelt eine Pistole zog und einen Schuss auf die beiden Bundespolizisten abfeuerte. Durch den Schuss wurden die Beamten zum Glück nicht verletzt. Der Täter flüchtete sofort aus dem Bahnhof in Richtung Straßenbahn. Dort ergriff er eine Frau und feuerte erneut einen Schuss ab. Durch den Schuss in den Hals wurde die Frau schwer verletzt. Anschließend wurde der Täter durch Bundespolizisten überwältigt und festgenommen.

Durch ihren selbstlosen und besonnenen Einsatz hatten die beiden Studierenden wesentlich daran mitgewirkt, dass die Lage nicht weiter eskalierte und mehr Personen gefährdet oder sogar verletzt wurden.

Damit haben Sie gleichzeitig eindrucksvoll nachgewiesen, dass der Studiengang die Studierenden gut auf die Anforderungen der polizeilichen Praxis vorbereitet und sie schon vor Beendigung der Ausbildung in die Lage versetzt, auch in Extremsituationen zu bestehen.

Abschlussball in der Musik- und Kongresshalle

Der angemessene Schlusspunkt des Lehrgangs wurde dann am Abend des 25. August 2011 in der Musik- und Kongresshalle zu Lübeck gefeiert. Neben einem reichhaltigen Buffet und Unterhaltungsprogramm rundeten die vorgetragenen Reden den Abend als unvergesslichen Abschluss ab.

Ein Herz für Kinder – 65. Studienjahrgang spendet 2.020 EUR

Der 65. Studienjahrgang entschied sich im Anschluss an die Feierlichkeiten dafür, den finanziellen Überschuss aus seinem Abschlussball zu spenden. Über eine Spende von 2.020 EUR konnte sich der Verein „Lübeck – Hilfe für krebskranke Kinder e. V.“, der in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiert, freuen. Die symbolische Scheckübergabe durch den ehemaligen Lehrgangssprecher, Polizeikommissar André Tabbert an die erste Vorsitzende des Vereins, Frau Heidemarie Vesper, erfolgte am 4. Oktober 2011 bei der Bundespolizeiakademie.

„Der Verein Lübeck – Hilfe für krebskranke Kinder e. V.“ ist ausschließlich ehrenamtlich tätig und arbeitet ohne Verwaltungskosten. „Somit kommt jeder gespendete Euro dort an, wo er benötigt wird – direkt bei den Kindern“, so Tabbert.

Foto links:
Abschlussball

Foto rechts:
Heidemarie Vesper nimmt den
Scheck von André Tabbert



Frau Vesper freute sich über die hohe Spendensumme für ihren Verein und bedankte sich auch im Namen aller Kinder, die nun davon profitieren können.

Gemeinsamer Jahresempfang

Zum gemeinsamen Jahresempfang des Fachbereichs Bundespolizei und der Bundespolizeiakademie, der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg und der Bundespolizeifliegerstaffel Fuhendorf am Donnerstag, 3. Februar 2011, in Lübeck begrüßte Präsident Bernd Brämer rund 460 Gäste.

Zahlreiche Gäste aus dem Ausland, Repräsentanten der Botschaften und der konsularischen Vertretungen in Norddeutschland, der Wirtschaft, Politik, benachbarter Behörden und Institutionen, darunter die Innenminister der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburger-Vorpommern und der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages Torsten Geerds waren der Einladung gefolgt.

v. l. n. r.: Bettina Hagedorn, MdB; Präsident Matthias Seeger; Norbert Brackmann, MdB; Präsident Joachim Franklin; Innenminister SH Klaus Schlie, MdL; Landtagspräsident Torsten Geerds, MdL; Gero Storzjohann, MdB; Innenminister NI Uwe Schünemann, MdL; Innenminister MV Lorenz Caffier, MdL; Ingo Gädechens, MdB; Präsident Bernd Brämer; Polizeidirektor Erhard Riß, Polizeidirektor Markus Ulfig



Der Fachbereich Bundespolizei feiert mit der Bundespolizeiakademie das 60-jährige Bestehen der Bundespolizei

Vor genau 60 Jahren zogen die ersten Bundesgrenzschutzbeamten in die heutige Liegenschaft der Bundespolizeiakademie in Lübeck ein. Daher wird Lübeck als Gründungsstandort des Bundesgrenzschutzes, der heutigen Bundespolizei, als „Wiege der Bundespolizei“ bezeichnet. Aus diesem Anlass fand am Samstag, 28. Mai 2011, ein Tag der offenen Tür bei der Bundespolizeiakademie in Lübeck statt, in dessen Verlauf der Fachbereich Bundespolizei intensiv eingebunden war.

Dazu fanden im Vorfeld bereits ab 10:00 Uhr Aktivitäten im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck statt. Dabei präsentierte die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt ihre Einsatzschiffe im Lübecker Stadthafen.

Das Bundespolizeiensemble Hannover stellte einmal mehr seine Professionalität mit einem Platzkonzert direkt vor dem Holstentor unter Beweis.

Den Abschluss der Aktivitäten im Stadtgebiet in der Hansestadt und zugleich auch den Auftakt zu den Aktivitäten in der Liegenschaft Dr. Robert Lehr bildete der Fahrzeug-Korso mit historischen Fahrzeugen.



Nach dem Eintreffen der Fahrzeuge, Absitzen der Einsatzkräfte und Antreten auf dem Sportplatz begann der offizielle Teil des Tages der offenen Tür in der Unterkunft Dr. Robert Lehr.

Der Präsident der Bundespolizeiakademie und Dekan des Fachbereichs Bernd Brämer nahm vor dem angetretenen 66. Studienjahrgang die symbolische Meldung des Zugführers des historisch gekleideten Ehrenzuges entgegen, und konnte nach Eintreffen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, „Einsatzbereitschaft“ melden.

Nach einer kurzen Festrede durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ole Schröder und einem Grußwort durch den Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums Matthias Seeger eröffnete der Präsident der Bundespolizeiakademie Bernd Brämer ein wahres Feuerwerk an Aktivitäten.

Neben Live-Musik von verschiedenen Bands und Künstlern, R. SH Showtruck, Fallschirmspringer der GSG 9, Darstellung des gesamten Aufgabenspektrums der Bundespolizei, Ehemaligen-Treff, Hochseilgarten, Reiterstaffel, Diensthundevorführung, Hubschrauberausstellung, Kindermeile, Uniformschau, Modellschiffe, Human Soccer, Autogrammstunden mit Schauspielerinnen und Schauspieler der

Foto rechts:
 Präsident Brämer meldet dem
 Parlamentarischen Staats-
 sekretär Einsatzbereitschaft



„Küstenwache“ und Weltmeisterinnen und Olympiasieger aus den Reihen der Bundespolizei, hielten die Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Bundespolizei eine Vielzahl fachlich interessanter Vorträge. Auch die Studierenden des 66. Studiengangs waren umfassend eingebunden. So unterstützten sie beispielsweise in Einsatztrainingsvorführungen, Modenschau, Themenpark Bundesbereitschaftspolizei, Verkehrslenkungsmaßnahmen, Sicherungsdienst, VIP –Betreuung, Fahrzeug-Korso und Vielem mehr.

Um 18:00 Uhr endete der Tag der offenen Tür mit einem lächelnden Wettergott, beeindruckten Gästen und erschöpften, aber glücklichen Studierenden, Dozentinnen und Dozenten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs.

„MiniMasterLübeck – Zieh ab, aber zieh mich nicht ab!“

Beim „MinimasterLübeck“ handelt es sich um eine besondere Aktion der Hansestadt Lübeck, die im Jahr 2011 im Rahmen der Bewerbung der Hansestadt Lübeck zur Stadt der Wissenschaft zum 2. Mal durchgeführt wurde. Dabei werden von den Hoch- und Fachhochschulen der Stadt eine Vielzahl von Vorlesungen angeboten, an den Kinder im Alter zwischen acht und zwölf Jahren kostenlos teilnehmen können. Es werden dafür jährlich wechselnde aktuelle und interessante Themen aus den jeweiligen Fachgebieten der Hochschulen bestimmt, die dann adressatengerecht und lehrreich angeboten werden. Kinder, die mindestens an drei Veranstaltungen teilgenommen haben, erhalten dann in einer zentralen Veranstaltung in einer der sieben Lübecker Kirchen ihre „Ernennungsurkunde“ zum „MinimasterLübeck“.

Von den insgesamt sieben Veranstaltungen im Jahr 2011 wurde die sechste beim Fachbereich Bundespolizei durchgeführt.

Polizeioberrätin Eileen Lensch und Polizeihauptkommissar Matthias Conring vom Studienbereich Polizeiführungswissenschaften des Fachbereichs klärten die vielen interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer über das „Abziehen von Kindern“, also dem Stehlen von Kleidungsstücken oder Wertgegenständen wie Uhren, Schmuck oder Handys, auf.

Da „Abziehdelikte“ auch in Lübeck zum Alltag zählen, wie Eileen Lensch weiß, hatte die Vorlesung auch einen aktuellen Hintergrund. Kindgerecht wurde den Teilnehmern vermittelt, wie man sich schützen kann und wie die Polizei bei ihrer Ermittlungsarbeit vorgeht. Abgerundet wurden die Vorträge mit kleinen Rollenspielen. Das Bundespolizeimuseum stand den Kindern und ihren Eltern als Rahmenprogramm ebenfalls zur Verfügung. Hier zogen besonders



die historischen Fahrzeuge und der Hubschrauber der Bundespolizei die Kleinen in ihren Bann.

9. Lübecker Hochschultag

Am Donnerstag, 24. November 2011, setzten die Fachhochschule Lübeck und die Fachhochschule des Bundes – Fachbereich Bundespolizei die Tradition des Lübecker Hochschultags fort. Dabei wurde die Musik- und Kongresshalle (MuK) wieder zum Zentrum von Informationen für Studieninteressierte in der Hansestadt Lübeck.

Von 8:30 bis 15:00 Uhr präsentierten sich die beiden Fachhochschulen mit neuem Konzept zum 9. Lübecker Hochschultag. Dabei standen dieses Mal Informationen über Studiermöglichkeiten an Lübecker Fachhochschulen und den anschließenden Berufsaussichten im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Aktion – Präsentation – Information“ wurden Wege ins Studium aufgezeigt. Studieninteressierte erhielten alle wichtigen Informationen für eine erfolgreiche Bewerbung an einer Hochschule aus erster Hand. Damit Studium richtig gelingt, informierten aktuelle und ehemalige Studierende über ihre Erfahrungen aus dem Hochschulleben.



Im Foyer der MuK wurden dazu Erfahrungen zu Studium, Wissenschaft und Beruf an zahlreichen Ständen sichtbar und erlebbar gemacht.

Auch bei dem Fachbereich Bundespolizei drehte sich alles um spannende Demonstrationen aus dem beruflichen Alltag von Bundespolizistinnen und Bundespolizisten. Dazu zählten unter anderem die Präsentation der Aufgaben der Bundespolizei sowie die Darstellung der Einstellungsvoraussetzungen mit Bewerbung und dem sich möglicherweise anschließendem Eignungsauswahlverfahren.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren, unterstützten auch die Dozenten des Fachbereichs Bundespolizei die Veranstaltung mit interessanten Vorträgen rund um die Arbeit



des Fachbereichs. So berichteten Herr Polizeiberrat Oliver Hennings, Prof. Dr. Erhard Huzel sowie Prof. Dr. Thomas Spohrer über Tatortarbeit, Graffiti sowie die Psychologische Eignungsauswahl der Polizei.

Darüber hinaus berichteten junge Anwärtnerinnen und Anwärter für den gehobenen Polizeivollzugsdienst über ihre persönlichen Erfahrungen. Damit wurde auch eine natürlich bestehende Barriere zwischen jungen interessierten Menschen und der Bundespolizei abgebaut.

Abgerundet wurde das Programm der Bundespolizei durch die Präsentation von Kriminalwissenschaften durch die praktische Vorführung von Tatortarbeit an Fahrausweisautomaten sowie die Darstellung von Aufgaben der Bundespolizei in Auslandsmissionen.

Ukrainische Kadetten zu Gast am Fachbereich Bundespolizei

In der Zeit vom 8. bis 15. April 2011 besuchte eine Delegation von 16 deutschsprachigen Offiziersanwärterinnen und Offiziersanwärtern (Kadetten) sowie 2 Fachlehrern der Akademie des Grenzdienstes der Ukraine im Rahmen einer Studienreise zur Sprachschulung und Darstellung der Aufbau- und Ablauforganisation der Bundespolizei die Bundespolizeiakademie sowie Dienststellen der Bundespolizeidirektion Hannover (BPOLI Hamburg Flughafen) und der Direktion Bundesbereitschaftspolizei (BPOLABT RZ). Ein Großteil der Betreuung erfolgte durch den Fachbereich und Studierende des 66. Studiengangs.

Dies ist der mittlerweile sechste Besuch von ukrainischen Kadetten am Fachbereich und hat sich nach Aussage der Verantwortlichen aus der Ukraine wie auch bei den vorhergehenden Besuchen besonders bewährt. Für die jungen Kadetten stellt dies einen wichtigen Baustein in ihrer Ausbildung dar.

Aber auch für die Studierenden des Fachbereichs ergaben sich aus den gemeinsamen dienstlichen Veranstaltungen Einblicke in polizeiliche Aufgaben und das Selbstverständnis von angehenden Polizisten eines anderen Landes.

Vertieft wurden diese Eindrücke auf beiden Seiten durch das gegenseitige persönliche Kennenlernen. Die Erkenntnis, dass hinter der Uniform und der Aufgabe jedes Polizisten auch ein Mensch steht, hat sich dabei, trotz anfänglich vorhandener Sprachbarriere, für alle Beteiligten sicherlich noch einmal in besonders intensiver Form während der zahlreichen gemeinsamen abendlichen Veranstaltungen offenbart.



Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Leitung:	Direktor Rudolf Junger
Sitz/Standorte:	Mannheim
Studiengang:	gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	350
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	138
Hauptamtlich Lehrende:	20

Personelle Situation

Am Fachbereich Bundeswehrverwaltung (FB BWV) der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund) studierten im Jahr 2011 insgesamt 464 junge Nachwuchsbeamtinnen und -beamte in elf Studiengängen der Laufbahnausbildung und des Praxisaufstiegs für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. An diversen Fortbildungslehrgängen nahmen 105 Angehörige der Bundeswehrverwaltung teil.

Die operativen Aufgaben in Lehre und Prüfungen und die Weiterentwicklung neuer, an den Auslandseinsätzen und an der Modernisierung der Bundeswehr orientierter Studien-

Fachhochschule im Grünen



inhalte wurden unter den Bedingungen eines hohen Personalwechsels erfüllt. Dies stellte den Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahre 2011 – wie bereits in den Jahren zuvor – vor besondere Herausforderungen.

Dozenten, Hochschulverwaltung

Zum Jahresende 2011 lehrten am Fachbereich Bundeswehrverwaltung 29 hauptamtlich Lehrende. Aufgrund der großen Zahl von vakanten Dozenten-Dienstposten konnte die Lehre in mehreren Studienfächern nur durch den Einsatz von Beamtinnen und Beamten aus der Wehrverwaltung als Lehrbeauftragte und durch Übernahme der Lehre durch Dozentinnen und Dozenten anderer Fachbereiche der FH Bund aufrechterhalten werden. Insgesamt haben im Jahr 2011 neun fachbereichsexterne Kolleginnen und Kollegen den Fachbereich Bundeswehrverwaltung durch Übernahme von Lehrverpflichtungen unterstützt.

Die Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs erarbeiteten im Jahr 2011 zahlreiche wissenschaftliche Publikationen. Insgesamt veröffentlichten sie 41 Werke – darunter Lehrbücher, Kommentare, Monographien und Aufsätze in renommierten Fachzeitschriften. Autoren und Titel sind aus der Einzelaufstellung ersichtlich (s. Anlage).

Studierende

Im Jahre 2011 begannen insgesamt 74 Studierende die dreijährige Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Am 1. April 2011 nahmen 37 Studierende (64. Studiengang) und am 1. Oktober 2011 37 Studierende (65. Studiengang) das Studium auf – darunter 8 Tarifbeschäftigte, die an der Aufstiegsausbildung gemäß § 33 a Abs. 6 BLV teilnehmen.

In den zwei Laufbahnprüfungen im Jahr 2011 schlossen 51 Studierende die Ausbildung erfolgreich ab (22 weibliche Studierende – 43% – und 29 männliche Studierende – 57% –). Damit haben seit Gründung des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung im Jahr 1979 insgesamt 6.855 Studierende die Laufbahnausbildung erfolgreich absolviert.

Am 28. September 2011 schlossen 10 Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes im Rahmen des neu eingerichteten Praxisaufstiegs ihre zweijährige Einführung mit der Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Ausbildung, Fortbildung, Beratung und Entwicklung

Seinen zentralen Auftrag – die **Ausbildung der Nachwuchsbeamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung** (vgl. §§ 24 ff. BLV, § 3 Abs. 1 Grundordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – GO-FH Bund – vom 15.01.2008 – GMBL 2008 S. 116) – erfüllte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahr 2011 durch die Lehrveranstaltungen in 19 Studienfächern in acht Studiengängen der **Laufbahnausbildung** (58. bis 65. Studiengang). Grundlage für Studieninhalte und Studienverlauf ist ab dem 51. Studiengang die Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung vom 14.03.2005 (BGBl I S. 779).

Neben den Lehrveranstaltungen führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung insgesamt sechs Prüfungen durch.

An den beiden Zwischenprüfungen im April und Oktober 2011 nahmen 145 Studierende des Grundstudiums erfolgreich teil (63. und 64. Studiengang). Die Laufbahnprüfung am 30. März 2011 bestanden 32 Studierende (58. Studien-

gang), die Laufbahnprüfung am 28. September 2011 19 Studierende (59. Studiengang).

Die 10 Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die im Jahr 2010 den 10-wöchigen wissenschaftlichen Lehrgang Teil I für den Praxisaufstieg (vgl. § 33b BLV) besucht hatten, nahmen vom 25. Juli bis 28. September 2011 an dem ebenfalls 10-wöchigen Teil II dieses Lehrgangs teil. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses 6. Einführungslehrgangs schlossen am 28. September 2011 die Prüfung zur Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Vom 9. Mai bis 22. Juli 2011 besuchten weitere 20 Beamte des mittleren Dienstes des 7. Einführungslehrgangs den Teil I des wissenschaftlich ausgerichteten Lehrgangs für den Praxisaufstieg. Alle Teilnehmer schlossen diesen Lehrgangsteil am 22. Juli 2011 mit einer Prüfung erfolgreich ab.

Die mit der Studienreform 2004 eingeführte **Fremdsprachenausbildung in Englisch** hat sich erfolgreich entwickelt. Die Sprachausbildung schafft die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten in einem englischsprachig geprägten Umfeld, wie es für die Arbeit in internationalen Stäben und bei Auslandseinsätzen typisch ist.

Die Sprachausbildung in Englisch führt das Bundessprachenamt (BSprA) mit einer am Fachbereich Bundeswehrverwaltung eingerichteten Sprachlehrergruppe durch. Kern der Fremdsprachenausbildung ist die zweimonatige Pflichtsprachausbildung (200 Lehrveranstaltungsstunden) am FB BWV. Zur Vorbereitung auf die Pflichtsprachausbildung dient die fremdsprachliche Vorausbildung (90 Std.) sowie die freiwillige Sprachausbildung (20 Std.).

Ziel der Pflichtsprachausbildung ist – je nach den Ausgangsvoraussetzungen der Studierenden – das Bestehen der

Sprachprüfung mit dem Standardisierten Leistungsprofil (SLP) 3332 („weit fortgeschrittene Kenntnisse“) oder mit dem SLP 2221 („fortgeschrittene Kenntnisse“). Die seit Einführung verzeichneten positiven Ergebnisse der Fremdsprachenausbildung haben sich im Jahr 2011 verstetigt. Das Bundessprachenamt bescheinigt der Ausbildung einen außergewöhnlich guten Lernerfolg.

Bisher haben die Studierenden von zwölf Studiengängen die Sprachausbildung absolviert und mit einer Sprachprüfung abgeschlossen (51. bis 62. Studiengang). Von den insgesamt 688 Studierenden erreichten 639 Teilnehmer (= 93 %) die Ausbildungsziele. 358 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (= 52 %) erreichten das SLP 3332 und besser, 281 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (= 41 %) erreichten das SLP 2221 und besser.

Nach dem Ergebnis der Sprachprüfungen dieser zehn Studiengänge ist zu erwarten, dass künftig nahezu alle Nachwuchsbeamtinnen und Nachwuchsbeamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes nach Abschluss der Laufbahnprüfung über fortgeschrittene Englischkenntnisse verfügen werden – nämlich zu fast zwei Dritteln mit der Leistungsstufe SLP 3332 und besser und zu etwa einem Drittel mit der Leistungsstufe SLP 2221 und besser.

Seit Einführung der Diplomarbeit im 51. Studiengang haben die Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung insgesamt 553 Diplomarbeiten geschrieben. Durch das Aufgreifen einer Vielzahl geeigneter Themenvorschläge aus der Berufspraxis aus allen Arbeitsbereichen der Bundeswehrverwaltung und durch die Einbindung von Praktikern als Zweitprüfende wird eine hohe Praxisrelevanz der Diplomarbeiten erreicht. Mit der Bearbeitung geeigneter Diplomarbeitsthemen aus der Bundeswehrpraxis leistet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen Beitrag zur Optimierung der Wehrverwaltung und zur Transformation der

Bundeswehr im Sinne einer internen Beratung der Leitung des BMVg (Fachbereich BWV als Kompetenzzentrum im Sinne der vom Fachbereichsrat beschlossenen „Perspektiven zur Weiterentwicklung des FB BWV vom 20. Juli 2004“). Herausragende Diplomarbeiten werden der Berufspraxis über das IntranetBw zur Verfügung gestellt.

Die mit der Einführung der **Diplomarbeit** gesetzten Ziele, die wissenschaftlichen Aspekte der Ausbildung gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu verstärken und den Verbund zwischen Studium und Berufspraxis noch stärker zu festigen, sind erreicht. Die Arbeit an der Diplomarbeit hat zudem die Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Studierenden gestärkt und deren Flexibilität – methodisch wie persönlich – gefördert.

Die mit der Studienreform 2007 verwirklichte Neuausrichtung der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bundeswehrverwaltung mit den Schwerpunkten

- die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz und
- die Modernisierung und Transformation der Wehrverwaltung.

wurde im Jahr 2011 erfolgreich weiterentwickelt.

Der Themenschwerpunkt „**Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz**“ ist durch Neugestaltung der Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen III (PL III) im 31. Ausbildungsmonat realisiert. Dabei handelt es sich um einen überwiegend interdisziplinär angelegten Ausbildungsabschnitt.

Zur Optimierung der Ausbildung werden – soweit wie möglich – thematisch und zeitlich alle Lehrinhalte, die einen Bezug zu den Auslandseinsätzen der Wehrverwaltung haben, zusammengefasst. Auf diese Weise werden die interdis-

ziplinen Zusammenhänge in dem Kontext vermittelt, der für die Arbeit in Einsatzkontingenten der Wehrverwaltung typisch ist. Ein besonders enger Praxisbezug wird durch die Unterstützung vieler einsatzerfahrener Referentinnen und Referenten aus den Streitkräften und aus Dienststellen der Territorialen Wehrverwaltung (TerrWV) erreicht.

Zentrale Veranstaltung des Studienmoduls „Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“ ist eine **mehrtägige Planübung**, die im Mai und im November 2011 durchgeführt wurde. Geführt von einem Leitungsstab von über 20 einsatzerfahrenen Beamtinnen, Beamten und Soldaten üben die Studierenden Aufgaben der Wehrverwaltung anhand von Aufträgen und Szenarien aus den Einsatzgebieten.

Die Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurde an den Besuchertagen am 12. Mai und am 10. November 2011 Führungskräften aus dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), der Territorialen Wehrverwaltung und den Streitkräften vorgestellt. Herr Leitender Regierungsdirektor Lorkowski, Leiter des Einsatzführungszentrums der Territorialen Wehrverwaltung im Bundesamt für Wehrverwaltung (BAWV), Bonn, und Herr Oberst Hansen, Leiter des Integrierten Fach- und Ausbilderzentrums (IFAZ) SASPF Bw, Aachen, überzeugten

Foto links:

Leitender Regierungsdirektor Lorkowski, Direktor Junger und Oberst Hansen am Besuchertag der Planübung am 12. Mai 2011

Foto rechts:

Abteilungspräsident Heß (Mitte), Oberst Maeker (links) und Regierungsdirektor Nolepa (rechts) bei der Planübung am 10. November 2011



sich am 12. Mai 2011 von Inhalt und Erfolg der neuen Ausbildung, Herr Abteilungspräsident Heß, Abteilungsleiter ZA der Wehrbereichsverwaltung Nord, Hannover, Herr Oberst Maeker, Inspizient Streitkräftegemeinsame Ausbildung im Streitkräfteamt, Bonn, und Herr Regierungsdirektor Nolepa, BMVg – Referat WV II 1, Berlin, am 10. November 2011.

Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung hat der Fachbereich Bundeswehrverwaltung mehrere fachbezogene **Fortbildungslehrgänge** für Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Dienstes neu entwickelt und durchgeführt (vgl. § 3 Abs. 4 GO-FH Bund).

Der einwöchige Lehrgang **„Vergabe von Bildungsleistungen durch den Berufsförderungsdienst“** richtet sich an Angehörige des Berufsförderungsdienstes (BFD) bei den Kreiswehrrersatzämtern. Ziel des Lehrgangs ist es, die Kenntnisse zu vermitteln, um praktikable und effiziente Lösungen bei der Vergabe von Dienstleistungen auf dem Bildungsmarkt zu finden. An zwei Lehrgängen im März und Juni 2011 nahmen insgesamt 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verschiedenen Kreiswehrrersatzämtern erfolgreich teil. Der zweiwöchige Lehrgang **„Einführungsfortbildung – Teil I – für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Arbeitnehmer im Berufsförderungsdienst der Bundeswehr“** wird unter Beteiligung externer Referenten am Fachbereich Bundeswehrverwaltung durchgeführt. An dem Lehrgang im Februar 2011 nahmen 21 Angehörige des BFD teil.

Neben diesen Fortbildungslehrgängen führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung die **„Einweisungsseminare für Prüferinnen und Prüfer von Diplomarbeiten“** fort. Ziel dieses Seminars ist es, den Prüferinnen und Prüfern die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, um Diplomarbeiten nach deren wissenschaftlichem Anspruch, im Hinblick auf die Praxisrelevanz und im Hinblick

auf materielle Kriterien sowie formale Vorgaben bewerten zu können. An einem Prüferinweisungsseminar im Februar und November 2011 nahmen 34 Angehörige der Wehrverwaltung, der Streitkräfte und bundeswehrexterner Stellen teil. Sie bewerteten die Diplomarbeiten des 59. und 60. Studiengangs als Zweitprüfende.

Besondere Bedeutung hatte der Auftrag, eine zweiwöchige Fortbildung „**Personalwerbliche Kommunikation in der Nachwuchsgewinnung**“ durchzuführen. Nachdem Anfang des Jahres 2011 die Einberufung zum Grundwehrdienst ausgesetzt worden war, steht die Bundeswehr vor der Aufgabe, ihre Personalwerbung und Nachwuchsgewinnung völlig neu zu gestalten. In diesem Zusammenhang beauftragte das BMVg den Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund und die Bundeswehrverwaltungsschulen II und IV, Berlin und Oberammergau, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreiswehrrersatzämter eine Fachfortbildung über die Grundlagen der Personalwerbung zu entwickeln und durchzuführen. Schwerpunkt des Lehrgangs war die adressatengerechte Kommunikation mit zahlreichen praktischen Übungen von Beratungsgesprächen, Informationsvorträgen und Telefonkontakten. An den zwei Lehrgängen am Fachbereich Bundeswehrverwaltung im September und Oktober 2011 nahmen insgesamt 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kreiswehrrersatzämtern teil.

Neben der zentralen Aufgabe der Laufbahnausbildung und den übertragenen Fortbildungslehrgängen hat der Fachbereich Bundeswehrverwaltung anwendungsbezogene verwaltungswissenschaftliche **Beratungs- und Entwicklungsaufgaben** (vgl. § 3 Abs. 3 GO-FH Bund) ausgeführt. Diese Aufgaben werden im Rahmen von **Projektarbeiten und Diplomarbeiten** wahrgenommen. Mehrere Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs leisteten im Rahmen ihrer Studienfächer Beratungen und Fortbildungen innerhalb der Bundeswehr.

Beziehungen zu ausländischen Hochschulen

Die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr ist geprägt von enger Zusammenarbeit mit verbündeten Nationen in multinationalen Stäben, multinationalen Rüstungsprojekten und multinationaler Zusammenarbeit bei friedenssichernden und friedenschaffenden Auslandseinsätzen und Katastrophenhilfeeinsätzen weltweit. Um die Aufgaben der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung in diesen Bereichen wahrnehmen zu können, sind interkulturelle Kompetenz, interkulturelle Kommunikation und fundierte Kenntnisse in den Grundlagen internationaler Zusammenarbeit sowie eigene praktische Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Alliierten notwendige Voraussetzung.

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen ist für die Weiterentwicklung des Studiums am Fachbereich Bundeswehrverwaltung sehr wichtig. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Austausch von Erfahrungen, dem Fördern des Verständnisses für den jeweiligen Partner, der Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Lehrenden und Studierenden, dem Üben in interkultureller Kommunikation und dem Gewinnen von Anregungen für die Weiterentwicklung der Wehrverwaltung. Besonders wertvoll ist für den Fachbereich Bundeswehrverwaltung die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen, die ebenso wie der Fachbereich Bundeswehrverwaltung für die Bundeswehr das Führungspersonal der Militärverwaltung der Streitkräfte der jeweiligen Nation ausbilden.

Von 2008 bis 2010 arbeitete der Fachbereich Bundeswehrverwaltung intensiv und in zahlreichen Projekten mit der Ecole Militaire Supérieure d'Administration et de Management de l'Armée de Terre (EMSAM), der Hochschule des französischen Heeres für Verwaltung und Management in Montpellier zusammen. In der Phase der – nach Auflösung der EMSAM und Übernahme der Ausbildung durch die



Logo oben:
Ecole d'Administration Militaire
(EAM)

Foto links:
Die Offizierschule der französischen Luftwaffe in Salon de Provence – zugleich Sitz der Ecole des Commissaires de l'Air (ECA)

Foto rechts:
Am Ziel – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Exkursion mit Direktor Junger, Regierungsdirektor Ostermann, Regierungsdirektor Spieß und Regierungsamtsrat Tito vor der deutschen Botschaft in Paris

Ecole d'Administration Militaire (EAM) – noch andauernden Umstrukturierung der akademischen Ausbildung der französischen Verwaltungsoffiziere tauscht sich der Fachbereich Bundeswehrverwaltung regelmäßig mit Vertretern der EAM im Verbund der Offizierschulen Saint-Cyr Coëtquidan, der École des Commissaires de l'Air (ECA), der Verwaltungshochschule der französischen Luftwaffe in Salon de Provence, und der École navale, der Hochschule der französischen Marine in Brest, über Fragen der Ausbildung, der internationalen Zusammenarbeit und der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben in den Streitkräften aus.

Für das Jahr 2012 sind die Intensivierung der Zusammenarbeit und die Durchführung gemeinsamer Projekte geplant. Die Partnerschaften mit den französischen Hochschulen ergänzen die Einführung der Fremdsprachenausbildung in Englisch und der Diplomarbeit im Jahr 2004 und die Neuausrichtung der Ausbildung durch die Einführung der Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung der Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen.

Die Studierenden am Fachbereich Bundeswehrverwaltung bereiten sich in dem Wahlfach „Kultur und Streitkräfte – Deutschland und Frankreich im Vergleich“, in zahlreichen ergänzenden Lehrveranstaltungen und anhand eigener Recherchen intensiv auf die Zusammenarbeit mit



den französischen Studierenden vor. Das von den Dozenten Regierungsdirektor Gottfried Ostermann und Regierungsamtsrat Matthias Tito durchgeführte Wahlfach richtete sich an die Studierenden des 60. und 61. Hauptstudiums II. Gegenstand dieses Wahlfachs waren die kulturellen, historischen, politischen, geographischen und militärischen Besonderheiten Deutschlands und Frankreichs. Wertvolle Erkenntnisse vermittelten die Vorträge von Herrn Heinrich Back, Präsident der Vereinigung ehemaliger Fremdenlegionäre in Deutschland, und von Frau Claudia Paul, Mitarbeiterin des französischen Konsulats in Mannheim.

Die Exkursion von Studierenden aus dem interdisziplinären Wahlfach „Kultur und Streitkräfte – Frankreich und Deutschland im Vergleich“ des 60. Hauptstudiums III und



General Weisenburger,
 Verteidigungs- und Heeres-
 attaché der deutschen Botschaft
 in Paris, mit Direktor Junger



Luftwaffenattaché Oberst
 Dr. Haffner stellt die deut-
 sche Botschaft, den Militär-
 attachéstab und die deutsche
 Verbindungsorganisation vor

des 61. Hauptstudiums II vom 14. bis 17. November 2011 führte zum **Militärattachéstab der deutschen Botschaft in Paris**. Ziel der Exkursion war es, die Organisation, Struktur und den Auftrag der französischen Streitkräfte und die Unterschiede und Besonderheiten bei der Erfüllung der administrativen Aufgaben im Vergleich zur Bundeswehr kennenzulernen. Schwerpunktthemen waren dabei die Personalwerbung und die Nachwuchsgewinnung der französischen Streitkräfte. Themen zur deutsch –französischen Zusammenarbeit in der Politik, der Wirtschaft und der Kultur ergänzten und vertieften die auf die Streitkräfte Frankreichs und Deutschlands bezogenen Vorträge.

Foto links:
Direktor Junger dankt Herrn Leitenden Technischen Regiergungsdirektor Gerner, Wehrtechnischer Attaché der deutschen Botschaft (rechts) für seinen Vortrag über die rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und die komplexen Zusammenhänge zwischen Verteidigungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik und Herrn Oberregierungsrat Holzapfel (links) für die Organisation

Foto rechts:
Colonel Coleman, im französischen Generalstab für das Personalwesen zuständig, erläutert die französische Militärpolitik, der daraus resultierende Auftrag sowie Organisation und Struktur der französischen Streitkräfte und das für die Bundeswehr hochaktuelle Thema Personalwerbung und Nachwuchsgewinnung. Besonders interessant waren Einblicke in die seit 2001 bewährte Organisation der französischen Nachwuchsgewinnung für eine Freiwilligenarmee, aber auch die Herausforderungen der demographischen Entwicklung

Die enge und intensive Zusammenarbeit der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung mit den Verwaltungshochschulen der französischen Streitkräfte eröffnet neue Möglichkeiten für eine Intensivierung der Zusammenarbeit in vielen Tätigkeitsbereichen der Wehrverwaltung. Das Kennenlernen der Strukturen und Verfahren der Partnernation, das gemeinsame Erarbeiten von Projekten und das Einüben der Zusammenarbeit in einsatzbezogenen Tätigkeitsfeldern schafft eine feste Basis, auf die bei der Zusammenarbeit in bi- bzw. multinationalen Truppenteilen und im Einsatz aufgebaut werden kann. Das Kennenlernen der Wehrverwaltung einer Partnernation bietet zudem die Chance,



Erkenntnisse zu gewinnen, die für die Optimierung der Strukturen und Verfahren im eigenen Bereich nutzbar sind.

Die Partnerschaft kommt auch der Transformation der Laufbahnausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung unmittelbar zu gute. Sie ist ein zentrales Element einer mehr kompetenzorientierten Ausbildung, sie erweitert den Horizont schon während des Studiums auch in praktischer Hinsicht auf die europäische Dimension, ermöglicht die Anwendung und Optimierung der im Studium erworbenen einsatz- und fachbezogenen Fremdsprachenkenntnisse und schafft erste Grundlagen für einen möglichen künftigen Einsatz der Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung auch im EU- oder NATO-Rahmen. Die Partnerschaft mit der Verwaltungshochschule des französischen Heeres

Foto links:
 Die Exkursionsteilnehmenden
 vor der Ecole militaire



Foto unten links:
 Deutsch-französische Zusammenarbeit konkret und aus eigenem Erleben – Attaché Watin, Präsident der ORFACE, einer Vereinigung zur Pflege und Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland im intensiven Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Exkursion



Foto unten rechts:
 Der Invalidendom – zentraler Ort der Erinnerung und der gelebten Tradition in den französischen Streitkräften



und die Zusammenarbeit mit der Verwaltungshochschule der französischen Luftwaffe ist aber vor allem aber eines: gelebte deutsch-französische Freundschaft.

Transformation der Laufbahnausbildung, Weiterentwicklung der Studienpläne

Umstrukturierung, Modernisierung und Transformation der Bundeswehr

Die geänderten Anforderungen an die Laufbahnausbildung durch die Umstrukturierung der Bundeswehr mit der Aussetzung der Einberufung zum Grundwehrdienst sowie die zahlreichen Veränderungen in Organisation, Verfahren und Prozessen im Rahmen der Modernisierung der Bundeswehr wurden im Jahr 2011 in der Lehre und in der berufspraktischen Ausbildung durch die komplette Neuausrichtung der Fachstudien in einem neuen Curriculum und der Praktika in einem neuen Ausbildungsrahmenplan umgesetzt.

Neue Ausbildungsschwerpunkte sind

- das Infrastrukturmanagement/Facility Management der Bundeswehr mit neuen Anforderungen an die Ausbildung, die sich aus der Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Erhöhung der Transparenz bei der Aufgabenwahrnehmung und der gewachsenen Bedeutung des Objektmanagements ergeben
- Ausbildungsinhalte zu Kommunikation, insbesondere personalwerblicher Kommunikation, aber auch interkultureller Kommunikation und interkultureller Kompetenz, als Voraussetzung für die erfolgreiche Wahrnehmung von Aufgaben in einem zunehmend multinational geprägten Umfeld
- Berufsförderung für Soldatinnen und Soldaten
- Grundlagen der Auslandseinsätze, insbesondere Einsatzrecht

- Internationale Zusammenarbeit und
- Interdisziplinäre Ausbildungsinhalte, die sich aus der umfassenden Nutzung des integrativen Managementsystems Standard-Anwendungs-Software-Produkt-Familien (SASPF) bei der Aufgabenwahrnehmung in der Bundeswehr ergeben.

Neuausrichtung der Ausbildung im Bereich Infrastrukturmanagement/Facility Management der Bundeswehr

Die im Jahr 2010 begonnene Neufassung der Studieninhalte des Studienfachs Infrastrukturmanagement/Facility Management der Bundeswehr auf der Basis eines neuen Anforderungsprofils wurde mit Inkraftsetzung des neuen Curriculums im April 2011 für die Laufbahnausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung abgeschlossen und in allen Studienabschnitten umgesetzt. Die Ausbildung ist auf die geänderten Anforderungen durch die Neuorganisation des **Infrastrukturmanagements/Objektsmanagements** abgestimmt und bereitet intensiv und umfassend auf künftige Verwendungen in diesem Bereich vor. Schwerpunkt bei der Neufassung war die Realisierung einer Lehre, die insbesondere auf die Vermittlung der interdisziplinären Bezüge zu den Studieninhalten anderer Studienfächer wie Betriebswirtschaftslehre, Öffentliche Finanzwirtschaft, Beschaffung und Verwaltungsinformatik ausgerichtet ist und auch technische, insbesondere bautechnische Grundlagen umfasst.

Kommunikation, insbesondere Personalwerbliche Kommunikation und Nachwuchsgewinnung

Zentrales Vorhaben der Anpassung der Studieninhalte an die neuen Anforderungen der Bundeswehr war im Jahr 2011 die Ausweitung und Intensivierung der Lehrinhalte zu allen Themen der Kommunikation. Ergänzend zu einer

Erweiterung der Lehrveranstaltungsstunden im Studienfach Psychologie zum Themenkomplex Kommunikation führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen neuen zweiwöchigen Studienabschnitt „Personalwerbliche Kommunikation“ in Form einer interdisziplinären anwendungsorientierten Kompaktlehrveranstaltung mit dem Ziel, bereits in der Laufbahnausbildung Grundfähigkeiten und –fertigkeiten für künftige Verwendungen in der Nachwuchsgewinnung zu vermitteln.

Schwerpunkt der von den Fachdozenten des Studienfachs Psychologie und Soziologie Frau Professor Dr. Schäffer-Külz und Herr Professor Dr. Manz konzipierten und durchgeführten Lehrveranstaltung sind Themen der Nachwuchsgewinnung für zivile Verwendungen. Ergänzend werden für eine reibungslose Aufgabenwahrnehmung in einer bundeswehr-gemeinsamen Nachwuchsgewinnungsorganisation auch Grundkenntnisse in der militärischen Nachwuchsgewinnung vermittelt.

Die interdisziplinäre Kompaktlehrveranstaltung „Personalwerbliche Kommunikation“ ist nach einer kurzen Phase für die Vermittlung theoretischer Grundlagen auf die aktive Arbeit der Studierenden in für die Nachwuchsgewinnung typischen Kommunikationsszenarien, wie Messeauftritte, Informationsveranstaltungen, Beratungsgesprächen im Büro und am Telefon angelegt.

Foto links:
Personalwerbliche Kommunikation in der Praxis (Messestand des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung der FH Bund) ...

Foto rechts:
... und in der Ausbildung



Der Lehre in dem neu konzipierten Studienabschnitt „Personalwerbliche Kommunikation“ kam besonders zu Gute, dass der Fachbereich Bundeswehrverwaltung entsprechend dem Fortbildungsauftrag der FH Bund gemäß § 3 GO-FH Bund auch in die zwei- und künftig dreiwöchige Vorbereitung des Personals aus den Kreiswehrrersatzämtern für Verwendungen in der neu aufzubauenden bundeswehrgemeinsamen Nachwuchsgewinnungsorganisation eingebunden war. Damit konnten Synergieeffekte intensiv genutzt werden.



Berufsförderung und ihre Bedeutung für das Personalmanagement der Bundeswehr

Entsprechend seiner für die Personalgewinnung in einer Freiwilligenarmee noch gewachsenen Bedeutung kommt der **Berufsförderung für Soldatinnen und Soldaten** in der Laufbahnausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung ein besonderer Stellenwert zu. Aufgaben, Rechtsgrundlagen und Organisation des Berufsförderungsdienstes stellen die Hälfte der Lerninhalte des neu geschaffenen Studienfachs Wehr- und Einsatzrecht/Berufsförderung. Die Themen aus der Berufsförderung sind damit erstmals sowohl für die schriftliche wie auch für die mündliche Laufbahnprüfung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes relevant.

Logo oben:
 Berufsförderung – für eine
 Freiwilligenarmee von zentraler
 Bedeutung und wesentlicher
 Lerninhalt der Laufbahn-
 ausbildung

Foto links:
 Unmittelbare Rückkopplung –
 die Auswertung eines Beratungs-
 gesprächs ...

Foto rechts:
 ... mit der Möglichkeit, die
 eigene Außenwirkung zu
 erleben



Bei der Intensivierung der Studieninhalte zur Berufsförderung in der Bundeswehr kam dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung die langjährige intensive Zusammenarbeit mit dem Fachreferat im Bundesministerium der Verteidigung und die Durchführung der Fortbildung „Beschaffung von Bildungsleistungen durch den Berufsförderungsdienst“ durch Regierungsdirektor Holder und Regierungsamtsrat Tito seit dem Jahr 2006 besonders zu Gute.

Interdisziplinäre Ausbildung zur Nutzung des integrativen Managementsystems SASPF in der Bundeswehr

Der Einsatz der „Standard-Anwendungs-Software-Produkt-familien“ bedeutet eine umfassende Neugestaltung der IT-Unterstützung der Bundeswehr durch Nutzung eines integrativen Managementsystems. SASPF kennzeichnet einen Paradigmenwechsel bei der IT-Unterstützung: weg von individuellen, aufgabenbezogenen Anwendungen, hin zu einer bundeswehrübergreifenden, wirtschaftlich orientierten, einheitlichen Lösung.

Die hohe Dynamik mit der SASPF auf alle Bereiche und Aufgaben der Wehrverwaltung ausgedehnt und die Verfahren prozessorientiert umstrukturiert wurden, führt zu einem geänderten Anforderungsprofil an die Ausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung.



Integrative „Standard-Anwendungs-Software-Produkt-Familien“

Die Vermittlung der Fachinhalte ist nicht mehr von der Vermittlung der SASPF-Inhalte zu trennen. Die zunehmende Prozessorientierung der Aufgabenwahrnehmung verändert sowohl die Studieninhalte, wie auch die Anforderungen an die Vermittlung der Studieninhalte. Im Rahmen der Laufbahnausbildung sind SASPF-Inhalte in allen Studienabschnitten und in den Lehrinhalten nahezu aller Studienfächer vom Grundstudium bis zur Laufbahnprüfung enthalten. Die Ausbildung erfolgt im Sinne einer studienfächerübergreifenden Grundlagenausbildung anhand von

exemplarischen anwendungsbezogenen interdisziplinären Elementen zur SASPF-Nutzung im Kontext des jeweiligen Studienfachs.

Auch die berufspraktische Ausbildung in den Dienststellen der Bundeswehr kann nur noch mit einem soliden Grundverständnis und ersten Anwenderkenntnissen der Studierenden zu SASPF erfolgreich geleistet werden. Diese Grundkenntnisse und ersten Anwendererfahrungen können im erforderlichen Umfang nur zentral am Fachbereich Bundeswehrverwaltung geleistet werden. Insbesondere sind hierzu komplexe SASPF-Übungssysteme, umfangreiche Ausbildungsunterlagen und die eingespielte Zusammenarbeit eines Teams von Spezialistinnen und Spezialisten aus dem Bundesamt für Wehrverwaltung (BAWV), dem Integrierten Fach- und Ausbildungszentrum SASPF der Bundeswehr (IFAZ SASPF Bw), zahlreichen anderen Dienststellen der Bundeswehr und Fachdozentinnen und Fachdozenten aus jeweils mehreren Disziplinen, wie z. B. Verwaltungsinformatik, Infrastrukturmanagement/Facility Management Bw, Rechnungswesen, Finanzen und Beschaffung erforderlich.

Im Jahr 2011 wurden die Studieninhalte zur Nutzung des integrativen Managementsystems Standard-Anwendungs-Software-Produktfamilien (SASPF) in der Bundeswehr intensiviert und miteinander vernetzt. Das im Vorjahr zum Ende des 59. Hauptstudiums II erprobte Konzept einer „Interdisziplinären Kompaktlehrveranstaltung Aufgabenwahrnehmung unter Nutzung des integrativen Managementsystems SASPF“ wurde 2011 auf mehrere Studienabschnitte ausgedehnt und gezielt zur Vorbereitung auf die Anwendung von SASPF in der berufspraktischen Ausbildung während der Praktika genutzt.

Die Besonderheit einer „interdisziplinären Kompaktlehrveranstaltung SASPF“ besteht darin, dass sie im Unterschied zur

Nutzerschulung im Rahmen der Fortbildung nicht „schmal und tief“, sondern „breit“ und mit besonderem Augenmerk auf die Querverbindungen angelegt ist. Wo in der Nutzerschulung Anknüpfungspunkte zu Bereichen, die nicht Thema des Lehrgangs sind, ausgeblendet werden, werden sie in einer interdisziplinären Kompaktlehrveranstaltung SASPF konsequent weiterverfolgt und erläutert. Die Studierenden sollen insbesondere den integrativen Ansatz des Managementsystems SASPF erfassen und bei jeder Transaktion die Auswirkungen in anderen Bereichen erfassen und in ihre Überlegungen einbeziehen.

Die Integration dieser neuen anwendungsorientierten interdisziplinären Kompaktlehrveranstaltungen SASPF in die Laufbahnausbildung erforderte eine Anpassung der Organisation des Studiengangs durch die Ausbringung eines jeweils einwöchigen Praktikums I am Fachbereich Bundeswehrverwaltung vor dem Praktikum I in den Dienststellen der Bundeswehr zum Üben von Szenarien der Logistik-Schiene von SASPF mit Inhalten aus Infrastrukturmanagement/Facility Management Bw, Finanzen und Rechnungswesen sowie Beschaffung und eines ebenfalls einwöchigen Praktikums II am Fachbereich Bundeswehrverwaltung vor dem Praktikum II in Dienststellen der Bundeswehr zum Üben von Szenarien aus der Personalbearbeitung und Personalabrechnung. Diese Übungsszenarien bauen

Mit integrativem Lernen zu integrativem Arbeiten – mehrere Dozentinnen und Dozenten und Herr Dreyer vom IFAZ SASPF Bw arbeiten mit Studierenden an interdisziplinären Szenarien



auf den in den einzelnen Studienfächern in den Studienabschnitten Grundstudium, Hauptstudium I und Hauptstudium II vermittelten Lehrinhalten zum integrativen Managementsystem SASPF und SASPF-bestimmten Prozessen auf, ergänzen und vertiefen sie.

Die Lehrinhalte zur Anwendung von SASPF in der Bundeswehr haben in der Laufbahnausbildung einen besonderen Stellenwert. Sie ermöglichen in idealtypischer Weise die Vermittlung des Paradigmenwechsels von einem Denken in eng abgegrenzten Zuständigkeiten hin zu einem komplexen zuständigkeitsübergreifenden Denken über Ziele, Ergebnisse und Wirkungen.

Mit der kontinuierlichen Intensivierung der Einsatzorientierung, der Modernisierung und umfassenden Umstrukturierung der Bundeswehr ist die Bedeutung einer berufsnahen, verwaltungsinternen Ausbildung im engen Verbund mit der Berufspraxis weiter gestiegen. Die sich permanent wandelnden Rahmenbedingungen und die daraus folgende kontinuierliche Veränderung der Strukturen und Inhalte in allen Bereichen stellen besondere Anforderungen an die Ausbildung. Die Bedeutung von Detailkenntnissen in eingeführten Verfahren nimmt ab. Besonderes Gewicht gewinnen in einer sich transformierenden Laufbahnausbildung Themen, die zu einer Verbesserung von Kompetenzen, zur Förderung der Flexibilität und zur Verbesserung der Berufsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen beitragen. Dies kann nur erfolgreich gelingen, wenn die Ausbildung in engem Kontext mit dem Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozess erfolgt und seinen Entwicklungen permanent Rechnung trägt. Der kontinuierliche Wandel ist für die Ausbildung eine Herausforderung, insbesondere aber eine Chance, inhaltlich wie didaktisch neue Wege zu beschreiten.

Einsatzbezogene Ausbildung

Die Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurde durch die Mitwirkung von Soldatinnen und Soldaten der Schule für Feldjäger und Stabsdienst (SFJg/StDstBw) der Bundeswehr, Hannover, im Mai 2011 und deutscher und niederländischer Soldaten des 1. Deutsch – Niederländischen Korps, Münster, im November 2011 und der Einbringung neuester Entwicklungen aus dem Einsatz optimiert.

Die Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung der Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat das Ziel, einsatzbezogene Lehrinhalte interdisziplinär in einem Kontext zu vermitteln, der für die Arbeit in

Eine neue Erfahrung –
Einführung in die Lage und
erste Aufträge bei der Stabsbe-
sprechung als Zuschauerinnen
und Zuschauer ...



... und als Mitwirkende



Einsatzkontingenten typisch ist. Der Studienabschnitt gliedert sich in drei Wochen Vermittlung theoretischer Grundlagen und eine abschließende einwöchige Planübung. Die Lehrveranstaltungen werden in engem Zusammenwirken der Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung und einsatzerfahrener Soldatinnen und Soldaten der Streitkräfte und Beamtinnen und Beamten der Wehrverwaltung gestaltet.

In der Planübung festigen die Studierenden das theoretisch erworbene Wissen durch eigenverantwortliche praktische Wahrnehmung der Aufgaben. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht Einzelvorgänge und -informationen, sondern das Zusammenwirken der Arbeitsbereiche als Voraussetzung einer erfolgreichen Aufgabenwahrnehmung. In der Planübung bildet jede Hörsaalgemeinschaft eine eigene Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – Standortservice Kunduz (Übung) mit jeweils spezifischen Aufgaben und von den Studierenden selbst bestimmten Führungspersonen. Der Leitungsstab koordiniert die parallel laufenden Einzelübungen jeder Einsatzwehrverwaltungsstelle/Hörsaalgemeinschaft.

Durch die Mitarbeit vieler Soldatinnen und Soldaten und Beamtinnen und Beamten, die unmittelbar im Anschluss an Auslandseinsätze an der Ausbildung mitwirkten, konnten

Foto links:

Eine ständige Herausforderung: Die Ressourcen so einsetzen, dass der Bedarf optimal gedeckt wird. Übungsteilnehmer des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung der FH Bund und der SFJg/StDstBw beim gemeinsamen Erarbeiten von Lösungen

Foto rechts:

Der Leitungsstab als Steuerungs- und Koordinationszentrale der Planübung, zugleich Ansprechpartner für Fragestellungen an das Ministerium, das Bundesamt für Wehrverwaltung, andere Stabsabteilungen, Kontingente anderer Nationen und afghanische Amtsträger, Geschäftspartner und Privatpersonen



zahlreiche neue Szenarien in die Lehre integriert werden. Das Ziel dieser Ausbildung, die Aufgabenwahrnehmung bei Auslandseinsätzen so aktuell und realistisch wie möglich abzubilden, konnte verwirklicht werden.

Die Grundlagenausbildung für die Aufgabenwahrnehmung bei Auslandseinsätzen vermittelt nicht nur neue Inhalte, sie verstärkt und erweitert auch den Bundeswehrbezug aller Lehrinhalte und die erworbenen Kenntnisse aus den vorangegangenen Studienabschnitten. Einsatztypisch wird bei der Planübung ein hoher Anteil der Korrespondenz und der Telefonate in Englisch geführt. Die in der Fremdsprachenausbildung erworbenen Kenntnisse werden in der einsatzbezogenen Ausbildung aufgefrischt, durch einsatzspezifische Sprachinhalte erweitert und durch praktische Anwendung gefestigt und vertieft.

Unter dem Motto „**Miteinander und füreinander**“ war Ausbildungsschwerpunkt der Planübung im Mai 2011 das vernetzte Handeln in einem bundeswehrgemeinsamen Team. Es war die erste Planübung der Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung der FH Bund gemeinsam mit sechs Oberfähnrichen des Lehrgangs „Stabsmanager Stufe B“ der Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr (SFJg/StDstBw) unter der Leitung von Korvettenkapitän Dempel. Für die Soldaten der SFJg/StDstBw war die Planübung zugleich ein Projekt im Rahmen ihrer Ausbildung zum Offizier des militärfachlichen Dienstes. Als Vorkommando von Kräften zur Verstärkung der Task Force im Provincial Reconstruction Team (PRT) Kunduz arbeiteten die Soldaten intensiv mit den Regierungsinspektoranwärterinnen und Regierungsinspektoranwärter an der schwierigen Aufgabe mit begrenzten Ressourcen für alle Beteiligten praktikable und zufriedenstellende Lösungen zu finden. Im engen Austausch bei der Bearbeitung der Übungsszenarien war bundeswehrgemeinsames Vorgehen vom ersten Augenblick an gelebte Realität. Durch die

Kombination der Stärken der Soldaten mit den Stärken der Verwaltung wurden auch komplexe Aufgabenstellungen rasch einer praktikablen einvernehmlichen Lösung zugeführt.

Die Planübung im November 2011 stand unter dem Motto „Communitate valemus (Gemeinsam sind wir stark)“ – dem Motto des 1. Deutsch – Niederländischen Korps. Erstmals nahmen drei niederländische Soldaten und Oberregierungsrat Kawik, ein Verwaltungsbeamter aus der G 8-Abteilung des 1. Deutsch-Niederländischen Korps aus Münster an der Übung teil, so dass die internationale Zusammenarbeit bei Auslandseinsätzen mit allen dabei zu bewältigenden Besonderheiten als Ausbildungsschwerpunkt geübt werden konnte. Der Fachbereich konnte in Bezug auf die Zusammenarbeit des deutschen und des niederländischen Kontingents auf aktuelle Erfahrungen aus dem ISAF-Einsatz zurückgreifen – niederländische Soldaten werden im Provincial Reconstruction Team Kunduz von der deutschen Wehrverwaltung administrativ unterstützt – und damit die Szenarien besonders realistisch gestalten. Zugleich konnte die notwendige enge Zusammenarbeit aller am ISAF-Einsatz beteiligten Kontingente beim Aufbau stabiler afghanischer Sicherheitsstrukturen im Sinne des „Partnering“-Konzeptes anschaulich vermittelt werden.



Ein Team, ein Auftrag – Absprachen zwischen dem niederländischen Kontingent (Üb) und der Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – Standortservice (Üb)

Zentrales Thema jeder Planübung ist die Kommunikation und Zusammenarbeit mit afghanischen Führungspersönlichkeiten, Geschäftspartnern und Privatpersonen, beim Einsatzkontingent beschäftigten Ortskräften und Bewerbern um eine Einstellung. Die Gesprächspartner in der Übung sind Personen, die aus dem Einsatzland stammen. Durch die Teilnahme an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind sie mit den Besonderheiten vor Ort umfassend vertraut, bringen aktuelle Entwicklungen in das Übungsszenario ein und geben den Studierenden wertvolle Hinweise für eine erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung.

Die meist sehr komplexen Gespräche und Verhandlungen geben den Studierenden die Gelegenheit, die in den vorangegangenen Lehrveranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse zu interkultureller Kommunikation und interkultureller Kompetenz anzuwenden und zu vertiefen. Zugleich können die erworbenen Fremdsprachenkenntnisse in Englisch in fordernden Gesprächssituationen angewandt und erprobt werden.

Als frühe und von Anfang an erfolgreiche Verwirklichung eines bundeswehrgemeinsamen Ansatzes – zusammen im Einsatz, zusammen in der Ausbildung – stößt die Grundlagenausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf großes Interesse in der gesamten Bundeswehr. Besucher, die sich am Besuchertag beim Fachbereich Bundeswehrverwaltung über die Ausbildung informieren, sind Teil der Übung. Nach Ankündigung des Besuches werden sie durch die Leiterinnen bzw. Leiter der Einsatzwehrverwaltungsstellen ISAF – Standortservice Kunduz (Übung) in einem Briefing informiert. Einzelthemen zu den einzelnen Aufgabenbereichen werden anschließend in Einzelgesprächen erörtert. Die Besucher haben damit die Möglichkeit, die Übung nicht als Zuschauer, sondern als Mitwirkende zu erleben.

Leitender Regierungsdirektor Lorkowski, Leiter des Einsatzführungszentrums der Territorialen Wehrverwaltung im Bundesamt für Wehrverwaltung, Bonn, überzeugte sich von der Realitätsnähe der Aufträge und der Kompetenz der Studierenden bei der Planübung im Mai 2011. Abschließend fasste er zusammen: „Die einsatzorientierte Ausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung wird in der Praxis deutlich wahrgenommen. Sie ist von großer Bedeutung für die Motivation der Nachwuchsbeamtinnen und Nachwuchsbeamten, an Auslandseinsätzen teilzunehmen.“ Oberst Hansen, Leiter des Integrierten Fach- und Ausbilderzentrums SASPF Bw in Aachen betonte die Bedeutung der Nutzung des integrativen Managementsystems SASPF für die optimale Wahrnehmung der Einsatzaufgaben und erörterte die Herausforderungen der Integration von SASPF in die Planübung.



Interkulturelle Kompetenz und Kommunikation – zwingende Voraussetzung für die erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung



Oberst Hansen, Leiter des Integrierten Fach- und Ausbilderzentrums SASPF Bw und Frau Oberamtsrätin Hannes vom Personalrat des BMVg im Austausch mit den Übenden

Oberstleutnant Heine, Kommandeur des Spezialpionierbataillons (SpezPiBtl) 464 in Speyer, konnte die Information über die Weiterentwicklung des Ausbildungsvorhabens und der Planübung mit Dienstaufsicht verbinden. Das SpezPiBtl 464 betreibt im Einsatz Feldlager und arbeitet in vielen Bereichen eng mit der Wehrverwaltung zusammen. In der Ausbildung unterstützt das SpezPiBtl 464 den Fachbereich seit Jahren mit Gastdozenten, Leitungspersonal in der Planübung und bei Exkursionen. Die enge Zusammenarbeit mit dem SpezPiBtl 464 ist eine der Grundvoraussetzungen für die realistische Vermittlung zahlreicher Lehrinhalte zur bundeswehrgemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben und für die einsatznahe Gestaltung der Szenarien in der Planübung.

Abteilungspräsident Heß, Abteilungsleiter „Zentrale Angelegenheiten“ bei der Wehrbereichsverwaltung Nord in Hannover, sprach am Besuchertag der Planübung im November 2011 den Übungsteilnehmern Lob und Anerkennung aus, indem er feststellte: „Ich bin erstmals bei dieser Übung und obwohl ich bereits viel darüber gehört habe, bin ich tief beeindruckt und dankbar, mit welchem Grad an Realismus die Verantwortlichen und Studierenden diese Aufgabe annehmen und umsetzen.“ Oberst Maeker, Inspizient Streitkräftegemeinsame Ausbildung beim Streitkräfteamt in Bonn, und Regierungsdirektor Nolepa vom Referat WV II 1 des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin stellten insbesondere die intrakulturelle Erfahrung heraus, da nicht nur die Studierenden wertvolle Erfahrungen mitnehmen. Bundeswehrgemeinsame und multinationale Planübungen stärken das gegenseitige Verständnis und stellen Weichen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Verwaltung und deutschen wie alliierten Streitkräften in der Zukunft.

Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern wurde im Jahr 2011 die Basis erweitert und gefestigt, die zwingende Voraussetzung für

eine anschauliche, alle wesentlichen Aspekte umfassende und qualitativ hochwertige Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist. Die Ausbildung schafft zugleich durch die intensive Zusammenarbeit von Soldatinnen und Soldaten mit den Regierungsinspektoranwärterinnen und Regierungsinspektoranwärtern bei der Bearbeitung der Übungsszenarien die Voraussetzung für eine reibungslose und abgestimmte bundeswehrgemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben in der späteren Berufspraxis.

Internationale Zusammenarbeit als neuer Ausbildungsschwerpunkt

Parallel zur wachsenden Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr wurden in den vergangenen Jahren die Ausbildungsinhalte zu diesem Thema erweitert und durch Vorträge und Exkursionen in ihrer praktischen Dimension erfahrbar gemacht.

Eine besondere Bedeutung für die Vermittlung dieser Studieninhalte kommt der im Jahr 2011 aufgenommenen **Zusammenarbeit mit dem 1. Deutsch –Niederländischen Korps**, Münster, zu. Die Zusammenarbeit bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten die Studieninhalte zu internationaler Zusammenarbeit konkret und praxisnah zu vertiefen und für die Studierenden selbst erfahrbar zu machen.

Auf einer Vortragsveranstaltung stellten Oberregierungsrat Kawik, stellvertretender Abteilungsleiter der G 8-Abteilung des 1. Deutsch-Niederländischen Korps des mit Angehörigen aus zwölf Nationen multinational besetzten Stabes mit all seinen Besonderheiten vor. Die G 8-Abteilung ist zuständig für den Haushalt und die Finanzen des Korps und damit an praktisch allen Vorhaben beteiligt. Regierungsoberinspektor Link stellte die multinationale Finanzierung

des Korps vor und zeigte Verwendungsmöglichkeiten für Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in multinationalen Stäben auf. Sein Fazit war: „Jeder Tag im Korps ist ein guter Tag!“

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der Vortrag von Oberstleutnant Vassetti. Der italienische Logistikstabsoffizier und diplomierte Wirtschaftswissenschaftler vertiefte die Erkenntnisse und Erfahrungen, die sich aus der Zusammenarbeit von Soldaten und Zivilpersonen aus zwölf Nationen in einem Stab ergeben und dem Einfluss kultureller Faktoren bei der Aufgabenwahrnehmung. Er betonte die Bedeutung der Kommunikationsfähigkeit in einer gemeinsamen Sprache, den Respekt für andere Kulturen, die Anpassung des eigenen Verhaltens und ein ausgeprägtes Verständnis von Professionalität als Basis für eine erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung.

Abschluss der Veranstaltung war die Erörterung von Bereichen für eine Zusammenarbeit. Als erstes Vorhaben wurde eine gemeinsame Planübung auf die Agenda genommen, die im November 2011 mit einem Hauptauftrag zur deutsch – niederländischen Zusammenarbeit realisiert wurde. Für das Jahr 2012 sind bereits Exkursionen zum Stab des 1. Deutsch – Niederländischen Korps und niederländischen Truppenteilen, sowie eine weitere Planübung gemeinsam mit niederländischen Soldaten geplant.

Foto links:
Direktor Junger begrüßt die Vortragenden des 1. Deutsch – Niederländischen Korps und eröffnet die Veranstaltung

Foto rechts:
Ein Thema mit Zukunft – multinationale Aufgabenwahrnehmung am konkreten Beispiel eines Korpsstabes



Die zahlreichen Studieninhalte und Lehrveranstaltungen zu internationaler Zusammenarbeit wurden mit der Neufassung des Curriculums im Jahr 2011 systematisiert und zu einem interdisziplinären Ausbildungsschwerpunkt im Hauptstudium II erweitert. Die Lehrveranstaltungen knüpfen an die Ausbildungsinhalte aus vorangegangenen Studienabschnitten an, vertiefen die Studieninhalte zu interkultureller Kompetenz und Kommunikation durch praktische Anwendung und unmittelbares Erleben.

Integraler Bestandteil des neuen Ausbildungsschwerpunktes sind Exkursionen zu bi- oder multinational organisierten Dienststellen, Truppenteilen und Stäben, ausländischen Truppenteilen oder ausländischen Partnerhochschulen. Der neue Ausbildungsschwerpunkt dient zugleich der Vertiefung und Erweiterung der im vorangegangenen Studienabschnitt Hauptstudium I erworbenen Fremdsprachenkenntnisse durch Anwendung in berufstypischen Kommunikationsszenarien.

Intensivierung des Praxisbezugs der Fachstudien

Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung erbringt eine wissenschaftlich hochwertige Laufbahnausbildung, die die Studierenden zugleich praxisbezogen und anwendungsorientiert auf die künftige Aufgabenwahrnehmung in einer modernen, sich kontinuierlich optimierenden Wehrverwaltung vorbereitet. Dies wird wesentlich dadurch erreicht, dass die Studierenden auch während der Fachstudien die Möglichkeit erhalten, theoretische Studieninhalte in ihrer praktischen Umsetzung in der Bundeswehr zu erfahren und erworbene Kenntnisse vor Ort anzuwenden und zu erproben. Ein wichtiges Element zur Erreichung dieses Ausbildungsziels sind regelmäßige Exkursionen. Im Jahr 2011 wurden von den Dozentinnen und Dozenten am Fachbereich mit den Studierenden unterschiedlicher Studienabschnitte zahlreiche Exkursionen durchgeführt. Hervorzuheben sind insbesondere:

Die Teilnahme von drei Studierenden des 61. Hauptstudiums II und Frau Professorin Dr. Wittinger, Dozentin für das Studienfach Staats- und Europarecht am Fachbereich Bundeswehrverwaltung der FH Bund, an der 10. Berliner Sicherheitskonferenz am 8. und 9. November 2011 zum Thema „Die Zukunft der Europäischen Sicherheit und Verteidigung – Zeit für Veränderungen“. Rund 900 Teilnehmer aus europäischen und außereuropäischen Ländern trafen sich in der Bundeshauptstadt, um aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen in der Europäischen Verteidigungspolitik zu erörtern. Der Teilnehmerkreis umfasste insbesondere Spezialisten aus Ministerien und Verwaltungen, Soldaten, Wissenschaftler und Manager der Rüstungsindustrie. Kernthema waren die neuen Herausforderungen für die Europäische Union und die NATO, insbesondere die Erreichbarkeit von Einsparungen durch Pool-Bildung und die gemeinsame Nutzung von Komponenten in multinationalen Einsätzen sowie das Konzept der vernetzten Sicherheit.

Foto links:
Europäische Sicherheitspolitik
hautnah – Frau Prof'n
Dr. Wittinger und drei Studie-
rende des 61. Hauptstudiums II
auf der 10. Berliner Sicherheits-
konferenz

Foto rechts:
Neue Wege in der Bundeswehr –
Verteidigungsminister Dr. de
Maizière erläutert aktuelle
Entwicklungen

Die Exkursion des Wahlfachs Infrastrukturmanagement/
Facility Management der Bundeswehr vom 27. bis 30. Juli 2011
unter Leitung der Fachdozentin, Frau Regierungsamtsrätin
Huber, zur Erkundung marinespezifischer Infrastruktur im
Marinestützpunkt Wilhelmshaven und luftwaffenspezifi-
scher Infrastruktur beim Jagdgeschwader 71 „Richthofen“
(JG 71 „R“), führte die Studierenden nach Wittmund.



Die Exkursion von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des von Regierungsdirektor Ostermann und Regierungsamtsrat Tito durchgeführten Wahlfachs Auslandseinsätze zum Vereinte-Nationen-Ausbildungszentrum der Bundeswehr



Ein Standort mit Besonderheiten – Regierungsamtsrätin Huber mit den Studierenden bei der Erkundung marinespezifischer Infrastruktur im Stützpunkt Wilhelmshaven



Voraussetzung erfolgreicher Dienstleistung – den Kunden und seine Bedürfnisse kennen



Ein spannendes Thema – administrative Unterstützung auf schwimmenden Einheiten

in Hammelburg im Juli 2011 hatte das Ziel, sich vor Ort mit der praktischen Vorbereitung von Soldatinnen und Soldaten und Zivilpersonal für die Einsätze im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie mit der „Expertise Schutz“ vertraut zu machen.

Luftwaffenspezifische Infrastruktur – Exkursion zum Jagdgeschwader 71 „Richthofen“ in Wittmund



Der Tower – ein zentrales Element der Infrastruktur eines Flugplatzes



Einsatzvorbereitung aus erster Hand



Die Exkursion von Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung der FH Bund mit Frau Professorin Dr. Karb, Dozentin für das Studienfach Zivilrecht, im Dezember 2011 führte zum Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Die Studierenden hatten bei 4. Zivilsenat des BGH die einzigartige Gelegenheit, der letzten Verhandlung der Vorsitzenden Richterin am BGH Frau Dr. Kessel-Wulff beizuwohnen, bevor diese als Verfassungsrichterin zum Bundesverfassungsgericht wechselte. Der anschließende Besuch einer Sitzung des 1. Strafsenats ermöglichte den Vergleich des Revisionsverfahrens im Straf- und im Zivilprozess im unmittelbaren Vergleich anhand praktischer Beispiele.

Eine Exkursion von Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung der FH Bund mit Frau Regierungsdirektorin Dr. Jansen, Dozentin für das Studienfach Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht, zum Arbeitsgericht Koblenz ermöglichte durch die Teilnahme an vier Verhandlungen die Vertiefung von Studieninhalten zum Verfahrensrecht und materiellen Arbeitsrecht. Die Studierenden hatten im Anschluss an die Verhandlungen die einmalige Möglichkeit Fragen, die sich während der Sitzung ergeben hatten mit der Richterin am Arbeitsgericht, Frau Friedrich, und den beiden ehrenamtlichen Richtern zu erörtern.

Foto links:
 Militärische Grundfertigkeiten – fester Bestandteil der Vorbereitung auf die Einsätze

Foto rechts:
 Höchstgerichtliche Rechtsprechung unmittelbar erlebt – Frau Prof'n Dr. Karb und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Exkursion zum BGH



Die Exkursion des Wahlfachs „Arbeitsmarktpolitik“ mit Prof. Dr. Hausner, Dozent für Volkswirtschaftslehre, führte die Studierenden zur **Bundesagentur für Arbeit** in Nürnberg. In einer breit angelegten Informationsveranstaltung informierte Diplomsozialpädagogin und Diplomvolkswirtin Wüllerich über die Grundzüge der Arbeitsmarktpolitik, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit mit besonderen Aspekten, wie der Zunahme von Erwerbstätigkeiten, die nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausreichen. Ein Besuch beim Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände mit Vorträgen – u. a. zur Bedeutung der Rüstung für die Beschäftigungspolitik, und zum Arbeitseinsatz in der Kriegswirtschaft in den Jahren 1933 bis 1945 – und einer Besichtigung ergänzten das Programm.

Foto rechts:

Arbeitsrecht in seiner spannendsten Form – Richterin am Arbeitsgericht Friedrich mit Regierungsdirektorin Dr. Jansen und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Exkursion zum Arbeitsgericht Koblenz

Foto unten rechts:

Gute Waren als Grundlage guter Verpflegung – Teilnehmerinnen und Teilnehmer des zentralen Praktikums Verpflegung bei Lieferanten

Foto unten links:

Arbeitsmarktpolitik aus erster Hand – Studierende des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung mit Prof. Dr. Hausner bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg



Zahlreiche Exkursionen mit den Fachdozenten des Studienfaches **Verpflegungswirtschaft**, Regierungsoberamtsrat Feucht und Regierungsamtsrat Arff, dienen der Vertiefung und Erweiterung der Studieninhalte. Bei Besuchen auf Großmärkten, bei Anbietern von Verpflegungskomponenten und in Großküchen der Bundeswehr und bei Unternehmen der Privatwirtschaft gewinnen die Studierenden Eindrücke und Erfahrungen, die sie in Hochschulprojekten anwenden und auf ihre Praxistauglichkeit für die Bundeswehr erproben können. Beispiel für ein Hochschulprojekt im Verpflegungswesen war 2011 eine Untersuchung zur Optimierung der Verpflegungsbereitstellung an den Standorten Bruchsal und Mannheim, deren Ergebnisse dem zuständigen Fachdezernat zur Verfügung gestellt wurden.

Hochschultage und Arbeitstagungen am Fachbereich 2011

Im Jahr 2011 führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung die zehnten Hochschultage im Bereich Besoldung und Versorgung und die ersten Alumni-Hochschultage sowie mehrere Arbeitstagungen durch.

Ziele der Hochschultage sind die kontinuierliche Anpassung der Inhalte der Laufbahnausbildung und der Qualifikation der Absolventen an die sich verändernden Anforderungen der Bundeswehrverwaltung, die intensive Abstimmung zwischen Lehre und Praxis und die Integration aktueller Entwicklungen und Neuerungen in die Ausbildung im Allgemeinen und in den einzelnen Studienfächern im Besonderen.

Die **10. Hochschultage Besoldung und Versorgung** vom 2. bis 5. August 2011 waren interdisziplinär angelegt. Neben aktuellen Entwicklungen in der Besoldung und Versorgung waren Schwerpunktthemen die Rückforderung von Bezügen, die Stufenfestsetzung, die Regelungen zum Familienzuschlag und neue Regelungen zur Zahlung von Verpflichtungsprämien und die optimale Vermittlung die-

ser Studieninhalte in der Lehre. Teilnehmende waren neben den Fachdozentinnen und Fachdozenten des FB BWV Regierungsoberamträtin Gulla, Regierungsoberamtsrat Holstein und Professorin Dr. Karb Oberamtsrat Mangerich, vom zuständigen Fachreferat des BMVg – PSZ III 2 –, Leitende Regierungsdirektorin Steckmeister-Claußen, Dezernatsleiterin PA 1 der Wehrbereichsverwaltung Nord, die Ausbildungsbeauftragten der Personalabrechnung der einzelnen Wehrbereichsverwaltungen und die Fachlehrer der Bundeswehrverwaltungsschulen II und IV in Berlin und Oberammergau.

Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung führte vom 1. bis 3. Oktober 2011 erstmals Alumni-Hochschultage mit Absolventinnen und Absolventen des 45. Studiengangs der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes an der FH Bund durch.

Foto links:

Erfahrungsaustausch an der alten Wirkungsstätte – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Alumni-Hochschultage mit dem stellvertretenden Fachbereichsleiter, Leitendem Regierungsdirektor Beck und Regierungsoberamtsrat Moritz, Dozent für das Studienfach Infrastrukturmanagement/Facility Management Bw.

Foto rechts:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 10. Hochschultage Besoldung und Versorgung

Die Alumni-Hochschultage dienen der Institutionalisierung eines ständigen Erfahrungsaustausches zwischen den Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes und der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Sie sind Grundlage gegenseitiger Unterstützung im Sinne eines modernen Networking und zugleich ein wesentliches



Element der Hochschuleevaluation. Mit den Alumni-Hochschultagen werden die Absolventinnen und Absolventen unmittelbar in die Weiterentwicklung und Optimierung der Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst eingebunden und leisten einen wichtigen Beitrag zur Berücksichtigung aktueller Entwicklungen, wie dem Bedürfnis nach verbesserten Bedingungen für ein familienfreundliches Studium.

Die Alumni-Hochschultage 2011 mit Absolventinnen und Absolventen des 45. Studiengangs der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes an der FH Bund sind der Auftakt zu einem kontinuierlichen Dialog des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung mit Absolventinnen und Absolventen der Laufbahnausbildung in teils themenbezogenen, teils auf die Ausbildung insgesamt bezogenen Veranstaltungen.

Die nächste Veranstaltung mit Absolventinnen und Absolventen sind Hochschultage „Einsatzbezogene Ausbildung“ im Januar 2012.

Arbeitstagungen bzw. Arbeitsbesprechungen werden am Fachbereich Bundeswehrverwaltung bedarfsbezogen bei Veränderungen durchgeführt, die intensive Auswirkung in Praxis und Lehre haben. Sie dienen der Optimierung

„Von den Lehrinhalten, die Sie aus Ihrem Studium kennen, ist noch eine Folie in Verwendung – die Folie mit der Abgrenzung Art. 87a und Art. 87b GG!“ – Regierungsoberamtsrat Moritz im Erfahrungsaustausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu den komplett neu erarbeiteten Lehrinhalten des Studienfachs Infrastrukturmanagement/Facility Management Bw.



des Kenntnisstandes bei Neuerungen, der Erörterung des gemeinsamen Vorgehens und der Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis.

Interkulturelle Kompetenz – zu diesem Thema begrüßte Direktor Junger die Teilnehmer der Arbeitsbesprechung „Akademisches Expertennetzwerk Interkulturelle Kompetenz“ am 12. und 13. Mai 2011 in Mannheim.

Die Themen „Interkulturelle Kompetenz“ (IkK) und „Interkulturelle Einsatzberatung“ (IEB) sind für die Bundeswehr von besonderer Bedeutung. So wurde beispielsweise am Zentrum für Innere Führung (ZInFü) in Koblenz eine „Zentrale Koordinierungsstelle Interkulturelle Kompetenz“ (ZKIK) eingerichtet, deren Aufgabe neben der Betreuung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Kompetenzentwicklung im Gesamtbereich der Bundeswehr auch die Vernetzung mit Experten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr ist.

Im Sinne einer konsequent bedarfsgerecht und einsatzorientiert ausgerichtete Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehr wirkt die FH Bund – FB BWV bei dieser Thematik aktiv gestaltend mit. Die Teilnehmenden aus dem Zentrum für Innere Führung (ZInFü), dem Zentrum für Operative Information (ZOpInfo), dem Amt für Geoinformationswesen (AGeoBw), der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SWInstBw) und der Fachhochschule des Bundes erarbeiteten in Mannheim ein Konzept des „Akademischen Expertennetzwerks IkK“. Erste Aufgabe des Netzwerks war die Durchführung einer internationalen Tagung mit dem Arbeitstitel „Interkulturalität als Beitrag zur Konfliktlösung und Friedensstiftung“ Anfang Oktober 2011 in Koblenz.

Arbeit in den Hochschulgremien

Der Fachbereichsrat und die von ihm bestellten Berufungsausschüsse haben im Jahr 2011 in insgesamt 12 Sitzungen ihre hochschulrechtlichen Aufgaben wahrgenommen. Im Vordergrund der Arbeit standen die hochschulrechtlichen Berufungsverfahren zur Nachbesetzung vakanter Dozentendienstposten und die Arbeit an den Studienplänen der Studienreform 2010/2011.

An den drei Sitzungen des Senats der Fachhochschule nahmen der Fachbereichsleiter, ein Vertreter der Dozenten und ein Vertreter der Studierenden teil. Der Fachbereichsleiter nahm an den Konferenzen des Präsidenten der Fachhochschule mit den Fachbereichsleitern und Fachbereichsleiterinnen und Dekanen und Dekaninnen teil.

Vier Dozenten des Fachbereichs sind Mitglieder der beim Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes eingerichteten fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppen „Modularisierung von Studiengängen“, „Evaluation“, „Nutzungskonzepte elektronischer Medien“ und „Publikationen“. Der Fachbereichsleiter ist gewähltes Mitglied der vom Senat der Fachhochschule eingerichteten Studienplankommission, an deren vier Sitzungen er mitarbeitete.

Die Teilnehmer der Arbeitsbesprechung „Akademisches Expertennetzwerk Interkulturelle Kompetenz“ von links nach rechts: Oberstleutnant Dr. Ulrich (ZInFü), Oberleutnant Andresen (ZOplInfo), Direktor Junger (FH Bund – FB BWV), Herr Dr. Dr. Langer (SWInstBw), Herr Tappe (ZOplInfo), Herr Dr. Diallo (FüAkBw), Herr Prof. Dr. Manz (FH Bund – FB BWV), Regierungsamtsrat Seitz (FH Bund – FB BWV) und Herr Mentrup (AGeoBw); nicht auf dem Foto: Herr Major Schwab (ZInFü)



Hochschulsport, ARGUS

Der Sport am Fachbereich Bundeswehrverwaltung wird von der Studierendenvertretung ARGUS organisiert. Neben den klassischen Angeboten wie Fußball, Volleyball und Basketball werden auch Tischtennis, Laufen, Inline-Skaten, Badminton und Walken angeboten. Ein willkommener Ausgleich zum Lehren und Lernen bieten mehrere vom ARGUS organisierte Sportturniere.

Ein besonderer Höhepunkt der ARGUS-Arbeit ist das traditionelle Sommerfest des Fachbereichs, das Ehemalige seit dem 1. Studiengang, Studierende, Dozentinnen und Dozenten und Angehörige der Bundeswehrverwaltung und Streitkräfte alljährlich im Juli in Mannheim zusammenführt.

Außenbeziehungen, Informationsarbeit

Die Zusammenarbeit mit den beiden anderen **Bildungseinrichtungen der Bundeswehrverwaltung in Mannheim** – der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (BAkWVT) und der Bundeswehrverwaltungsschule I (Technik) (BWVS I (T)) – gestaltet sich sehr gut. Diese drei Lehrinstitute ergänzen sich in ihren Aufgaben – der sehr unterschiedlich gestalteten technischen und nicht-technischen Laufbahnausbildung für die Beamtinnen und Beamten aller Laufbahngruppen der Bundeswehr, den äußerst vielfältigen Lehrgängen der Fortbildung und den zahlreichen Sonderveranstaltungen. In ihren in eigener Verantwortung wahrgenommenen Bildungsaufträgen unterstützen sich die drei Institute gegenseitig.

Die drei Lehrinstitute sind durch zahlreiche dienstliche und außerdienstliche Arbeitsbereiche miteinander verbunden. Der Förderverein des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung e. V. und die Fördergesellschaft der BAkWVT „PRO ACADEMIA e. V.“ führen zahlreiche Vortragsveranstaltungen gemeinsam durch.

Besonderer Ausdruck der gemeinsamen Aufgabenerfüllung ist die enge und engagierte Zusammenarbeit des Militärischen Anteils der BAKWVT mit dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung bei der Konzeption und Durchführung der Grundlagenausbildung „Wehrverwaltung im Auslandseinsatz“ (s. o.).

Die **Informationsarbeit** des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung umfasst neben der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Präsentation des Fachbereichs in den elektronischen Medien. Der Fachbereich ist dreifach präsent: im Internetauftritt der Fachhochschule des Bundes, im Internetauftritt der Bundeswehr und im Intranet der Bundeswehr (IntranetBw).

Im Jahr 2011 wirkte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung bei mehreren Veranstaltungen zur **Nachwuchswerbung** für die Bundeswehr mit.

Beim Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim am 6. Januar 2011 beteiligte sich der Fachbereich im Rahmen der Präsentation der Mannheimer Hochschulen mit einem eigenen Stand. Mehrere Studierende und Angehörige der Hochschulverwaltung und Dozentinnen und Dozenten stellten das Studium am Fachbereich der Mannheimer Öffentlichkeit vor.

Im Mai 2011 engagierte sich der Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf Deutschlands größter Regionalmesse, dem „Maimarkt Mannheim“, einer Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, an den Messeständen der Bundeswehr. Mit Lehrkräften und Studierenden warb der Fachbereich Bundeswehrverwaltung um Nachwuchs für die Wehrverwaltung.

Förderverein der FH Bund – FB BWV – e.V./**Vortragsveranstaltungen**

Der Förderverein der FH Bund – FB BWV e. V., dessen Wirken zum festen Bestandteil der Hochschulselbstverwaltung geworden ist, unterstützte auch im Jahr 2011 auf vielfältige Art und Weise die wissenschaftlichen und kulturellen Aktivitäten am Fachbereich.

Traditionsgemäß bildete der Neujahrsempfang am 20. Januar 2011 den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten, die das kulturelle Leben auf dem Campus bereicherten. Fachbereichsleiter Direktor Junger und der Vorsitzende des Fördervereins, Regierungsdirektor Zeumer, dankten den zahlreichen Gästen aus den benachbarten Lehrinstituten, Dienststellen und Truppenteilen für die gute Zusammenarbeit und brachten ihren Willen für die Vertiefung der bestehenden Kooperationen zum Ausdruck.

Mit einem thematisch breit angelegten Veranstaltungsangebot bereicherte der Förderverein das Leben am Fachbereich. Das Angebot reichte von einem Besuch des Technikmuseums in Mannheim und des IMAX-Kinos in Speyer über einen Vortrag von Herrn Kapitänleutnant Janßen vom Marineamt, Bremerhaven, über seine Erfahrungen als UNMIS-Militärbeobachter im Sudan bis hin zum Besuch eines Handballspiels der „Rhein-Neckar Löwen“. Geselligkeit und kurpfälzische Weinkultur standen bei einem Besuch der Kellerei der BASF im Vordergrund.

Breit angelegtes
Veranstaltungsangebot

Ein wichtiges Anliegen des Fördervereins ist die Unterstützung des Fachbereichs bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit den französischen Militärhochschulen. Hier leistete der Verein vielfältige Unterstützung bei der Pflege der Beziehungen zu den Partnereinrichtungen EMSAM und EAM in Frankreich. Zur Ausgestaltung der Exkursion von Studierenden zur Deutschen Botschaft nach Paris im November 2011 leistete der Förderverein tatkräftige Unterstützung.

Die enge Verbundenheit mit den Studierenden ist für den Förderverein zentrales Leitmotiv seiner Arbeit. Wichtige „Fördermaßnahmen“ kamen den von den Studierenden organisierten Veranstaltungen zugute (z. B. für das Sommerfest und den Weihnachtsbasar). Die regelmäßigen Auszeichnungen der besten Absolventinnen und Absolventen von Laufbahn- und Zwischenprüfungen in Form von Bücherschecks unterstreichen das Handeln des Vereins in diesem Sinne.



Direktor Junger beim Neujahrsempfang im Gespräch mit Regierungsoberamtsrat Essig (Vorsitzender des Bezirkspersonalrats der Wehrbereichsverwaltung Süd), Oberstleutnant Schuckmann (stv. Kommandeur Spezialpionierbataillon 464, Speyer) und Polizeipräsident Feldmann

Fachbereich Finanzen

Leitung:	AD Dr. Rüdiger Nolte
Sitz/Standorte:	Münster
Studiengang:	gehobener nichttechnischer Zolldienst des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Finanzwirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	897
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	430
Hauptamtlich Lehrende:	44

Die Zollverwaltung stellt als moderne und ausgesprochen leistungsfähige Wirtschafts- und Einnahmeverwaltung einen wichtigen Standortfaktor Deutschlands dar. Nicht weniger wichtig, als die Erfüllung der fiskalischen Aufgaben, ist die Arbeit der Zollverwaltung zur Verhinderung und Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung, von Produktpiraterie und Schmuggel sowie zur Sicherung des Umweltschutzes. Mit der Erfüllung der breit gefächerten Aufgaben trägt der Zoll maßgeblich zum Erhalt der sozialen Sicherungssysteme, zur Wahrung des sozialen Friedens und zum Schutz des Gemeinwohls bei.

Der Fachbereich Finanzen unterstützte die erfolgreiche Arbeit der Zollverwaltung auch im Jahr 2011 durch seine



praxisorientierte, wissenschaftlich fundierte und qualitativ hochwertige Fachhochschulausbildung. Insgesamt nahmen im abgelaufenen Studienjahr mehr als 900 Studierende an den einzelnen Studienabschnitten in Münster teil.

Mehr als 250 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter des Einstellungsjahrgangs 2008 schlossen das Studium mit der feierlichen Verleihung des akademischen Grades Diplomfinanzwirtin/Diplomfinanzwirt, mit der Aushändigung der Diplomurkunde und dem Erwerb der Laubahnbefähigung ab. Mit einer Bestehensquote von mehr als 96 % blickt der Fachbereich Finanzen in Münster auf ein auch in dieser Hinsicht erfreuliches Jahr zurück.

Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Finanzen arbeiteten zudem im Wege einer engen fachlichen Kooperation – im Rahmen des Masterstudiengangs „Master of Public Administration“ der Fachhochschule des Bundes sowie im Rahmen des Studiengangs „Verwaltungsinformatik“ – richtungsweisend mit den Kolleginnen und Kollegen des Zentralbereichs in Brühl zusammen.

Die Lehrenden des Fachbereichs Finanzen waren auch im abgelaufenen Jahr wieder „heiß begehrte“ Vortragende mit vielfältigen Einsätzen im Rahmen nationaler und internationaler Fachtagungen und Arbeitsgruppen sowie im Rahmen spezieller Fortbildungsveranstaltungen für die Zollpraxis.

Foto links:
 Festrede des Präsidenten des Bildungs- und Wissenschaftszentrums der Bundesfinanzverwaltung, Dr. Ralf Bernhard

Foto rechts:
 Gratulation durch den Leiter des Fachbereichs Finanzen, Dr. Rüdiger Nolte



Die Leistungen der Lehrenden und die Qualität der Lehre wurden auch in 2011 im Rahmen eines hochschuladäquaten Qualitätsmanagements evaluiert und in inhaltlicher, methodischer und didaktischer Hinsicht – den Erwartungen der Bedarfsträger und den Anforderungen der Praxis und der Studierenden entsprechend – fortentwickelt. Zur Fortentwicklung der Lehre zählen auch die Erprobung neuer, innovativer Lehr- und Lernformen, die auf großes Interesse und hohe Akzeptanz bei den Studierenden gestoßen sind. Beispielhaft sei an dieser Stelle nur die Erprobung und Implementierung des so genannten Problemorientierten Lernens (POL) zu nennen. Derartige Innovationen dienen dem Ausbau der erforderlichen Sozial- und Methodenkompetenz der Studierenden und fördern eigenverantwortliches Handeln und selbstorganisiertes Lernen.

Besuch des Präsidenten des Hochschullehrerbundes am Welttag der Wissenschaften beim FB Finanzen

Am 10. November 2011 besuchte der Präsident des Hochschullehrerbundes der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Nicolai Müller – Bromley, den Fachbereich Finanzen. Auf einem kurzen Rundgang mit dem Leiter des Fachbereichs konnte sich Prof. Müller – Bromley über die Studienbedingungen vor Ort informieren. Dass dies am Welttag der Wissenschaft geschah, war purer Zufall. Dennoch waren

Foto rechts:
Prof. Dr. Bleihauer, Prof.
Dr. Müller-Bromley, Abteilungs-
direktor Dr. Nolte, Leitende
Regierungsdirektorin
Dr. Wöhner (v.l.)



in einer zwanglosen Gesprächsrunde mit Mitgliedern des Hochschullehrerbundes natürlich auch Fragen der wissenschaftlichen Arbeit an Fachhochschulen ein Thema. Professor Müller-Bromley erwies sich dabei als profund-er Kenner der verwaltungsinternen Fachhochschulen. In seinem Vortrag informierte er über die aktuellen Entwicklungen und die rechtlichen Probleme in der W-Besoldung. Ferner ging es in dieser Runde auch um die Stellung der Fachhochschulen nach dem Bologna-Prozess. Der Präsident des Hochschullehrerbundes hob hervor, dass die am Fachbereich Finanzen vorhandene besondere Kompetenz der Dozentinnen und Dozenten auf einem wissenschaftlichen Gebiet, das – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur in Münster gelehrt wird, eine große Chance und zugleich ein Alleinstellungsmerkmal in der Hochschullandschaft darstellt. Die Diskussion brachte vielfältige Anregungen, die Anstrengungen für ein hochschulgerechtes und praxisorientiertes Lehren und Forschen am Fachbereich Finanzen weiter zu forcieren.

Lehre und Zollpraxis

Abstimmung der Studieninhalte zwischen dem Fachbereich Finanzen und den Bedarfsträgern

Nachdem 2010 die Fortentwicklung der Reform des Hauptstudiums im Vordergrund stand, hat sich im Zuge der Umsetzung der Reformergebnisse herausgestellt, dass die Stoffmenge trotz einer spürbaren Straffung der Lehrpläne immer noch zu groß war und zudem in Konkurrenz zu einer verstärkten Vermittlung von Sozial- und Methodenkompetenz stand. Diese reformbedingte Herausforderung konnte im Jahr 2011 gelöst werden. Zunächst wurden die Studienpläne erneut gestrafft, überarbeitet und zugleich den neuen Vorgaben des Zentralbereichs angepasst. In einem weiteren Schritt wurde in Umsetzung des Feinkonzepts „Strukturrentwicklung Bundesfinanzverwaltung – Zollverwaltung“ der

fachliche Dialog mit den Bedarfsträgern fortgesetzt und die Zusammenarbeit von Zollpraxis und Lehre weiter intensiviert.

In diesem Rahmen wurden auch erste, konkrete Überlegungen angestellt, wie die IT-gestützten fachlichen Prozesse und Standards der Zollpraxis von der Lehre aufgegriffen und in das Studium sinnvoll integriert werden können. Die kurs- und fächerübergreifenden Wahlpflichtveranstaltungen könnten dabei zukünftig eine besondere Bedeutung erlangen. Sie sind bereits heute stark an der berufspraktischen Aufgabenstellung der Zollverwaltung orientiert und in die thematischen Säulen: Kontrollen, Dienstleistungen der Zollverwaltung, Abfertigung und e-Government aufgeteilt. Daraus könnten in Anlehnung an die fachlichen Hauptprozesse der Zollverwaltung die Bereiche: „Kontrolle, fachliche Behandlung und Prüfung“ werden.

Praxisaufenthalte von Dozentinnen und Dozenten

Zu den spezifischen Qualitätsanforderungen und -merkmalen von Hochschullehrenden an anwendungsbezogenen Hochschulen gehört eine Lehre, die sich in besonderem Maße an der späteren Berufspraxis der Studierenden orientiert. Deshalb sind regelmäßige Praxisaufenthalte von Lehrenden des Fachbereichs Finanzen eine



Selbstverständlichkeit. 2011 waren 16 Dozentinnen und Dozenten bei verschiedenen Bundesfinanzdirektionen und Hauptzollämtern tätig. Die Aufenthalte dauerten überwiegend mehrere Monate, um vor Ort gründliche Verwaltungserfahrungen sammeln zu können. Neben den fachlichen Themen ging es insbesondere um vertiefte Einblicke in die zöllnerische Arbeitswirklichkeit. Dazu zählen auch aktuelle organisatorische Entwicklungen der Bundesfinanzverwaltung. Beispielhaft seien an dieser Stelle das Informations- und Wissensmanagement der Zollverwaltung, der Ausbau des Mitarbeiterportals Zoll sowie die Erstellung der zollfachlichen Standards und deren Auswirkungen auf die praktische Aufgabenerfüllung genannt.

Teilnahme von Lehrenden des Fachbereichs Finanzen an der „Nürnberger Zollplattform 2011“

Expertinnen und Experten von Wirtschaft und Zoll (Praxis und Lehre) trafen sich auf der „Nürnberger Zollplattform 2011“ zum Thema „Risikomanagement bei der Warenausfuhr.“

Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter exportstarker Unternehmen aus Bayern, Thüringen und Sachsen, der Industrie- und Handelskammern, verschiedener Wirtschaftsverbände, dem Bundesministerium der Finanzen, der Zollverwaltung und dem Fachbereich Finanzen nahmen an der „Nürnber-

Foto rechts:
 Regierungsrätin Annegret Focke, Praxisaufenthalt bei der Bundesfinanzdirektion Nord in Hamburg



ger Zollplattform 2011“ teil. Im Mittelpunkt des diesjährigen Gesprächsforums stand das Thema: „Risikomanagement bei der Warenausfuhr – Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten“.

Für das Bundesministerium der Finanzen richtete der parlamentarische Staatssekretär Hartmut Koschyk ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Veranstaltung wurde vom Präsidenten der Bundesfinanzdirektion Südost, Herrn Dr. Horst Seelig, eröffnet und geleitet. Als weitere Redner und Vortragende sprachen Vertreter der Wirtschaft und der Zollverwaltung. Für den Fachbereich Finanzen nahm Prof. Dr. Reginhard Henke, Leiter des Studienbereichs Europarecht, an dem Symposium teil.

Die von der Bundesfinanzdirektion Südost bislang zum sechsten Mal ausgerichtete Veranstaltung ist eine bewährte Informations- und Diskussionsplattform über nationale und EU-weite Entwicklungen bei der zoll- und steuerrechtlichen Abwicklung des globalisierten Warenverkehrs. Sie dient dem direkten Erfahrungsaustausch von Fachleuten zum besseren Verständnis für die Belange von Wirtschaft und Staat und soll dazu beitragen, die Zusammenarbeit in allen verfahrensrechtlichen und -technischen Bereichen weiter zu entwickeln, in denen sich der Zoll als praxisnaher Dienstleister für die Wirtschaft versteht. Dass dieses Konzept von Seiten der Wirtschaft gut angenommen wird, ist schon allein aus der langen Liste der vertretenen namhaften Unternehmen und Global Player ersichtlich.

Die deutsche Wirtschaft hat allein im März 2011 Waren für knapp 100 Mrd. Euro exportiert – so viel wie nie zuvor in einem Monat seit Beginn der Statistik vor 61 Jahren. Die Verantwortung der exportorientierten deutschen Unternehmen und die verfahrensrechtlichen Anforderungen, die Ausfuhrgeschäfte in Länder außerhalb der EU zoll- und ausfuhrrechtlich korrekt abzuwickeln, sind hoch. Man

denke nur an die nationalen und internationalen Ausfuhrbeschränkungen für bestimmte Waren in Krisenregionen oder an Handelsembargos gegen bestimmte Staaten im Rahmen der weltweiten Terrorabwehr.

Durch eine immer stärkere Einbindung der Unternehmen in die Sicherheitskonzepte von Welthandels- und Weltzollorganisation (WTO/WCO) und EU und in das Risikomanagement zur Überwachung des internationalen Warenverkehrs des Zolls kommt der partnerschaftlichen Zusammenarbeit eine immer größere Bedeutung zu.

Prof. Dr. Reginhard Henke referierte in diesem Kontext über „Rechtliche und organisatorische Anforderungen an das Risikomanagement“ aus Sicht der WTO/WCO, der EU sowie des Zolls – und stellte dar, was die Exportkontrolle in der Praxis konkret für ein exportorientiertes Unternehmen bedeutet.

In seinem Fazit betonte Prof. Dr. Henke, dass Risikomanagement und Risikoanalyse bei der Exportkontrolle heute „Kernaufgaben“ sowohl des Zolls als auch der Unternehmen sind. Befund ist auch, dass sich dadurch die Aufgabenstellung der Zollverwaltung als moderne und innovative Wirtschaftsverwaltung maßgeblich gewandelt hat. Der Zoll hat sein Aufgabenspektrum von einer Fiskalverwaltung zu einer den Bürger und die Gesellschaft sichernden und schützenden Verwaltung erfolgreich um- und ausgebaut.

Foto rechts:

Prof. Dr. Reginhard Henke, Studienbereichsleiter am FB Finanzen

Foto links:

Präsidium (v. l.): Prof. Dr. Reginhard Henke (FH Bund, Fachbereich Finanzen), Dr. Jürgen Helmes (IHK Regensburg), Parlamentarischer Staatssekretär Hartmut Koschyk, MdB (BMF), Dr. Horst Seelig (BFD Südost); Jürgen Böer (Schott AG) und Rolf Wundrack (HZA München)



Durch partnerschaftliche Zusammenarbeit können Wirtschaft und Zoll das Spannungsfeld von notwendiger (außen) wirtschaftlicher Handlungsfreiheit und ebenso notwendiger staatlicher (Export)kontrolle weitgehend auflösen – insbesondere durch gegenseitige Information und durch einen offenen fachlichen Dialog. Die aktive Teilnahme von Lehrenden des Fachbereichs Finanzen an der „Nürnberger Zollplattform 2011“ ist ein weiteres Beispiel für die „gelebte“ Verzahnung von Wissenschaft und Praxis.

Praxisorientierte Forschung und Forschungsförderung

Die Zahl der Veröffentlichungen von Lehrenden des Fachbereichs Finanzen konnte sich auch im abgelaufenen Jahr sehen lassen. Es hat eine erfreulich umfangreiche praxisorientierte und anwendungsbezogene Forschung zu Themen der laufbahnspezifischen Bereiche des Grundstudiums und des Hauptstudiums gegeben. Schwerpunkte sind das Allgemeine und Besondere Zollrecht, das Verbrauchsteuerrecht und das Recht der sozialen Sicherung.

Veröffentlicht wurde insbesondere zu den Themen: Incoterms 2010, Beschlagnahme von Waren während der Durchfuhr bzw. beim verbotswidrigen Verbringen, Zugelassener Ausführer und einzige Bewilligung, Mitarbeiterprüfung beim AEO, AEO in multinationalen Unternehmen und Großunternehmen, Internetvermittler als Zolls Schuldner,

Foto links:
Prof. Dr. Hans-Jürgen Bleihauer,
Evaluationsbeauftragter



Präferenzrecht, Energiesteuer, emergente Strategien in nachhaltig wirtschaftlichen Unternehmen. Es erschienen zudem ein neues Lehrbuch zum Verbrauchsteuerrecht und im Kontext von Verwaltungsreform und Public Management eine Monografie zum Systemischen Verwaltungsmanagement und zur ganzheitlichen und wirkungsorientierten Steuerung und Führung in der öffentlichen Verwaltung. Auch das Bildungsverhalten von Psychologen war Gegenstand einer Publikation.

Die Vielfalt der Veröffentlichungen zeigt die große „Spannbreite“ der am FB Finanzen betriebenen anwendungsbezogenen Forschung.

Qualitätsmanagement am Fachbereich Finanzen

Qualitätsmanagement und Evaluation

Wichtiger Bestandteil der Arbeit am Fachbereich Finanzen war auch im Jahr 2011 die Evaluation der Lehre als integraler Bestandteil eines wirksamen und umfassenden Qualitätsmanagements.

Insgesamt wurden nahezu 5.000 Evaluationsfragebogen durch die Studierenden ausgefüllt. Damit stand für Dozentenschaft, Lehrverwaltung und Fachbereichsleitung eine Fülle von Informationen über die Qualität der Lehre in ausgewählten Fächern zur Verfügung.

Als wichtiges Ziel der Evaluation stand die kontinuierliche Verbesserung der hochschulischen Ausbildung und dabei vor allem auch eine stärkere Konzentration auf die Vermittlung der notwendigen Methodenkenntnisse im Mittelpunkt. Ferner wurde die Verantwortung der Studienbereichsleitungen bei der Auswertung von Evaluationsergebnissen weiter erhöht. Dies erfolgte insbesondere durch konstruktive Gespräche zu den vorliegenden Ergebnissen mit den beteiligten Dozentinnen und Dozenten des jeweiligen Studienbereichs

und der Festlegung geeigneter Maßnahmen des Follow up. Neu war im Jahr 2011 das Erfordernis, die Qualität der Lehrveranstaltungen bei der Gast- und Honorar-dozenten-schaft mit den Mitteln der Evaluation zu bewerten.

Die Ergebnisse der Befragungen waren für die beteiligten Dozentinnen und Dozenten eine gute Hilfe bei der kontinuierlichen Verbesserung der Lehre. Diesem Ziel dienten auch die vielfach durchgeführten Besprechungen der Evaluationsergebnisse mit den Studierenden innerhalb der Kurse.

Die Evaluation der Lehrveranstaltungen am Fachbereich wurde zudem durch eine punktuell durchgeführte Evaluation der Praxisphasen sinnvoll ergänzt.

Qualitätsmanagement und neues Mentorenmodell

Am Fachbereich Finanzen werden die Dozentinnen und Dozenten (ebenso wie alle hauptamtlich Lehrenden der Bundesfinanzverwaltung) im Rahmen eines Berufspädagogischen Seminars auf Ihre pädagogischen Aufgaben in der Lehre umfassend vorbereitet. Um sicherzustellen, dass die Lehre in didaktischer Hinsicht den Ansprüchen gerecht wird, werden nicht nur Fortbildungsveranstaltungen und Trainings durchgeführt. Die Ausbildung endet zudem mit einem förmlichen Feststellungsverfahren, an dem neben der Seminarleitung auch die Leitung des jeweiligen Studienbereichs sowie weitere erfahrene Lehrende beteiligt sind.

Bislang umfasste das Berufspädagogische Seminar insgesamt 64 Lehrveranstaltungsstunden (LVS), die auf zwei Seminarblöcke verteilt waren. Anschließend wurde das Feststellungsverfahren in einer realen Unterrichtssituation absolviert. Ab 2012 wird dieses Konzept um ein Mentorenmodell erweitert werden. Hierfür wird – ohne den Stundenansatz für die Seminarzeiten insgesamt nennenswert zu erhöhen – ein Mentor die dann drei Seminarphasen vor- und nachbereiten, um den Transfer der Seminarinhalte

Dr. Rainer Albrecht,
Fachgebietsleiter Pädagogik



in die Lehrpraxis der neuen Lehrenden zu begleiten und zu unterstützen. Denn Lehrkompetenz umfasst nicht nur das Wissen über Lehr- und Lerntheorien sowie didaktische Modelle, sie umfasst in besonderem Maße auch die Fähigkeit zu erfolgreichem Handeln in einer komplexen und anspruchsvollen sozialen Situation. Dieser Anforderung soll mit dem Mentorenmodell künftig noch besser entsprochen werden, als dies in einer reinen Seminarsituation typischerweise möglich ist.

Einführungslehrgänge für den höheren Dienst der Zollverwaltung

Gleich zwei Durchgänge des Einführungslehrgangs „Höherer Dienst Zoll“ haben die Lehrenden des Fachbereichs Finanzen im Jahr 2011 in enger Zusammenarbeit mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen aus der Zollpraxis durchgeführt. Dabei absolvierten 36 Nachwuchsführungskräfte der Zollverwaltung den insgesamt fünfwöchigen Lehrgang. In zeitlicher wie thematischer Hinsicht gliedert sich der Lehrgang in drei Abschnitte:

- Personal- und Organisationsmanagement, Informations- und Wissensmanagement und Steuerungsmodell der Zollverwaltung
- Aufgabengebiete und Kernprozesse der Zollverwaltung
- Vorstellung des Bundesministeriums der Finanzen als oberste Bundesbehörde.

Ein wesentliches Modul dieser Veranstaltung ist der dreiwöchige Lehrgangsteil zu den fachlichen Aufgabengebieten und Kernprozessen der Zollverwaltung. Dieser Lehrgangsteil wird in besonderer Weise von der Verzahnung von fachtheoretischen und verwaltungspraktischen Inhalten geprägt. Dabei obliegt es zunächst den Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Finanzen die zollspezifischen Rechtsgebiete vorzustellen. Die Module orientieren sich

dabei an der fachlichen Gliederung der Rechtsfächer des Fachbereichs Finanzen:

- „Allgemeines“ Zollrecht einschließlich Zolltarifrecht
- „Besonderes“ Zollrecht (Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze, Außenwirtschaftsrecht, Warenursprungs- und Präferenzrecht, Marktordnungsrecht)
- Recht der sozialen Sicherung
- Verbrauchsteuerrecht
- Allgemeines Steuerrecht (Abgabenordnung, Steuerstrafrecht, Vollstreckungsrecht).

Diesem Fächerkanon folgend präsentieren Referentinnen und Referenten aus den fünf Bundesfinanzdirektionen Nord, Mitte, West, Südwest und Südost sowie dem Zollkriminalamt die ihnen obliegenden „Fachpakete“.

ORR Arnd Hilwig, Lehrender am Fachbereich Finanzen und Tutor



Die Gastvortragenden stellen dabei nicht nur das jeweilige Fachgebiet ihrer Behörde vor, für das sie innerhalb der Zollverwaltung bundesweit verantwortlich zeichnen, sondern sie erläutern insbesondere die von ihnen definierten und gepflegten Standards zur Erledigung der Verwaltungsaufgaben.

Als Tutor begleitete Oberregierungsrat Arnd Hilwig die Nachwuchsführungskräfte während des Einführungslehrgangs. Neben der Nutzung des kulturellen Angebots der Universitätsstadt Münster finden die vom Tutor initiierten Gastvorträ-

ge und Exkursionen hohe Resonanz. Dabei wurde eine breite Palette nicht nur zollspezifischer Themen gestreift:

- Der Historiker Tim Richter referierte bei einem Rundgang zum Thema „Vom Industrieviertel zur Szenemeile“ über Stadtentwicklung und Strukturwandel am Beispiel des Hafens in Münster.
- Regierungsdirektor Dr. Lothar Gellert vom Fachbereich Finanzen konnte aus seiner beruflichen Erfahrung „Die Tätigkeit des Nationalen Experten bei der Europäischen Kommission“ eingehend vorstellen.
- Um das Thema Artenschutz, das auch zu den vielfältigen Aufgabenfeldern des Zolls zählt, aus biologischer Sicht zu betrachten, führte eine Exkursion die Nachwuchsführungskräfte zum Allwetterzoo Münster. Die Biologin Lisa Klepfer erläuterte bei einer Führung den hohen Stellenwert des Artenschutzes und das besondere Engagement des Zoos Münster in internationalen Artenschutzprojekten.



Exkursion des Regierungsräte-Lehrgangs zum Allwetterzoo Münster mit Tutor Arnd Hilwig (l.) und Biologin Lisa Klepfer (r.)

20 Jahre Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung durch die Zollverwaltung – ein wachsendes Aufgabenfeld im Spiegel von Praxis und Studium

Seit 20 Jahren nimmt die deutsche Zollverwaltung in steigendem Maße Aufgaben bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung wahr. Handelte es sich ursprünglich um ein eher „überschaubares“ Aufgabenvolumen, so zählt der Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung heute zu den Kernaufgaben und den Kernkompetenzen des deutschen Zolls.

Die „Meilensteine“ aus zwei Jahrzehnten Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung durch die Behörden der Zollverwaltung sind:

- Kontrolle der Mitführungspflicht des Sozialversicherungsausweises (seit 1991)
- Kontrolle des Mindestlohns im Baugewerbe (seit 1996)
- Einleitung und Durchführung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren (seit 1998)
- Bildung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung und neues Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (2004).

Nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit blieben auch die Ergebnisse der Strukturreform „Bundesfinanzverwaltung – Zollverwaltung“ im Jahr 2008. Im Zuge einer Neustrukturierung der Mittel- und Ortsbehörden sind die Zuständigkeiten in den Kernbereichen der Zollverwaltung prozessorientiert ausgerichtet worden. Die zentrale Facheinheit der Bundesfinanzdirektion West ist für den Bereich der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung bundesweit zuständig.

Als ein rasant wachsendes Aufgabenfeld stellte sich die Kontrolle des Mindestlohns durch die Behörden der Zollverwaltung dar. Im zwanzigsten Jahr der Aufgabenwahrnehmung kam ein neuer zusätzlicher Prüfauftrag hinzu: Die

Kontrolle der Einhaltung der allgemeinen Lohnuntergrenze bei Arbeitnehmerüberlassung obliegt nunmehr ebenfalls der Zollverwaltung.

Innerhalb von zwanzig Jahren hat sich die Rolle der Zollverwaltung vom „Kontrolleur der Mitführungspflicht des Sozialversicherungsausweises“ zum „Wächter des Mindestlohns“ fortentwickelt. Heute sind rund 6.700 Beschäftigte für den Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung zum Schutz der sozialen Sicherungssysteme und des sozialen Friedens eingesetzt.

Der Aufgabenzuwachs hatte auch erhebliche Auswirkungen auf das Studium am Fachbereich Finanzen.

Den grundlegenden Aufgabenwandel und den Zuwachs neuer zöllnerischer Aufgaben hat der Fachbereich Finanzen – jeweils leicht zeitversetzt – nachvollzogen.

Im Zuge der Strukturreform „Bundesfinanzverwaltung – Zollverwaltung“ wurde im Jahr 2008 wegen der mittlerweile enormen Bedeutung der Aufgabe sogar ein eigenständiger Studienbereich „Recht der sozialen Sicherung“ eingerichtet.

Das in zwanzig Jahren bei der Zollverwaltung gewachsene „neue“ Aufgabenfeld dokumentiert in besonderer Weise auch die erheblichen Chancen, die sich für flexibel handelnde, innovative und zukunftsorientierte Verwaltungen aus den notwendigen Veränderungs- und Reformprozessen er-



geben können. Durch die erfolgreiche Aufgabenübernahme haben sich auch die Anforderungen im gehobenen nicht-technischen Zolldienst erheblich geändert und verlangten eine entsprechende Neuausrichtung des Studiums. Durch die Einrichtung eines Studienbereichs „Recht der sozialen Sicherung“ und der Anpassung und Neustrukturierung der Studienpläne für das Hauptstudium wurde der gesetzgeberischen und administrativen Entwicklung auch im Jahr 2011 in besonderem Maße Rechnung getragen.

Neue Didaktik: Problemorientiertes Lernen

Im Herbst 2011 wurde am Fachbereich Finanzen mit dem so genannten „Problemorientierten Lernen“ eine neue juristische Lehr- und Lernmethode in einigen rechtswissenschaftlichen Fächern des Grundstudiums erprobt.

Ziel dieser Methode ist die selbständige Erarbeitung von sowohl fachspezifischem Wissen als auch praxisrelevanten Kenntnissen und Fähigkeiten. Die Methode basiert auf einer Folge von acht, aufeinander aufbauenden und miteinander verzahnten Schritten.

Vorteil des Problemorientierten Lernens ist eine auf Eigenständigkeit und Eigenverantwortung beruhende starke Einbindung der Studierenden, die ihre „eigenen“ Fragestellungen formulieren, zielorientiert recherchieren und ihre



Ergebnisse strukturiert vortragen. Darüber hinaus erlernen die Studierenden eine deutlich verbesserte Diskussionskultur. Sie übernehmen in der Funktion des Teilnehmers, Protokollanten und Diskussionsleiters Verantwortung für den Lernerfolg der gesamten Studiengruppe. Eine aktive Teilnahme ist essentiell für die individuelle Lernentwicklung. Die Aufgabe der Dozentinnen und Dozenten ist es, diesen Prozess zielorientiert zu fördern und professionell zu begleiten.

Des Weiteren zeichnet sich die Didaktik durch ihre Praxisnähe und die Nachhaltigkeit des Lernens aus. Die zu bearbeitenden und mitunter komplexen Sachverhalte sind realitätsnah und das erworbene Wissen daher in der Praxis schneller abrufbar. Da auf Vorwissen aufgebaut wird, kann altes und neu erworbenes Wissen miteinander vernetzt und somit im Langzeitgedächtnis verankert werden.

Die Umsetzung am Fachbereich Finanzen fand in zwei Gruppen zu je fünfzehn Studierenden statt. Zunächst wurde die Methode an einem alltäglichen Beispiel vorgestellt und geübt. Anschließend wurde sie in verschiedenen Studienfächern angewendet. Es zeigte sich, dass die zwei Gruppen unterschiedlich agierten, teilweise verschiedene Aufgabenstellungen formulierten und dennoch den geplanten Lehrstoff erlernten. Dadurch wurde bestätigt, dass der Lernprozess der jeweiligen Studiengruppe von der Einbringung der einzelnen Teilnehmer abhängt und trotz unterschiedlicher Herangehensweisen und Lösungsansätzen das gewünschte Ergebnis erzielt werden kann.

Die umfangreiche Evaluation ergab eine Vielzahl positiver Rückmeldungen und bestätigte damit das Vorhaben, das Problemorientierte Lernen am Fachbereich Finanzen auch in 2012 weiter zu pilotieren.

Für das kommende Jahr sind erste Veranstaltungen dazu im Grundstudium in den Fächern Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie im ersten Abschnitt des Haupt-

studiums im Bereich der Verbrauchsteuern geplant. Eine Pilotierung von „POL“ ist auch im Rahmen des Studiengangs Verwaltungsinformatik vorgesehen.

Spendenaktion

Die Vorweihnachtszeit nahmen Studierende des Fachbereichs Finanzen zum Anlass, für einen wohltätigen Zweck zu sammeln.

So kamen bei den angehenden Zöllnerinnen und Zöllnern über 1.300,- EUR zusammen. Die Initiatoren der Sammelaktion überreichten die Summe symbolisch in Form eines großformatigen Schecks auf der Kinderonkologie-Station des Universitätsklinikums Münster an die Vorsitzende des Vereins zur Förderung krebskranker Kinder Münster e. V., Frau Christel Hüttemann.

Frau Hüttemann dankte den jungen Zollbeamten für ihr Engagement und stellte ihnen die Ziele und Projekte des Vereins vor.

„Unser Geld ist hier bestimmt am richtigen Platz“ zeigten sich die Studierenden beeindruckt von der Arbeit des Fördervereins.

Hochschulsport am Fachbereich

Ein breit gefächertes dienstlich geleitetes Sportangebot stand den Studierenden und Fortbildungsteilnehmern auch im Jahr 2011 wieder zur Verfügung.

Neben den ganzjährig angebotenen dienstlich geleiteten Sportaktivitäten fanden im Oktober und November die Turniere im Volleyball, Handball, Fußball, Basketball und Badminton statt.

12 Mannschaften des Hauptstudiums, 16 Mannschaften des Grundstudiums und 2 Dozenten-/Verwaltungsmannschaften spielten an vielen Nachmittagen und Abenden um die besten Platzierungen. Schließlich stand am letzten Spieltag

die Mannschaft aus Dozenten und Verwaltung gegen eine spielerisch starke Mannschaft des H1 im Volleyballenspiel. Spannung bis zuletzt war angesagt, die Routiniers konnten das Endspiel letztlich für sich entscheiden.



Spendenübergabe im Klinikum an Frau Christel Hüttemann (3. v. l.), Vorsitzende des Vereins zur Förderung krebskranker Kinder Münster e. V.



Sieger des Volleyballturniers: Die Mannschaft des BWZ bzw. des FB Finanzen



Fachbereich Kriminalpolizei

Leitung:	Professor Dr. Thorsten Heyer
Sitz/Standorte:	Wiesbaden
Studiengang:	Gehobener Kriminaldienst des Bundes
Studienabschluss:	Bachelor of Arts/Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	242
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	54
Hauptamtlich Lehrende:	17

Im Jahr 2011 wurde der zum 1. Oktober 2009 akkreditierte Bachelor-Studiengang fortgesetzt und in den Modulen 6 bis 18 evaluiert.

Veranstaltungsreihe Einblicke

Der Fachbereich Kriminalpolizei hat die 2008 begonnene Vortragsreihe, in deren Rahmen ausgesuchte kriminal- wie rechtswissenschaftliche Themen sowohl den Studierenden des Fachbereichs als auch interessierten Angehörigen des Bundeskriminalamtes, wie benachbarten Polizeibehörden vorgestellt werden, auch 2011 fortgesetzt.

So konnten 2011 als Vortragende beispielsweise

- Herr Michal Kucera vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg;
- KHK Uwe Fey, Polizeipräsidium Frankfurt zum ungeklärten Mordfall an Tristan Brübach und
- Rene Picard, Otto Versand und Handels-OHG

gewonnen werden.

Forschungsprojekte

Das EU-Twinning-Projekt „Unangemessene Gewaltanwendung durch die Polizei“ zugunsten der Türkei, an welchem neben dem türkischen Projektpartner das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte/Wien, die Österreichische Sicherheitsakademie (SIAK) in Wien, die Hessische Polizeiakademie, die Internationale Gesellschaft für rechtliche Zusammenarbeit in Bonn und der Fachbereich Kriminalpolizei zusammenwirken, startete im April 2011. Die ersten Datenerhebungs- und Auswertungskomponenten fanden ab September 2011 in Ankara statt und werden im Jahr 2012 fortgesetzt. Das Projekt hat die Erhebung der türkischen Gesetzeslage zum Unmittelbaren Zwang zum Gegenstand, es soll ein Rechtsvergleich mit den Regelungen europäischer Staaten erfolgen und aufgrund der Experten-erhebungen werden Empfehlungen zu möglichen Rechtsänderungen des Türkischen Polizeirechts erfolgen. Daneben sind in Trainingskomponenten Methoden der Deeskalation in polizeilichen Großeinsätzen einzuüben.

Das Forschungsprojekt zum Thema „Grauer Kapitalmarkt“ unter der Leitung von Prof. Dr. Sigmund Martin geht von der Annahme aus, dass seit den 1960er Jahren zunehmend die Tendenz besteht, Geldwerte nicht mehr auf organisierten Märkten wie der Börse oder Sparkonten, sondern auf dem sog. „grauen Kapitalmarkt“ anzulegen. Auf diesem provisi- onsgetriebenen Markt findet eine massive Schädigung der Anleger in Höhe von mindestens 20 bis 30 Milliarden Euro p. a. statt. Dies hat den Gesetzgeber auf den Plan gerufen, der mit dem Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz diesen Markt stärker kontrollieren will. Das Forschungs- projekt soll einen kurzfristig zu realisierenden Forschungs- impuls zu der Fragestellung liefern, inwieweit die geplante Regelung eine grundlegende Verbesserung bewirken kann und ob insbesondere das Strafrecht einen Beitrag zum Anle- gerschutz leistet bzw. leisten könnte. Das Projekt startete im August 2011 und endet voraussichtlich im ersten Quartal 2012.

Ein weiteres Forschungsprojekt mit dem Titel „**Kriminalität im Kontext von Kapitalmärkten II**“, das gemeinsam durch den Fachbereich Kriminalpolizei und die Forschungs- und Beratungsstelle für Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität des BKA durchgeführt wird, wurde im Sommer 2011 begonnen und wird Ergebnisse im ersten Quartal 2012 vorlegen. Ziel des Projekts ist die Aufhellung der Phänomenbereiche „Insiderhandel“ und „Marktmanipulation“. In einem ersten Modul wurde bereits die Bekämpfungssituation der Kapitalmarktkriminalität durch Erhebung der rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen und der Zusammenarbeitsformen der wichtigsten Akteure untersucht. In einem zweiten Schritt wird es darum gehen, die Hinweisgewinnung und Verdachts-schöpfung zu untersuchen und gegebenenfalls Ansätze zur Verbesserung zu erarbeiten. Die könnte durch Optimierung und Strukturierung der Informationsgewinnung und die Analyse von Täterstrukturen erfolgen.

Studieninhalte zur Polizeigeschichte – Studentag zur Polizeigeschichte im Nationalsozialismus

In Kooperation mit dem Fritz-Bauer-Institut Frankfurt führte der Fachbereich Kriminalpolizei Ende Februar 2011 mit den Studierenden der 60. AG einen Studentag zur Polizeigeschichte im Nationalsozialismus durch.

Das Thema Polizeigeschichte ist Gegenstand einer Reihe inhaltlich aufeinander abgestimmter Vorlesungen und Seminaren, die fest in dem Bachelorstudiengang verankert sind.

Den Ausgangspunkt der Reihe bildet eine Vorlesung im Rahmen des Grundstudiums am Zentralbereich der FH Bund in Brühl. Während einer Projektwoche am Ende des Grundstudiums besuchen die Studierenden ein Seminar bei der Stiftung „Topographie des Terrors“ in Berlin, das den Blick auf die Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Schreckensherrschaft lenkt.

Den Mittelpunkt der Lehrveranstaltungsreihe zum Thema Polizeigeschichte bildet mittlerweile ein Studientag zur Polizeigeschichte im Nationalsozialismus, der den Blick auf den einzelnen Polizeibeamten richtet.

Die Reihe schließt mit einer Lehrveranstaltung von Sonja Kock, BKA, zum Projekt BKA-Historie.

Jahrestagung 2011 der Kriminalistik- und Kriminaltechnik-Dozentinnen und Dozenten

In der Zeit vom 3.-5. Mai 2011 richtete der Fachbereich Kriminalpolizei die bundesweite Jahrestagung 2011 der Kriminalistik- und Kriminaltechnik-Dozentinnen und Dozenten in den Räumlichkeiten des Bundeskriminalamts aus. Mit dieser jährlich an wechselnden Orten stattfindenden Veranstaltungsreihe trug das BKA dem Wunsch der Dozentinnen und Dozenten Rechnung, sich regelmäßig über aktuelle Kriminalitätsphänomene und Bekämpfungsansätze zu informieren. Im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung standen Entwicklungen im Bereich der IuK-Technologie und Kriminaltechnik.

„HILDERS-Übung“

Im Rahmen des Bachelor-Studiengangs ist die „HILDERS-Übung“ fester Bestandteil des Modul 11. Hierbei handelt es sich um eine dreitägige integrierte Lehrveranstaltung, die als Planspiel in der Nähe der Ortschaft „Hilders“ in der Rhön stattfindet. Dort wird durch die Studierenden eine Polizeidienststelle aufgebaut und strukturiert und unter Anleitung von Fachdozenten ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und abgewickelt. Eine komplette polizeiliche Lage wird simuliert. Die Studierenden sollen theoretisches Wissen mit fachpraktischen Aspekten verbinden lernen und praxisorientiert anwenden.

Die Studenten haben im Rahmen dieser Übung erstmals selbst Gelegenheit, den Funk zu bedienen, sie observieren und lernen alle polizeilichen Standardsituationen, die im

Zusammenhang mit dem Zugriff und der Datendokumentation stehen, zu bewältigen. Die Studierenden bewerten den Lerneffekt dieser Übung zur Vorbereitung auf das Modul 12 (7-monatiges Praktikum bei einer Kriminalpolizeidienststelle eines Bundeslandes) als unverzichtbar und wertvoll, da sie sich einerseits ausprobieren, aber andererseits aus ihren Fehlern lernen können.

Projektwoche Berlin

Auch im Bachelor-Studiengang findet eine einwöchige Projektwoche in Berlin statt.

Diese Lehrveranstaltung hat sich bereits im Diplomstudien- gang bewährt und ist nun im Modul 5 – Berufsspezifische Vertiefung und Ergänzung der Module 1-4 – angesiedelt.

Der Programmablauf orientiert sich an den Lernzielen der Lehrveranstaltung, nach der die Studierenden die Einrichtungen der politischen Willensbildung und Entscheidungs- prozesse einordnen und die Tätigkeiten ausgewählter Kompetenzzentren erläutern können.

Abwechselnd werden

Abb. links:
Hilders-Übung – Festnahme

Abb. rechts:
Hilders-Übung – Asservierung
Spurensicherung

- Bundestag
- Bundeskanzleramt
- Auswärtiges Amt



- Gedenkstätte Plötzensee
- Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen
- Stasizentrale Normannenstraße
- Stiftung „Topographie des Terrors“ oder
- Ausgewählte Bereiche des BKA in Berlin (GTAZ/SG/ST/IK)

besucht.

Die Projektwoche der 61. AG hatte den Projekttitle „Das Netzwerk der Sicherheitsbehörden in Berlin vor dem Hintergrund der zentralen historischen und politischen Bedeutung der Bundesdeutschen Hauptstadt“.

Projekt „Kreativteam“

Mitte Mai 2011 wurde der Fachbereich Kriminalpolizei der FH Bund, durch die Abteilung „Sicherungsgruppe“ des Bundeskriminalamtes um Unterstützung bei der Vorbereitung des anstehenden Papstbesuches im September 2011 gebeten.

Ziel war es, für die Ermittlung etwaiger „Schwachstellen“ des Personenschutzes ein Kreativteam einzurichten, das anhand von Open-sources-Informationen im ersten Schritt einen möglichst exakten Programmablauf des Papstbesuches in Deutschland erstellen und hierauf aufbauend mögliche Anschlagsszenarien ausarbeiten sollte.



Kreativteam

Seitens der Sicherungsgruppe sollten gezielt polizeiunerfahrene Vollzugsbeamte eingesetzt werden, um eine möglichst realistische Auswertung zu erhalten, die nicht durch polizeiliche „Gedanken“ verfälscht wird.

Ein Ergebnis sollte Ende Juli 2011 vorliegen, um ausreichend Zeit zu haben, denkbare Schwachstellen des Personenschutzes und Möglichkeiten eines Anschlages zu analysieren und die echten Einsatzvorbereitungen gegebenenfalls daraufhin anzupassen.

Das Projektteam stellte sich aus 24 Studierenden der 60. Ausbildungsgruppe zusammen. Es wurde seitens des Fachbereiches Kriminalpolizei durch zwei Vollzugsbeamte begleitet. Für das Team wurden drei Projekträume mit entsprechender IT-Ausstattung eingerichtet. Seitens des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie in Frankfurt wurden Übersichts- und Detailkarten zur Verfügung gestellt. Das gesamte Projekt bot eine hervorragende Gelegenheit für die Studierenden, sich neben der regulären Studienzeit eigeninitiativ in einem Team mit einem bestimmten Thema auseinander zu setzen.

Angesichts der vorgegebenen Zeit und der komplexen Thematik (Erstellung eines „Programmablaufs“ und „Erstellung möglichst geeigneter und auch wahrscheinlicher Anschlagsszenarien“) kam es hierbei nicht selten abends oder gar am Wochenende zu Treffen der Projektmitglieder. Seitens des Fachbereiches Kriminalpolizei ist festzuhalten, dass derartige Projekte eine sehr gute Gelegenheit für die Studierenden bieten, neben dem Bachelorstudium anhand unterschiedlichster Fragestellungen wissenschaftliches Arbeiten zu praktizieren und dabei u. a. Teamgeist und besondere Einsatzbereitschaft unter Beweis zu stellen.

Der Einsatz eines Kreativteams ist auf die Einsatzvorbereitung des Landes Baden Württemberg anlässlich der Polizeilage zum NATO-Gipfel 2009 zurück zu führen. Veran-

staltungen dieser Größenordnung stellen für die Polizei grundsätzlich eine besondere Herausforderung dar. So hat beispielsweise der G8-Gipfel in Heiligendamm gezeigt, dass die Polizei durch unterschiedlichste Störungen sehr schnell nicht mehr agieren, sondern nur noch reagieren konnte. Deshalb erschien es angezeigt, bereits in der Vorbereitungsphase unterschiedlichste Störszenarien zu entwickeln und denkbare Gegenmaßnahmen in die Konzeptionen mit einfließen zu lassen.

Auslandshospitationen

Der gesetzliche Auftrag des Bundeskriminalamts, insbesondere seine Funktionen als nationales Zentralbüro der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) und als nationale Stelle für Europol, ist in zunehmendem Maße von grenzüberschreitender Zusammenarbeit geprägt. Die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden internationalen Zusammenarbeit für eine effektive Verbrechensbekämpfung zeigt sich insbesondere in der fortschreitenden Globalisierung und der damit verbundenen Entwicklung der internationalen Kriminalität. Allgemeinpolizeiliche und fallbezogene Erkenntnisse müssen weltweit schnell und sicher ausgetauscht werden können.

Diese Rollenübertragung ist mit besonderen Anforderungen an den kriminalpolizeilichen Sachbearbeiter verbunden. Für die Nachwuchsqualifizierung gilt es daher, Aspekte

der internationalen Polizeikooperation stärker in den Fokus zu rücken. Wichtige Aufgabenbereiche des Bundeskriminalamts sind von internationalen Bezügen geprägt, sei es innerhalb der Behörde in einschlägigen Organisationseinheiten, über die Mitarbeit in europäischen Gremien und Institutionen oder die weltweite Abordnung von Verbindungsbeamten. Um diesen ambitionierten Aufgabenstellungen gerecht zu werden, hat der Fachbereich Kriminalpolizei im Studienplan eine verstärkte internationale Ausrichtung festgeschrieben.

Seit 2007 werden im Rahmen des Fachhochschulstudiums mehrtägige Gruppenhospitationen beim Interpol Generalsekretariat in Lyon und bei Europol und Eurojust in Den Haag durchgeführt. Die Studierenden erhalten durch Vorträge tiefe Einblicke in die vielfältigen Aufgabenbereiche dieser Organisationen. In Gesprächsrunden mit BKA-Kolleginnen und -Kollegen, die zu Interpol oder Europol abgeordnet sind, können die Studierenden die Inhalte der Vorträge reflektieren und bewerten, sowie über Chancen und Risiken der internationalen Polizeikooperation diskutieren. Die Hospitation bei Interpol wurde aktuell durch ein eintägiges Trainingsszenario ergänzt (aktive Fallarbeit), das eine optimale Verzahnung von Theorie und Praxis darstellt.

Die Auslandshospitationen werden sowohl von den Studierenden, als auch von den Vertreterinnen und Vertretern Interpols/Europols/Eurojusts als positiv bewertet: Die Studierenden erlangen aus erster Hand wertvolle Informationen, die ihnen für ihre spätere Tätigkeit im Bundeskriminalamt von großem Nutzen sein werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen sehen die Hospitationen als Chance, bei neuen Kolleginnen und Kollegen frühzeitig das Bewusstsein für die Notwendigkeit der internationalen Polizeikooperation zu schärfen.

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitung:	LtdVerwD Karl Friedrich Köhler
Sitz/Standorte:	Kassel
Studiengang:	Verwaltungsdienst der Träger der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	142
Einstellungszahlen 2011:	55
Hauptamtliches Lehrpersonal:	7

Im Februar 2011 veranstaltete der Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung – wie in jedem Jahr – mit den Studierenden des Hauptstudiums eine Exkursion in die Bundeshauptstadt. Hier bestand die Möglichkeit, das politische Berlin im Dialog mit sachkompetenten Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Bundestages, des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kennenzulernen. Beim Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, einem ehemaligen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, konnten die Studierenden Authentisches über die jüngere deutsche Geschichte erfahren.

Studierende des Fachbereichs
 vor dem Reichstag



In der Zeit vom 28. Februar 2011 bis 13. Mai 2011 absolvierten vier Praktikanten aus Vietnam, Indonesien und der Republik der Philippinen im Rahmen des International Leadership Trainig der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit ein Praktikum beim Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung im Verbund mit dem Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung. Inhalte des Praktikums waren das System der Sozialversicherung in Deutschland, der Rechtsschutz im sozialgerichtlichen Verfahren, Versicherung, Mitgliedschaft und Leistungen in der Kranken-, Pflege-, Unfallversicherung und Alterssicherung, Gesundheitsschutz und Prävention sowie die Finanzierung der Sozialversicherung. Die Anwendung der gesetzlichen Grundlagen wurde verbunden mit der Teilnahme an Sitzungen des Bundessozialgerichts sowie Praxisaufenthalten in den jeweiligen Arbeitsbereichen des Spitzenverbandes.

Im April haben 44 von 46 Studierenden erfolgreich die Zwischenprüfung bestanden. Die Wiederholungsprüfung konnte eine Person erfolgreich beenden. Eine weitere brach das Studium ab.

Foto links:
Asiatische Praktikanten zu Gast
am Fachbereich

Foto rechts:
Studierende des Fachbereichs im
Bundeskanzleramt

25 Studierende haben im Juni am schriftlichen Teil der Abschlussprüfung nach der Ausbildungs-, Studien- und Prüfungsordnung für den gehobenen nichttechnischen



Verwaltungsdienst der Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (ASPO-LSV) teilgenommen. 24 Studierende wurden sodann zur mündlichen Prüfung zugelassen, die sie auch bestanden haben. Im Rahmen einer akademischen Feierstunde wurde ihnen im Namen des Präsidenten der FH Bund die Diplomurkunde ausgehändigt und der akademische Grad Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH) verliehen.

Ende August schied der langjährige Fachbereichsleiter und Gründungsdekan, Leitender Verwaltungsdirektor Hubert Lohaus, nach Erreichen der Altersgrenze aus dem Amt. Sein Nachfolger ist seit dem 1. September 2011 sein bisheriger Stellvertreter, Leitender Verwaltungsdirektor Karl Friedrich Köhler.

Zum 1. Oktober 2011 wurden 55 Studierende für die Ausbildung nach der ASPO-LSV zugelassen, die nach einem einmonatigen Einführungspraktikum am 1. November 2011 zum Grundstudium antraten.

Foto links:
 Endlich geschafft –
 Aushändigung der
 Diplomurkunden

Foto rechts:
 Ansprache des neuen Fach-
 bereichsleiters Köhler während
 der Diplomfeier



Fachbereich Nachrichtendienste

Leitung:	DirBND Dr. Hans Dieter Denk
Abteilungen:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bundesnachrichtendienst Leitung: DirBND Dr. Hans Dieter Denk ■ Verfassungsschutz Leitung: Prof. Dr. Raimund Jokiel (kommissarisch)
Sitz/Standorte:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Haar (Abteilung BND) ■ Brühl (Abteilung Verfassungsschutz)
Studiengänge:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bundesnachrichtendienst ■ Verfassungsschutz
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl 2011:	97 (59 Abt. Verfassungsschutz, 38 Abt. BND)
Einstellungszahlen 2011:	29 (21 Abt. Verfassungsschutz, 8 Abt BND)
Hauptamtliches Lehrpersonal:	5 (davon 3 für die Abt. Verfassungsschutz)

Personalsituation

Im Mai 2011 wurde Dr. Hans Dieter Denk zum Fachbereichsleiter bestellt. Fr. Dr. Rose-Stahl ist infolge Funktionswechsels zum 16. November 2011 aus dem Amt der Abteilungsleiterin Verfassungsschutz ausgeschieden, Prof. Dr. Raimund Jokiel nimmt seither die kommissarische Leitung wahr. In der Abteilung BND konnte die neu eingerichtete Professur für nachrichtendienstliches Recht im Sommer 2011 besetzt werden. Von den insgesamt sieben hauptamtlich Lehrenden sind in der Abteilung BND zwei Stellen seit Oktober 2011 nicht besetzt, weil ein Kollege in den Ruhestand getreten und ein weiterer in den Zentralbereich gewechselt ist. Die Vakanzen müssen durch Lehrbeauftragte aufgefangen werden. Sowohl für die Professur Internationale Politik als auch für die der Nachrichtendienstpsychologie erfolgten Ausschreibungen. Nach Abschluss der Bewerbungsverfahren, die auf der Basis einer im November 2011 vom Fachbereichsrat verabschiedeten Berufungsrichtlinie laufen, sollen im Sommer 2012 die Nachbesetzungen erfolgen und damit der personelle Umbruch in der Abteilung BND abgeschlossen sein.

Zum Wintersemester 2011/12 nahmen zwei Studiengänge mit insgesamt 29 Studierenden aus beiden Abteilungen ihr Studium auf.

Gemeinsame Ausbildung der Nachrichtendienste

Im März 2011 hat der zweite Jahrgang das gemeinsame Grundstudium der beiden Nachrichtendienste abgeschlossen. Die positiven Erfahrungen, vor allem durch die stärkere Ausrichtung an fachspezifischen Inhalten, haben sich bestätigt.

Das Mitte Oktober 2010 unter Federführung des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums des Innern abgeschlossene Projekt der „Gemeinsamen Laufbahnausbildungen der beiden Dienste“ wurde von beiden Behörden unter Beteiligung der jeweiligen Abteilungen des Fachbereichs weitergeführt. Auf der Basis der von der Projektgruppe erarbeiteten Entwürfe erfolgten Feinabstimmungen zu den Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen, zu den Praktikumsordnungen und zur Diplomarbeitsordnung. Die Zustimmung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Diplommastudiengang liegt noch nicht vor.

Außerdem wurden Eckpunkte zur organisatorischen Ausgestaltung im Rahmen der gemeinsamen Schule (Arbeitsbegriff GSND) in der Chausseestraße in Berlin festgelegt. Die Bauarbeiten für die Errichtung des Neubaus sind mit dem Ausheben der Baugrube angelaufen.

Evaluationsordnung

Nachdem sich der Fachbereich im letzten Berichtsjahr eine eigene Evaluationsordnung gegeben und für beide Abteilungen je einen Evaluationsbeauftragten bestellt hatte, wurden im Lauf des Jahres 2011 gemeinsame Evaluationsbögen erarbeitet und im November 2011 durch den Fach-

bereich beschlossen. Neben der obligatorischen Befragung der Studierenden zur Qualität der Lehrveranstaltung und den organisatorischen Rahmenbedingungen des Studiums besteht auch die Möglichkeit, eine spätere Transferabfrage bei den Absolventinnen und Absolventen und Vorgesetzten zur Praxistauglichkeit des Studiums durchzuführen.

Arbeitskreis Nachrichtendienstpsychologie

In der Schriftenreihe der FH Bund „Beiträge zur inneren Sicherheit“ erschien im Juli 2010 der Band „Nachrichtendienstpsychologie 5“. Seither befassen sich die Mitglieder des Arbeitskreises Nachrichtendienstpsychologie mit dem Thema „Führungslehre für Sicherheitsbehörden“. In dreizehn Beiträgen werden sowohl theoretische Grundlagen dargelegt, als auch praxisnahe Themen erörtert. Führen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird als Prozess mit wechselseitiger Einflussnahme verstanden. Traditionelle Führungsstile und neuere Ansätze werden dargestellt. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Einfluss kultureller Prägungen auf die Mitarbeiterführung.

Bei den praxisbezogenen Themen werden die Möglichkeiten und Grenzen der Führungskräfteauswahl erläutert. Dabei sind biografieorientierte Verfahren (Analyse der Bewerbungsunterlagen, Schul- und Studienleistungen,

Simulation Neubau Berlin



Lebenslauf, Bewerbungsgespräch) von konstruktorientierten Verfahren (Testung kognitiver Fähigkeiten, Fragebögen zur Erfassung von Persönlichkeitseigenschaften) abzugrenzen. Bei sogenannten simulationsorientierten Verfahren werden die Bewerberinnen und Bewerber in Situationen gebracht, in denen man ihr Führungsverhalten beobachten kann (Assessment-Center).

Im Hinblick auf die Führungspraxis werden verschiedene Formen des Mitarbeitergesprächs dargestellt. Weiterhin wird ausgeführt, auf welche Weise Einfluss auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in schwierigen Motivationslagen (z. B. Burn-out-Syndrom) genommen werden kann. Hier sind die spezifischen Anforderungen von Angehörigen der Sicherheitsbehörden zu berücksichtigen. Welche Arten von Leistungsanreizen und Motivatoren können eingesetzt werden? Wie kann Teamarbeit gefördert werden? Die Theorie des situativen Führens berücksichtigt den sogenannten Reifegrad der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und empfiehlt vier Varianten des Führungsverhaltens. Schließlich werden in einem Beitrag bekannte geschlechtsspezifische Führungsaspekte aufgegriffen.

Der Band „Nachrichtendienstpsychologie 6“ mit dem Schwerpunktthema „Führungslehre für Sicherheitsbehörden“ erscheint im Sommer 2012.

Projektwoche zum Thema „Die Gefährdung auswärtiger Belange bzw. außenpolitischer Belange der BR Deutschland als Aufklärungsziel der Nachrichtendienste – § 3 Abs. 1 Nr. 3 BVerfSchG und § 1 Abs. 2 BNDG in der Praxis von BfV und BND“

Im Januar 2011 fand am Fachbereich Nachrichtendienste unter Leitung von Dr. Warg ein Projekt zu den „auswärtigen“ bzw. „ausenpolitischen Belangen“ der Bundesrepublik Deutschland statt. Da diese Begriffe – ausdrücklich oder sinngemäß – auch in den gesetzlichen Aufgabenbeschreibungen

der Nachrichtendienste verwendet werden (so beobachten z. B. die Verfassungsschutzbehörden Bestrebungen, die durch Gewalt oder Gewaltvorbereitung *auswärtige Belange gefährden*), müssen sie für die Rechtsanwendung definiert sein. Mithilfe von Experteninterviews bei verschiedenen zuständigen Behörden sollten die Studierenden für die Schwierigkeiten eines solchen Definitionsprozesses sensibilisiert werden und u. a. herausarbeiten, was die außenpolitischen Akteure unter diesen unbestimmten Rechtsbegriffen verstehen.

Projektwoche in Brüssel

Alternativ hierzu fand unter Leitung Herrn Beckers, des Lehrbeauftragten Recht aus dem Bereich Fortbildung BND, eine Projektwoche in Brüssel statt, die dem vertieften Kennenlernen der EU-Einrichtungen und der NATO, insbesondere auch der jeweiligen Schnittstellen zu deutschen Behörden dienen sollte. Bereits im Vorfeld wurden die jeweiligen Grundstrukturen erarbeitet; vor Ort wurden in den verschiedenen Institutionen Gespräche mit Verantwortlichen sowie Referentinnen und Referenten über die Zusammenarbeit in der Praxis geführt. So konnten letztlich die Steuerungs- und Informationsprozesse im sicherheitspolitischen Rahmen herausgearbeitet werden.

Laufbahnprüfungen

Im Berichtsjahr fand an der Abteilung Verfassungsschutz keine Laufbahnprüfung statt, da im Jahr 2008 keine Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes im Bundesamt für Verfassungsschutz eingestellt wurden.

In der Abteilung BND stellten sich 13 Studierende der Laufbahnprüfung. Eine Aufstiegsbeamtin hat die Prüfung nicht bestanden. Bei einem Durchschnitt von 12,07 RP konnte zweimal die Note 1 erzielt werden.

Abteilung Verfassungsschutz

Projektwoche in Wien

Im Rahmen des Hauptstudiums I unternahm ein Laufbahnlehrgang vom 7. bis 11. März 2011 eine Studienfahrt zu den österreichischen Nachrichtendiensten in Wien. Damit wurde eine bereits seit langem erfolgreiche Zusammenarbeit und der fachliche Austausch, der auch in der Vergangenheit schon durch Studienfahrten zum Ausdruck gekommen war, weiter vertieft und ausgebaut. Das Abwehramt und das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusabwehr (BVT) kümmerten sich mit herausragender Gastfreundschaft um die für die Studienfahrt erforderlichen organisatorischen Belange. Während des gesamten Aufenthalts herrschte eine konzentrierte Arbeitsatmosphäre, die zudem durch das professionelle Programm der Gastgeber gefördert wurde.

Die Studienfahrt sollte Einblicke in die Struktur, Funktionsweise, Aufgabenfelder und Befugnisse der österreichischen Dienste gewähren. Der Besuch umfasste zwei Schultage beim BVT und einen Schultag, der durch das Abwehramt gestaltet wurde. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen den österreichischen und den deutschen Nachrichtendiensten gewidmet. Experten aus den unterschiedlichen Fachbereichen vermittelten in ausgesprochen

Sitz der Abteilung
Verfassungsschutz



lebendigen Vorträgen einen Eindruck der Arbeitsschwerpunkte und Sicherheitslage in Österreich.

Durch zwei sehr schöne Heurigenabende, zu denen das BVT und das Abwehramt eingeladen hatten, wurden in erfreulicher Weise persönliche Bekanntschaften geschlossen, über die sich der fachliche Austausch auch zu abendlicher Stunde fortsetzte. Das BVT und das Abwehramt erklärten ihre Bereitschaft, auch künftig Studienfahrten nach Wien zu ermöglichen.

Für die Studierenden war die Projektwoche in Wien überaus lehrreich und eine willkommene Abwechslung, sich fachliche Inhalte auch außerhalb des Campus zu erschließen.

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung

Für die seit 2008 bestehende und von Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber herausgegebene Schriftenreihe der FH Bund „Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung“ wurden 2011 zwei Bände fertiggestellt, welche aber erst 2012 erscheinen können. Hierzu gehört der Sammelband „Die Bedrohung durch Extremismus und Terrorismus. Beiträge aus Justiz, Politik und Wissenschaft“, der in Kooperation mit dem Hessischen Justizministerium und der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau von Dr. Helmut Fünfsinn und Prof. Dr. Pfahl-Traughber herausgegeben wird. Darüber hinaus erscheint als Doppelausgabe das ebenfalls von Prof. Dr. Pfahl-Traughber herausgegebene „Jahrbuch

für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012“ mit zahlreichen Aufsätzen zu unterschiedlichen Aspekten von Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Terrorismus.

Expertenkreis zum Antisemitismus

Prof. Dr. Pfahl-Traughber wurde im August 2009 von dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in einen unabhängigen Expertenkreis zum Thema Antisemitismus berufen, der auf eine Initiative des Deutschen Bundestages zurückgeht. Der Expertenkreis setzt sich aus Vertretern der Wissenschaft und Praxis zusammen. Im November 2011 veröffentlichte er erstmals einen Bericht mit dem Titel „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze“. Das 208 seitige Werk enthält nach einer Einführung mit einer eigenen Antisemitismus-Definition die Erkenntnisse zur Verbreitung der Judenfeindschaft sowohl im Extremismus wie in der Gesellschaft. Darüber hinaus erfolgt eine Evaluation der Präventionsmaßnahmen und eine Präsentation einschlägiger Empfehlungen des Expertenkreises. Prof. Dr. Pfahl-Traughber erstellte die Berichtsteile I.2 Antisemitismus – Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen, II.1 Antisemitismus im Rechtsextremismus, II.2 Antisemitismus und Linksextremismus, II.3 Exkurs: Zur Prüfung von Antisemitismusvorwürfen gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac“ und II.4 Antisemitisch motivierte Straftaten.

Abteilung BND

Studienfach Internationale Politik

Prof. Dr. Schmid setzte 2011 seine Vortragstätigkeit zur Außen- und Sicherheitspolitik fort. Vor Sicherheitsbehörden, der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, politischen Stiftungen und Einrichtungen der Wirtschaft zeigte er die strategischen Entwicklungsperspektiven in der globalisierten Welt der nächsten Jahre auf.

Studienfach Islamismus

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Region Nahost/Nordafrika bereitete Prof. Dr. Haas einen Reader zum „Arabischen Frühling“ auf, der als aktuelle Grundlage für das Erarbeiten methodischer Ansätze im Unterricht diene. Die Medienanalyse nah- und mittelöstlicher Staaten wird in einem weiteren Projekt mit dem Ziel der Schärfung des Verständnisses für die regionale Medienlandschaft vorbereitet.

Sitz der Abteilung
Bundesnachrichtendienst



Fachbereich Sozialversicherung

Leitung:	AD'n Gudrun Dannhauer
Abteilungen:	Deutsche Rentenversicherung Bund Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
Sitz/Standorte:	Berlin, Bochum
Studiengang:	Sozialversicherung
Studienabschluss:	Bachelor of Arts, Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl:	299
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	104
Hauptamtlich Lehrende:	30

Akkreditierung des Bachelor-Studienganges Sozialversicherung B. A. bis 2015

Der Studiengang Sozialversicherung B. A. wurde 2010 durch die Akkreditierungs-Agentur ACQUIN akkreditiert. Dabei wurde hervorgehoben, dass der Fachbereich Sozialversicherung mit dem neuen Studiengang Sozialversicherung B. A. einen attraktiven und modernen Studiengang anbietet. Die Akkreditierung erfolgte zunächst für ein Jahr mit den Auflagen „Erlass einer Prüfungsordnung, Harmonisierung des Modulhandbuches und Erarbeitung einer verbindlichen Evaluationsordnung“, die bis zum 1. April 2011 zu erfüllen waren. Die Prüfungsordnung wurde am 30. November 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen durch AQUIN hat der Fachbereich Sozialversicherung die Verlängerung der Akkreditierung bis 2015 erhalten.

Die ersten drei Studienabschnitte des neuen Bachelor-Studienganges erfolgreich durchgeführt

Am Fachbereich Sozialversicherung wurden die ersten drei Studienabschnitte des neuen Bachelor-Studienganges

erfolgreich absolviert. Hierzu gehört auch, dass der Fachbereich Sozialversicherung in eigener Verantwortung auf der Grundlage der neuen Studien- und Prüfungsordnung die für den theoretischen und berufspraktischen Studienabschnitt vorgesehenen Modulprüfungen durchführt. Der am Fachbereich eingerichtete Prüfungsausschuss hatte seine konstituierende Sitzung am 21. Dezember 2010. Zum Erlass von Prüfungsrichtlinien, Prüferbestellungen bei allen beteiligten Trägern, Klärung von Plagiatsfällen u. a., fanden seither 8 Sitzungen statt. Lehrende und fachpraktische Ausbilderinnen und Ausbilder wurden zur qualifizierten Durchführung der Modulprüfungen im Prüfungsrecht geschult. In einem Workshop zum Thema Qualitätsverbesserung ist der erste Studienabschnitt analysiert worden. Im Ergebnis wurden einzelne Veränderungen der Modulkonzeption und der Modulprüfungen umgesetzt.

Evaluation am Fachbereich Sozialversicherung

Die neue Evaluationsordnung ist seit Januar 2011 in Kraft. Die Evaluation soll am Fachbereich Sozialversicherung als zentrales Instrument zur systematischen, empirischen Analyse und Bewertung der Qualität von Lehre und Studium sowie der relevanten Rahmenbedingungen eingesetzt werden. Zukünftig werden Lehrveranstaltungen, Module sowie Studienabschnitte und die Verwaltung regelmäßig evaluiert.

Foto links:
Prof. Dr. Tobias Ringeisen



Besetzung einer Professur im Studiengebiet Sozialwissenschaften

22 Bewerberinnen und Bewerber hatten sich auf die Ausschreibung zur Besetzung einer auf sechs Jahre befristeten W2- Professur im Studiengebiet Sozialwissenschaften beworben. Die Berufungskommission hat aus diesem Kreis vier Bewerber für eine Lehrprobe ausgewählt. Die Besetzung der Professur konnte nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens zum Oktober 2011 mit Prof. Dr. Tobias Ringeisen erfolgen.

Offenes Forum

Beim 19. Offenen Forum des Fachbereichs Sozialversicherung, das am 9. März 2011 traditionell im Foyer des Audimax in der Nestorstraße stattfand, drehte sich alles um die Prob-



Offenes Forum



Direktor Dr. Axel Reimann
 während seines Vortrags

ematik von „Sozialdaten und Rentenversicherung“. Zu den Referenten gehörten Prof. Dr. Jürgen Beschorner, Dozent am FB Sozialversicherung, Direktor Herbert Schillinger, Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund und Martina Lehmann, Leiterin des Referats 3070 bei der DRV Bund. Das 20. Offene Forum am 2. November 2011 stand unter dem Generalthema „Bescheide der gesetzlichen Rentenversicherung“. Dazu sprachen mit Impulsreferaten Direktor Dr. Axel Reimann, Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund, Dr. Heiko Fiedler-Rauer und Prof. Dr. Gernot Dörr.

W-LAN

Für die Studierenden am Fachbereich Sozialversicherung wurde im Rahmen eines Pilotprojekts erstmalig ein W-LAN-Netz zur Verfügung gestellt, über das sie mit ihren privaten Notebooks das Internet z. B. im Rahmen von Übungen nutzen können.

Private Internetnutzung
für alle Studierenden

Fachbereich Wetterdienst

Leitung:	RD Harald Wollkopf
Sitz/Standorte:	Offenbach, Langen, Fürstenfeldbrück
Studiengang:	Wetterdienst
Studienabschluss:	Diplom-Meteorlogin/Diplom-Meteorologe
Studierendenzahl:	64
Studienanfänger/ Studienanfängerinnen 2011:	10
Hauptamtlich Lehrende:	5

Im April 2011 haben zwölf Studierende und im September 10 Studierende am Fachbereich Wetterdienst, ihr Studium mit der Laufbahnprüfung erfolgreich abgeschlossen. Alle Prüflinge sind für eine spätere Verwendung beim Geoinformationsdienst der Bundeswehr (GeoInfoDBw) vorgesehen gewesen.

Im September 2011 hat eine Gruppe von dreizehn Anwärtern der Laufbahn des gehobenen Dienstes das Grundstudium mit einer dreiwöchigen Phase des Studienabschnittes „Laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung“ am Fachbereich in Langen aufgenommen.



Fünf der Studierenden sind für den späteren Einsatz im Rahmen des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr vorgesehen und die übrigen acht für eine Laufbahn beim Deutschen Wetterdienst.

Im August 2011 starteten elf Studierende unter Anleitung von zwei Dozenten des Fachbereichs das Projekt „Wolkenbeobachtung“ am Standort Langen.

Am aktuellen Atmosphärenzustand wurden die Informationsdaten aus Satellitenbildern und Radiosondenaufstiegen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem vor Ort stattfindenden Wetter studiert und bewertet.

Außenbeziehungen

Am Bildungs- und Tagungszentrum des Deutschen Wetterdienstes (BTZ), in Langen, welches zugleich Fachbereichsstandort ist, fanden auch 2011 wieder zahlreiche internationale Tagungen unter Beteiligung von Dozenten des Fachbereichs statt.

Vom 7. bis 11. Februar 2011 wurde der Workshop COSMO/CLM (Consortium of Small Scale Modelling/Climate Mode) abgehalten. Dabei ging es um Klimasimulationen großer Zeiträu-



me (Jahrhunderte) mit einem so genannten „Climate-Mode“ des COSMO-EU-Modells.

Vom 28. Februar bis 4. März 2011 fand der zweiwöchige COSMO-User-Workshop (Nutzer der Ausschnittmodelle des DWD) statt, den etwa 60 Teilnehmende aus aller Welt besuchten.

Vom 7. bis 8. Juni 2011 fand ein Workshop der Nutzer von NinJo in Traben-Trarbach statt. Hier wurde durch einen Mitarbeiter des BTZ über Erfahrungen mit Schulungen mittels NinJo berichtet.

In der zweiten Julihälfte wurden während des Trainings-Workshop für HRM (High resolution model) Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern geschult, die für ihren Bereich Ausschnittmodelle nutzen.

11. September 2011: Im Rahmen der EMS/ECAM fand unter anderem ein eintägiger Trainingsworkshop in Berlin statt, bei dem ein Mitarbeiter des BTZ etwa 20 Prognostiker aus mehreren Staaten in Radarmeteorologie schulte.

Am 17. und 18. Oktober 2011 fand der erste EURO4M (European Reanalysis and Observations for Monitoring) User Workshop statt. Dies ist ein neues Projekt, bei dem es um Datengewinnung für die Klimaüberwachung geht.

14. bis 18. Februar 2011: Präsenzphase des EUMETCAL-Seminars zur Radarmeteorologie (Federführung beim BTZ). Diese bildete den Abschluss des gemischten Seminars, das im November 2010 begonnen hatte.

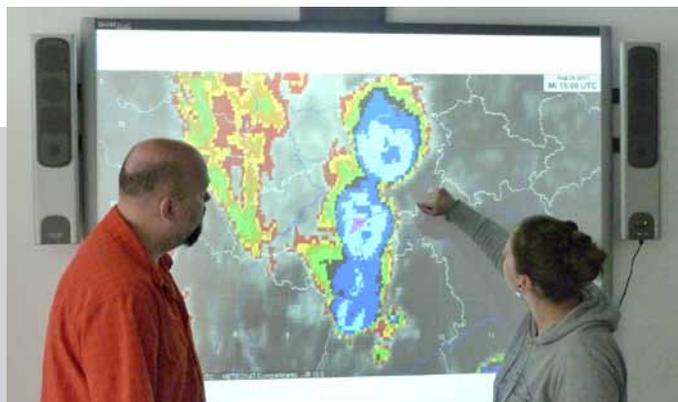
1. Oktober bis 9. Dezember 2011: Internationales Satelliten-seminar (Block 3: „Synoptic and Mesoscale Analysis of Satellite Images“, Kursmanagement lag beim BTZ). Der erste Teil dieses Seminars bestand aus Selbststudium und Fernstudium. Die Präsenzphase fand vom 5. bis 9. Dezember 2011 am BTZ statt. Insgesamt nahmen 24 Prognostiker teil.

Der hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben, Dipl. Met. Udo Stengler, erhielt für das Wintersemester 2011/2012 wieder einen Lehrauftrag für das Fach „Synoptische Meteorologie“ an der Goethe-Universität Frankfurt. Dozenten des Fachbereichs unterrichteten an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Rahmen von fünf Fortbildungsveranstaltungen das Fach Meteorologie.

Unter Mitwirkung von Dozenten des Fachbereichs fanden auch im Berichtsjahr Fortbildungsveranstaltungen für Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen mit einem Bachelor of Science-Abschluss statt. Im Rahmen des Pilotprojektes soll die Möglichkeit der Gewinnung von Wetterberaterinnen und Wetterberatern außerhalb der FH Bund eingeschätzt werden.

Praxiskontakte/Praxisaufenthalte/Weiterbildung von Dozenten

Im aktuellen Berichtsjahr haben Dozenten des Fachbereiches wieder an Tagungen und Seminaren hauptsächlich zu meteorologischen Themen teilgenommen. Aufgrund des Unterrichtsaufkommens waren 2011 keine längeren Praxisaufenthalte für Dozenten des Fachbereiches möglich.





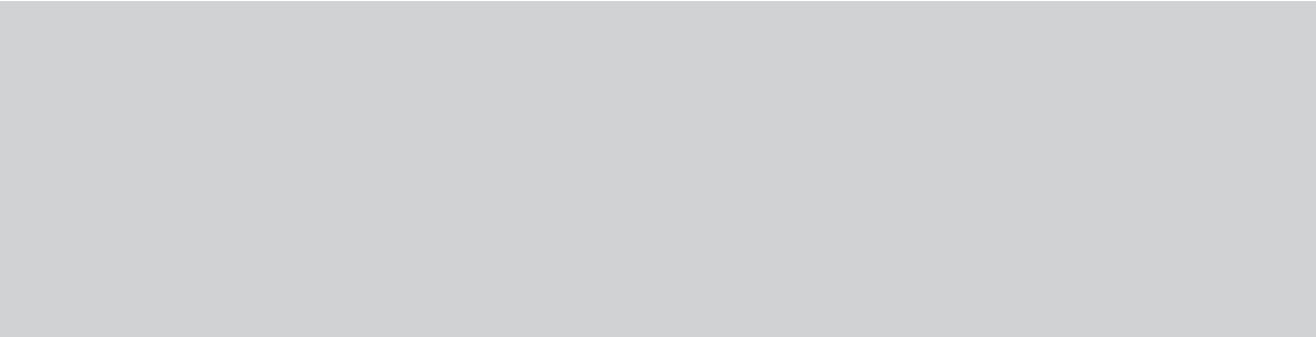
Anlagen

**Daten und Zahlen der
Fachhochschule des Bundes**

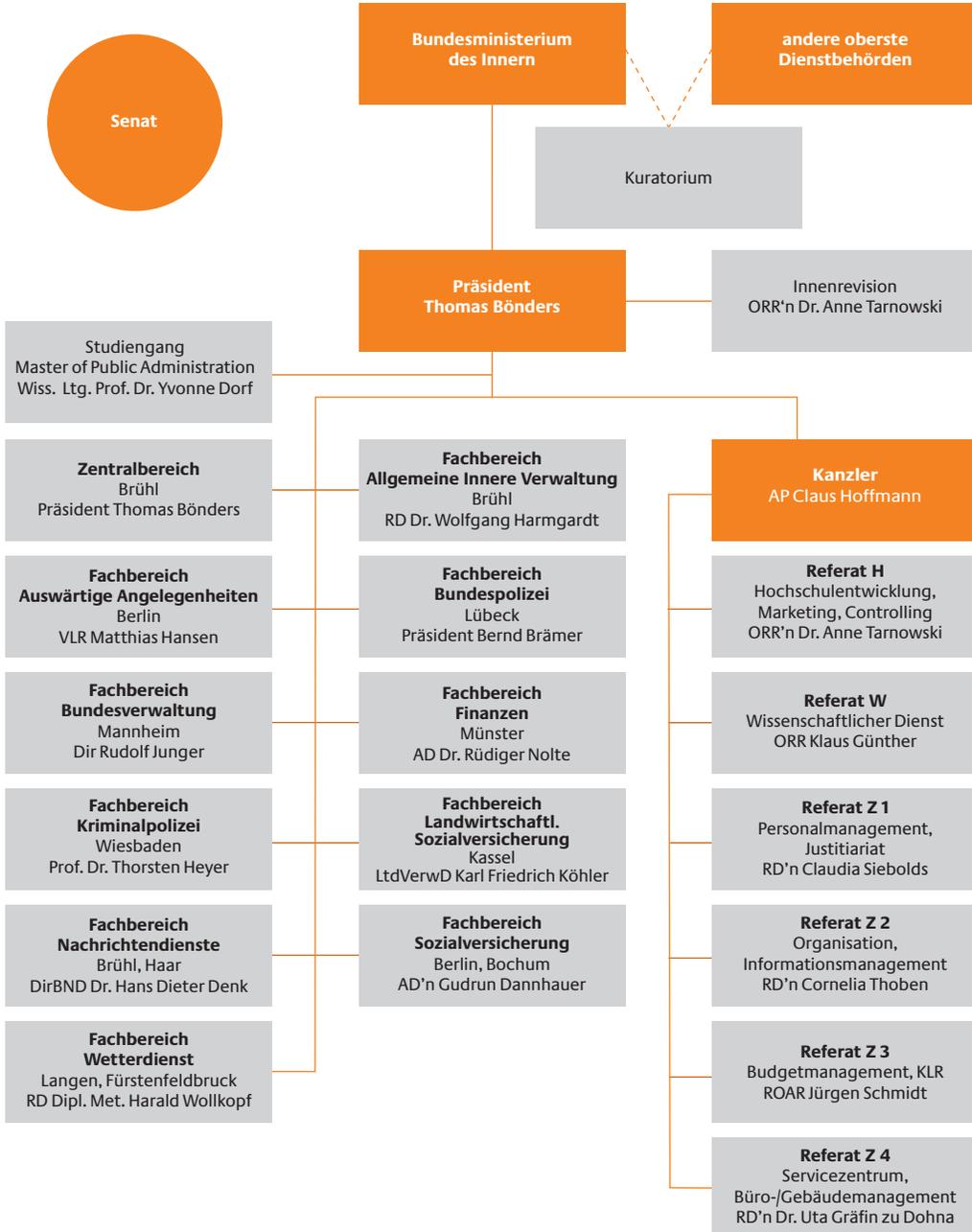
Studierendenstatistik

Eckdaten

Entwicklungen

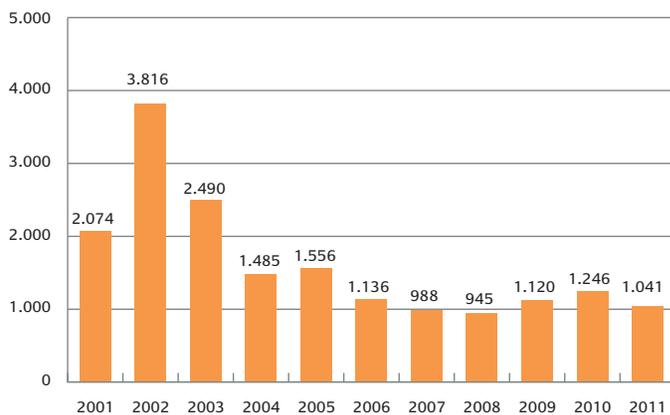


Organisationsplan

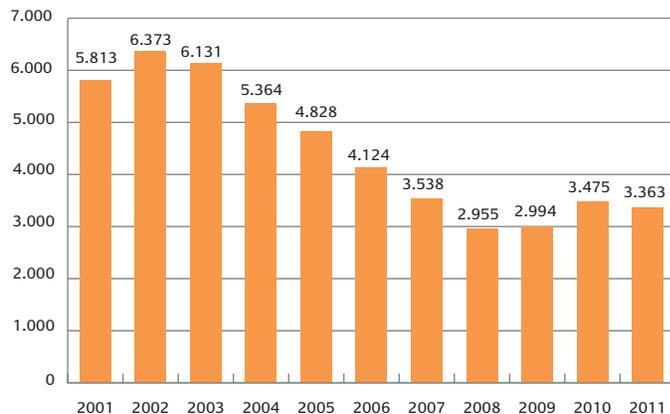


Studierendenstatistik

Entwicklung der Studienanfänger/innen an der FH Bund zwischen 2001 und 2011

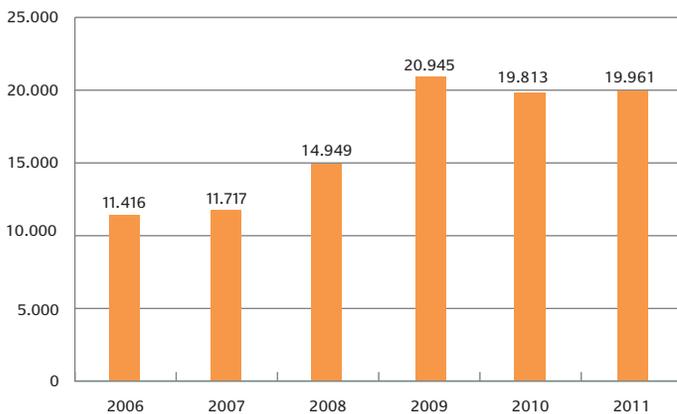


Entwicklung der Studierenden an der FH Bund zwischen 2001 und 2011

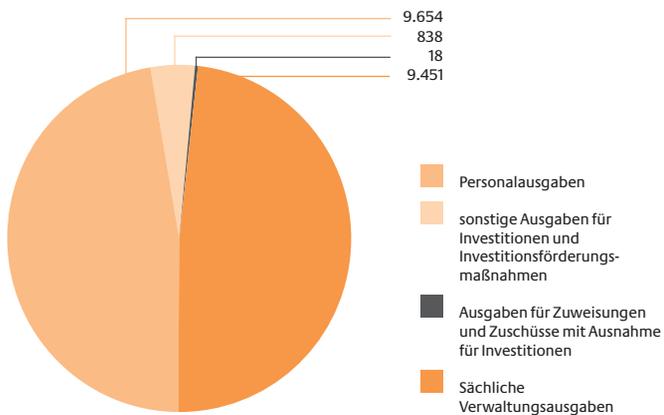


Eckdaten aus dem Haushalt

Entwicklung des Gesamthaushaltes der FH Bund 2006-2011 in TEUR



Haushaltsjahr 2011



Veröffentlichungen 2011

Die Angaben in diesem Verzeichnis wurden von der Autorin oder dem Autor selbstständig verfasst, für die Richtigkeit der Angaben sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

RD Dr. Raimund Brühl

Lehrbrief Staatsrecht II Teil 1 – Allgemeine Grundrechtslehren, Fortbildung Verwaltungsfachwirt/in
 GIBT Colleg e. V, 2011

Lehrbrief Staatsrecht II Teil 2 – Einzelne Grundrechte, Fortbildung Verwaltungsfachwirt/in
 GIBT Colleg e. V, 2011

Prof. Dr. Hans Markus Heimann

Islamischer Religionsunterricht und Integration
 Lit-Verlag, 2011,
 ISBN 978-3-643-11391-7

Grundrechte
 Studienbrief MPA-Studiengang, 2011

Allgemeines Verwaltungsrecht
 Studienbrief MPA-Studiengang, 2011

Verwaltungsprozeßrecht
 Studienbrief MPA-Studiengang, 2011

RD Dr. Rita Orlean

Kosten- und Leistungsrechnung als Instrument moderner Verwaltungssteuerung
 Studienbrief MPA-Studiengang, 2011

Neue Verwaltungssteuerung,
 New Public Management in der Bundesverwaltung
 Studienbrief MPA-Studiengang, 2011

**Verwaltungsmarketing, Kundenorientierung
in der öffentlichen Verwaltung**
Studienbrief MPA-Studiengang, 2011

RD Dr. Günter Schmidt

Datenschutz in der Bundesverwaltung
Studienbrief MPA-Studiengang, 2011 – Modul 2

EU-Grundrechte

Book on demands, 2011, Schriftenreihe Europäisches
Verwaltungsmanagement der HWR
ISBN 978-3-040056-28-3,
2. Auflage, zusammen mit Dr. Heid

Rechtliche Integration in der Europäischen Union
2011

Fachbereich Bundespolizei

Prof'n Dr. Anke Borsdorff

Gesetzensammlung für die Bundespolizei
Lübecker Medien Verlag, 4. Auflage, 2011, 1.848 Seiten,
ISBN 978-3-941138-15-5

Modulwissen Einsatzrecht 1

Lübecker Medien Verlag, 1. Auflage, 2011, 281 Seiten,
ISBN 978-3-941138-13-1

Modulwissen Einsatzrecht 2

Lübecker Medien Verlag, 1. Auflage, 2011, 249 Seiten,
ISBN 978-3-941138-14-8

BPolG-BPolZV mit Anmerkungen

Lübecker Medien Verlag, 334 Seiten,
ISBN 978-3-941138-14-8

Betreten von Sonderzügen

BPOLP, 2011

POR Dr. jur. Gunther Dietrich Gade

Basiswissen Waffenrecht, 3. Auflage

Kohlhammer Stuttgart, 3. Auflage 2011, 247 Seiten,
ISBN 978-3-17-021276-3

Kommentar zum Waffengesetz (Mitautor: Edgar Stoppa)

C. H. Beck München, 2011, Reihe Gelbe Erläuterungsbücher,
555 Seiten,
ISBN 987-3-406-62087-4

Prof. Dr. Ulrich Kaiser

**Praktische Hinweise zum Verfahren
in Wild- und Jagdschadenssachen**

Forstkammer Baden-Württemberg, Stuttgart, 2011
Waldwirt 3/4 2011, S. 14-16

RD Martin Kastner

Gesetzessammlung für die Bundespolizei

Lübecker Medien Verlag, 4. Auflage, 2011,
ISBN 978-3-941138-15-5

Modulwissen Einsatzrecht 1

Lübecker Medien Verlag, 1. Auflage, 2011, 281 Seiten,
ISBN 978-3-941138-13-1

Modulwissen Einsatzrecht 2

Lübecker Medien Verlag, 1. Auflage, 2011, Seite 249,
ISBN 978-3-941138-14-8

POR M. A. Jürgen Kepura

**Irreguläre Migration. Immer mal wieder
oder immer ein Thema?**

Kriminalistik Verlag, 2011, Kriminalistik, Ausgabe 8-9/2011,
Co-Autor: Niechziol, Frank, S. 543-549,
ISSN 0023-4699

Gefährliches Pflaster – Kriminalität im Römischen Reich

Neusser Druckerei und Verlag GmbH, 2011, Der Kriminalist,
Ausgabe 11/2011, Co-Autor: Niechziol, Frank, S. 30-33,
ISSN 0722-3501

Christian Mainzinger

Internationale Friedenseinsätze – Organisationsentwicklung von Polizeibehörden in post-konflikt Gesellschaften im Kontext umfassender Sicherheitssektorreform

Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, erschienen in: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 1.2, Hrsg. Möllers, M./van Ooyen, R., S. 51-79, Frankfurt a. M. 2011
ISBN 978-3-86676-175-9

Prof. Dr. Andreas Peilert

BVerfGE 44, 125 – Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung als Verletzung des Demokratieprinzips und der Chancengleichheit im Wahlkampf

Mohr Siebeck, 2011, Menzel/Müller-Terpitz (Hrsg.),
Verfassungsrechtsprechung, 2. Aufl. 2011, S. 291-296,
ISBN 978-3-16-150520-1

BVerfGE 65, 1 – Volkszählung, Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Konkretisierung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

Mohr Siebeck, 2011, Menzel/Müller-Terpitz (Hrsg.),
Verfassungsrechtsprechung, 2. Aufl. 2011, S. 366-374,
ISBN 978-3-16-150520-1

BVerfGE 109, 279 – Großer Lauschangriff, Die Abwägungsfestigkeit des absolut geschützten Kernbereichs privater Lebensgestaltung gegenüber Strafverfolgungsinteressen (gemeinsam mit Corinna Bolinius)

Mohr Siebeck, 2011, Menzel/Müller-Terpitz (Hrsg.),
Verfassungsrechtsprechung, 2. Aufl. 2011, S. 733-739,
ISBN 978-3-16-150520-1

BVerfGE 120, 274 – Online-Durchsuchung, Das Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme als „Großer Bruder“ des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung

Mohr Siebeck, 2011, Menzel/Müller-Terpitz (Hrsg.),
Verfassungsrechtsprechung, 2. Aufl. 2011, S. 851-857,
ISBN 978-3-16-150520-1

Archiv für Kriminologie 2011

Schmidt Römhild, 2011, Mitherausgeber
ISBN 0003-9225

POR Thorsten Rapp

Grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, 2011,
Bundespolizei-Lehrbuch, 24 Seiten,
ISBN 978-3-415-02813-5

Prof. Dr. Tilmann Schott

Einschleusen von Ausländern

Verlag für Polizeiwissenschaft, 2. Auflage, 2011, 484 Seiten,
ISBN 978-3-86676-159-09

**Grenzpolizeiliches Wörterbuch Aufenthaltsrecht und
Ausweisrecht – 2. Auflage**

Lübecker Medien-Verlag, 2. Auflage, 2. Auflage, 2011,
307 Seiten,
ISBN 978-3-941138-08-7

PR Sven Srol

**Die Suche nach mehr Sicherheit: alte Strukturen und
Instrumente als Antwort auf neue Risiken?**

Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, Möllers/van Ooyen;
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, S. 253-262,
ISBN 978-3-86676-139-1

**Gesamtgesellschaftliche Sicherheitsgewährleistung als
Folge eines erweiterten Sicherheitsverständnisses.**

Elemente eines alternativen Sicherheitsarchitektur
Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, Möllers/van Ooyen;
Neue Sicherheit 2, S. 121-141
ISBN 978-3-86676-195-7

ORR Dr. Robert von Ooyen

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011,

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2Bde, 2011,
2011, S. 423-424,
ISBN 978-3-86676-139-1 und 978-3-86676-140-7

**Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und
Europa**

Nomos, Baden-Baden, 4. Auflage 2011,
ISBN 978-3-8329-6881-6

Parteiverbotsverfahren

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M.,
3. Auflage, 2011,
ISBN 978-3-86676-137-7

Bundesverfassungsgericht und Öffentliche Sicherheit

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
ISBN 978-3-86676-143-8

Politische Bedingungen internationaler Strafgerichtshöfe

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M.,
2. Auflage, 2011,
ISBN 978-3-886676-165-0

Migration, Integration und europäische Grenzpolitik

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
ISBN 978-3-86676-144-5

Neue Sicherheit

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2 Bde 2011,
ISBN 978-3-86676-194-0 und 978-3-86676-195-7

Polizeiwissenschaft

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 3 Bde, 2011,
ISBN 978-3-86676-3 und 978-3-86676-181-0 und
978-3-86676-176-6

Polizei und politisches System in der Bundesrepublik

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
ISBN 978-3-86676-222-0

Kritische Verfassungspolitologie. Das Staatsverständnis von Otto Kirchheimer,

Nomos, Baden-Baden, 2011,
ISBN 978-3-83295-404-8

Mit „Mangold“ zurück zu „Solange II“?

Das Bundesverfassungsgericht nach „Lissabon“
Duncker & Humblot, 2011, Der Staat, 4/2011, S. 45-59

Nicht Integration, sondern Partizipation: das Ausländerwahlrecht als Menschenrecht einer liberalen Theorie des Staatsvolks

Dietz, 2011, Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2011,
S. 134-142

Das Bundesverfassungsgericht und der Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Oldenbourg, 2011, Braml/Risse/Sandschneider (Hg.):
 Einsätze für den Frieden, Jahrbuch Internationale Politik,
 Bd. 28, S. 359-367,
 ISBN 978-3486597851

60 Jahre Bundesverfassungsgericht –

(k)ein Grund zum Jubeln?

Berliner Wissenschaftsverlag, 2011, Recht und Politik, 3/2011,
 S. 142-150

Relativismus, Positivismus und Demokratie: Kelsen, Thoma, Radbruch als politische Theoretiker der Wiener und Weimarer Republik

Nomos, 2011, Manfred Gangl (Hg.): Die Weimarer Staatsrechtdebatte, Baden-Baden 2011, S. 239-257,
 ISBN 978-3-8329-5359-1

Das Amt des Bundespräsidenten

Berliner Wissenschaftsverlag, 2011, Recht und Politik, 3/2010,
 S. 129-133

Der Bundespräsident im politischen System

Verlag für Sozialwissenschaften, 2011

Das Politische der Verfassungsgerichtsbarkeit im Vergleich

Zeitschrift für Politik, 3/2011, Nomos, S. 346-359

Prof. Dr. Martin Möllers

Parteiverbotsverfahren

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
 3. Auflage, Hrsg. zusammen mit Robert Chr. van Ooyen
 Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 2
 ISBN 978-3-86676-137-7

Lehren und Prüfen bei der Polizei. Ein Lehrbuch der Didaktik und ihrer Methoden

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
 2. aktualisierte und erweiterte Auflage,
 Blaue Reihe: Studienbücher für die Polizei,
 (Hrsg. von Martin H. W. Möllers)
 ISBN 978-3-86676-142-1 (ISSN 1862-2682 „Blaue Reihe“)

Bundesverfassungsgericht und Öffentliche Sicherheit.**Mit einem Gastbeitrag von Hans Peter Bull**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Autor
zusammen mit Robert Chr. van Ooyen Jahrbuch öffentliche
Sicherheit – Sonderband 3,
ISBN 978-3-86676-143-8

**Wissenstest Staats- und Gesellschaftswissenschaften für
die Polizei. 400 Fragen – 400 Antworten für Ausbildung,
Prüfung und Praxis im Polizeivollzugsdienst des Bundes
und der Länder**

Lübecker Medien Verlag, Lübeck, 2011, 3. überarbeitete und
erweiterte Auflage, Autor zusammen mit Hans-Thomas
Spohrer,
ISBN 978-3-9411380-5-6

**Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011 –
Erster Halbband**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van Ooyen,
ISBN 978-3-86676-139-1

**Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011 –
Zweiter Halbband**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van Ooyen
ISBN 978-3-86676-140-7

**Der Bielefeld-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts
im Lichte von „Wunsiedel“: Zum Sonderrecht bei
Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit
2010/2011 – Erster Halbband, S. 173-179
ISBN 978-3-86676-139-1

**Das wahrgenommene Lebensrisiko und sein Einfluss auf
die öffentliche Sicherheit in Europa**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011. Möllers/
van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit
2010/2011 – Zweiter Halbband, S. 159-176
ISBN 978-3-86676-140-7

„Täterschutz“ vor „Opferschutz“ bei der nachträglichen Verlängerung der Sicherungsverwahrung? Der Streit von EGMR gegen BVerfG und BGH und das Dilemma um eine neue Gesetzgebung für als „gefährlich“ geltende Straftäter

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011 – Zweiter Halbband, S. 247-268, ISBN 978-3-86676-140-7

Polizei und Grundrechte – Ein Lehrbuch zu den Menschenrechten in der polizeilichen Praxis

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, „Blaue Reihe“: Studienbücher für die Polizei, herausgegeben von Martin H. W. Möllers
 ISBN 978-3-86676-145-2 (ISSN 1862-2682 „Blaue Reihe“)

Migration, Integration und europäische Grenzpolitik

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van Ooyen
 Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 5, ISBN 978-3-86676-144-5

Einführung: Bemerkungen zur amtlichen Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hg.): Migration, Integration und europäische Grenzpolitik, Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 5, S. 13-22. ISBN 978-3-86676-144-5

Migration und Internationaler Terrorismus – Überlegungen zur Wahrnehmung von Migration als Kriminalproblem

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hg.): Migration, Integration und europäische Grenzpolitik, Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 5, S. 77-91. ISBN 978-3-86676-144-5

**Europäisierung und Internationalisierung der Polizei 2:
Internationalisierung**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
3. Auflage, Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van
Ooyen, Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 1.2,
ISBN 978-3-86676-175-9

**Europäisierung und Internationalisierung der Polizei 3:
Deutsche Positionen**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
3. Auflage, Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van
Ooyen, Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 1.3,
ISBN 978-3-86676-183-4

**Anforderungen an ein Seerechtsgesetz für die
Bekämpfung des internationalen Terrorismus und
von Piraterie auf den Weltmeeren im Rahmen von
Seevölker – und Verfassungsrecht**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
3. Auflage, Möllers/van Ooyen (Hrsg.), Europäisierung und
Internationalisierung der Polizei 3: Deutsche Positionen,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 1.3
ISBN 978-86676-183-4

Polizeiwissenschaft 2: Rezensierte Polizeiwissenschaft

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
zusammen mit Robert Chr. van Ooyen,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 7.2,
ISBN 978-3-86676-181-0

Polizeiwissenschaft 3: Polizeihochschul-(Aus-)Bildung

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M.; 2011; Hrsg.
zusammen mit Robert Chr. van Ooyen, Jahrbuch öffentliche
Sicherheit – Sonderband 7.3
ISBN 978-3-86676-176-6

**PISA und Polizei – Zur Lesekompetenz im Fachhochschul-
studium als Schlüsselqualifikation für den Polizeiberuf**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Möllers/van
Ooyen (Hrsg.), Polizeiwissenschaft 3: Polizeihochschul-(Aus-)
Bildung, Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 7.3,
ISBN 978-3-86676-176-6

Braucht die polizeiliche Praxis eine Bachelor- oder Diplomarbeit?

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Möllers/
van Ooyen (Hrsg.), Polizeiwissenschaft 3: Polizeihochschul-
(Aus-)Bildung, Jahrbuch öffentliche Sicherheit –
Sonderband 7.3,
ISBN 978-3-86676-176-6

Neue Sicherheit 1: Theorie der Sicherheit

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van Ooyen,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 6.1
ISBN 978-3-86676-194-0

**Menschenwürde und Sicherheit in der staatsrechtlichen
Theorie von Lehre und Rechtsprechung**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Möllers/
van Ooyen (Hrsg.), Neue Sicherheit 1: Theorie der Sicherheit,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 6.1,
ISBN 978-3-86676-194-0

Neue Sicherheit 2: Sicherheitsarchitektur

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011, Hrsg.
zusammen mit Robert Chr. van Ooyen,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 6.2,
ISBN 978-3-86676-195-7

**Bundespolizeien, Bundesregierung und neue Sicher-
heitsarchitektur seit den 1990er Jahren**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
zusammen mit Robert Chr. van Ooyen
Möllers/van Ooyen (Hrsg.), Neue Sicherheit 2:
Sicherheitsarchitektur,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 6.2,
ISBN 978-3-86676-195-7

**Die gesteuerte Wahrnehmung von Risiken in der
Bevölkerung als Motor der Sicherheitsarchitektur**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
zusammen mit Robert Chr. van Ooyen
Möllers/van Ooyen (Hrsg.), Neue Sicherheit 2:
Sicherheitsarchitektur,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 6.2,
ISBN 978-3-86676-195-7

Polizeiwissenschaft 1: Positionen

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2011,
Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van Ooyen,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 6.2,
ISBN 978-3-86676-193-3

Freiheit und (Un-) Sicherheit – 60 Jahre Bundespolizei
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2012, Arbeiten zu Studium und Praxis in der
Bundespolizei, Schriftenreihe Band 13
ISBN 1432-6352

**Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft – Debatten im
Kontext historischer Ereignisse seit 9/11**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2012,
Jahrbuch öffentliche Sicherheit – Sonderband 9
ISBN 978-3-86676-178-0

**Verwaltungs- Knigge – Korrektes Verhalten öffentlich
Beschäftigter bei Dienstgeschäften im In- und Ausland**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2012,
ISBN 978-3-942731-07-2

**Ist das Ausbildungsthema „Bürgernahe, kundenorien-
tierte Verwaltung“ erfolgreich? – Entwurf eines Frage-
bogens zur Lernzielerfolgskontrolle**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2012,
ISBN 978-3-942731-10-2

Der Bundespräsident im politischen System

Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2012,
ISBN 978-3-531-17730-4

**Wissenschaftliche Abschlussarbeit an Hochschule der
Polizei – Für Bachelor, Master oder Diplom**

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2012,
2. Auflage,
ISBN 1862-2682

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2013,
Herausgeber zusammen mit Robert Chr. van Ooyen,
ISBN 978-3-86676-139-1

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Prof. Dr. mult. Kurt Guss

Auf dem Narrenschiff – Humorvolle Psychologie 10: Differentielle Psychologie

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 30-36, ISBN 0042-0611

Der König von Finnland – Humorvolle Psychologie XI: Klinische Psychologie

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 111-117, ISBN 0042-0611

Genies – Normalos – Verrückte

Auffällige Menschen und Mitarbeiter I: Störungen der Elementarfunktionen

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 473-479, ISBN 0042-0611

Prof. Dr. Karl Heinz Hausner

Geld- und Finanzpolitik während und nach der Wirtschaftskrise

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 90-93, ISBN 0042-0611

Die Zukunft des Euro – Europäische Integration in der Sackgasse?

Frankfurt School Verlag, Frankfurt, 2011, Studienwerk der Bankakademie, Band Volkswirtschaft, Teil 3, Aktuelle Information, November 2011, 8 Seiten

Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum – Eine Bilanz der PISA-Studien und Konsequenzen für die deutsche Bildungspolitik, Teil 2 (mit Dr. Robert Stölner, Bielefeld)

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 9-15, ISBN 0042-0611

Pf. Dr. Horst Heubel**Die Verwaltungsvorschrift – Was ist das?**

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 41-47, ISBN 0042-0611

ROAR Dennis Holstein**Beamtenversorgungsrecht – Schritt für Schritt zum Ruhegehalt –**

Eigenverlag Holstein Mannheim, 2011, Skript, 14. Auflage 2011, 128 Seiten

ROAR a. D Horst Hopf**Die Terminologearbeit in der Bundeswehr – wussten Sie das? Teil 1**

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 295-303, ISBN 0042-0611

Die Terminologearbeit in der Bundeswehr – wussten Sie das? Teil 2

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 321-332, ISBN 0042-0611

RD'n Dr. Beatrix Jansen**Der Erholungsurlaubsanspruch der Tarifbeschäftigten des Bundes Teil 1**

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 130-140, ISBN 0042-0611

Der Erholungsurlaubsanspruch der Tarifbeschäftigten des Bundes Teil 2

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 178-186, ISBN 0042-0611

Literaturhinweis**Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst 2011**

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 480, ISBN 0042-0611

Prof. Dr. Ulrich Kaiser

**Praktische Hinweise zum Verfahren in Wild- und Jagd-
schadenssachen**

Forstkammer Baden-Württemberg, Stuttgart, 2011,
Waldwirt 3/4 2011, S. 47,

Prof'in Dr. Svenja Karb

**Dienstvereinbarung kann gerichtliche Kontrolle
fehlender Eignung schwerbehinderter Bewerber nicht
verhindern (Urteilsbesprechung von LAG Hessen vom
23.04.2010; 19/3 Sa 47/09)**

C. H. Beck, 2011, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und
Tarifrecht (öAT), S. 47,
ISBN 150201102

**Schutz besonderer Personengruppen im Arbeitsrecht –
insbesondere Kündigungsschutz, Teil 1**

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichts-
blätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 47-54,
ISBN 0042-0611

**Schutz besonderer Personengruppen im Arbeitsrecht –
insbesondere Kündigungsschutz, Teil 2**

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichts-
blätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 93-99
ISBN 0042-0611

**Zeitausgleich angesparter Überstunden durch ent-
sprechende Umrechnung in Zeitstunden (Urteils-
besprechung von LAG Niedersachsen vom 01.12.2010;
17 Sa 285/10)**

C. H. Beck, 2011, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und
Tarifrecht (öAT), S. 116,
ISBN 150201105

**Besonderer arbeitsrechtlicher Schutz der Schwer-
behinderten und der ihnen gleichgestellten Personen**

C. H. Beck, 2011, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und
Tarifrecht (öAT), S. 153-155,
ISBN 150201107

Kein Wiederaufleben des Anspruchs auf die kinderbezogene Besitzstandszulage bei Aufnahme eines Studiums nach vorheriger Berufstätigkeit (Urteilsbesprechung von BAG vom 14.04.2011; 6 AZR 734/09)
C. H. Beck, 2011, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht (öAT), S. 184,
ISBN 150201108

Mitbestimmung des Betriebsrats bei innerbetrieblicher Versetzung von Beamten und Arbeitnehmern in Kooperationsunternehmen der Bundeswehr (Urteilsbesprechung von BAG vom 04.05.2011; 7 ABR 3/10)
C. H. Beck, 2011, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht (öAT), S. 280,
ISBN 15020112

OAR a. D. Peter Linde

Tarif-Quiz Teil 1

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 76-80,
ISBN 0042-0611

Tarif-Quiz Teil 2

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 109-111,
ISBN 0042-0611

Tarif-Quiz Teil 3

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 153-158,
ISBN 0042-0611

Tarif-Quiz Lösungen

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 199,
ISBN 0042-0611

Personalvertretungs-Quiz – Teil 1

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 357-359
ISBN 0042-0611

Personalvertretungs-Quiz – Teil 2

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 395-398, ISBN 0042-0611

Personalvertretungs-Quiz – Teil 3

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 435-439, ISBN 0042-0611

Personalvertretungs-Quiz – Lösungen

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 48, ISBN 0042-0611

Prof. Dr. Rolf Manz

Interkulturelle Kompetenz – Schlüsselqualifikation für Auslandseinsätze der Bundeswehr

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 281-290, ISBN 0042-0611

Traumafolgen nach Arbeitsunfällen und Gewalt am Arbeitsplatz

Klett-Kotta, Stuttgart, 2011, Seidler, G.; Freyberger, H. und Maercker, A. (Hrsg.). Handbuch der Psychotraumatologie, 19 Seiten, ISBN 978-3-608-94665-9

Abba Arbeitsbelastungen und Bedrohungen in Arbeitsgemeinschaften nach Hartz IV

– Abschlussbericht –
 DGUV, Berlin, 2011

ROAR Josef Reimann

Reisekosten im öffentlichen Dienst

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Fachkommentierung, 165 Seiten
 ISBN 978-3-7685-2577-0

Reisekosten-, Umzugskosten-, Trennungsgeldrecht – Bund

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Buchausgabe
 ISBN 978-3-7685-0556-7

Rl'n Jessica Vogel

Sterbehilfe – ein umstrittenes Thema Teil 1 Diplomarbeit
R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 348-356, ISBN 0042-0611

Sterbehilfe – ein umstrittenes Thema Teil 2 Diplomarbeit
R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 427-434, ISBN 0042-0611

Prof'n Dr. Michaela Wittinger

Verfassung Völkerrecht Kulturgüterschutz, Festschrift für Wilfried Fiedler anlässlich des 70. Geburtstages (Hrsg., zus. mit R. Wendt und G. Ress)
Duncker & Humblodt, Berlin, 2011, 1020 Seiten, ISBN 978-3-428-13494-6

Verfassung, Internationale Verträge und das Recht der Europäischen Union im Wandel, Verfassungsrechtliche, völkerrechtliche und europarechtliche Betrachtungen zum Wandel mittels Auslegung
Duncker & Humblodt, Berlin, 2011, Wittinger/Wendt/Ress (Hrsg.), Festschrift für Wilfried Fiedler, S. 439-758, ISBN 978-3-428-13494-6

Nationaler und europäischer Grundrechtsschutz im Spannungsfeld, Einklang und Dissonanzen zwischen EuGH, BVerfG und EGMR anhand dreier Beispiele: der „Schutz von Geschäftsräumen“, das Verhältnis „Medienfreiheit und Persönlichkeitsschutz“ und das „Kruzifix“ und „Kopftuch“ in Schulklassen
Richard Boorberg, Stuttgart, 2011, Verwaltungsblätter Baden-Württemberg 2011, S. 218-223, ISBN 0720-2407

Rezension zu Mergner, Das Bodenreformigentum und die Eigentumsgewährleistungen, Eine vergleichende Betrachtung von Art. 14 GG und Art. 1 ZP 1 der EMRK
Archiv des öffentlichen Rechts 2011, S. 354-355, ISBN 0003-892

Das Grundgesetz im Wandel: zum Wandel der Verfassung mittels Auslegung

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2011, Unterrichts-
blätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 441-446,
ISBN 0042-0611

Fachbereich Finanzen

Prof. Ernst-Udo Bachmann

Die präferenziellen Ursprungsregeln für den Textilsektor
Bundesanzeiger Verlag Köln, 2011, AWPrax 5/2011 (Teil 1) und
6/2011 (Teil 2), S. 177-183 (Teil 1) und S. 218-223 (Teil 2),
ISBN 0947-3017

RD Matthias Bongartz

Verbrauchssteuerrecht
C. H. Beck, 2011,
ISBN 978-3-406-55611-1

ZAR Markus Böhne

Zugelassener Ausfühler und Einzige Bewilligung
Bundesanzeiger Verlag, 2011,
ISSN 0947-3017

RR Torsten Brandenburg

Strategien zur Untersuchung des Wissenschafts-Praxis-
Transfers. (zusammen mit Uwe Peter Kanning und
Meinald T. Thielsch)
Hogrefe, 2011, Zeitschrift für Arbeits- und Organisations-
psychologie, 55 (3), S. 153-157

Weiterbildungsverhalten von Psychologen in der Praxis
(zusammen mit Meinald T. Thielsch, Uwe Peter Kanning
und Lisa Träumer)

Shaker, 2011, M. Krämer, S. Preiser & K. Brusdeylins (Hrsg.).
Psychologiedidaktik und Evaluation VIII., S. 67-75,
ISBN 978-3844000061

RR'n Annegret Focke

Beschlagnahme beim vorschriftswidrigen Verbringen
Bundesanzeiger, 2011, Außenwirtschaftliche Praxis
(AW-Prax), Ausgabe 1/2011, Seite 22-26

Dr. Dr. Lothar Gellert

Südamerikanischer Zollrechtstag Teil 2
AW-Prax 2011, 14ff, Fortsetzung von Teil 1 aus 2010

**Withdrawal, revocation and suspension of
AEO certificate**
World Customs Journal, Vol 5 No 1

Zusammenarbeit der Zollbehörden
Kapitel 42 in "Handbuch des Europäischen Strafrechts",
Auflage 2011
ISBN 978-3-8329-5603-5

**Die AEO-Bewilligung – Widerruf, Rücknahme und
Aussetzung**
Sonderausgabe 2011 Kitzler-Verlag, Wien

Billigkeit im Sinne von Art. 239 ZK
AW-Prax 2011, 316

**Zollschuld bei Beschlagnahme und Einziehung einer
Ware**
AW-Prax 2011, 239

**Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission im
Bereich Erlass/Erstattung im Jahr 2010**
ZfZ 2011, 141 ff.

Eigenmittel und Einspruchsverfahren
AW-Prax 2011, 380

Gesamtschuld bei Erlass/Erstattung
AW-Prax 2011, 353

**Europäischer Zollrechtstag diskutiert Gegenseitige
Anerkennung der Sicherheitsinitiativen (AEO, C-TPAT**
Newsletter 8/11 Kitzler-Verlag, Wien

Zum Stand der Arbeiten an der MZKDVO
AW-Prax 2011, 122

**Zum Recht auf rechtliches Gehör im Rahmen der guten
Verwaltungspraxis**
AW-Prax 2011, 215

ORR Dirk Jansen

Kommentierung im Energiesteuergesetz (§§ 56 und 58)
Franz Vahlen GmbH, München, 2011, 5. EL zum Kommentar
zum Energiesteuerrecht; Matthias Bongartz (Herausgeber),
S. 24,
ISBN 978-3-8006-3856-7

ZOAR Hans-Joachim Kampf

zugelassener Versender und zugelassener Empfänger
BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, 2011,
bdz-magazin, S. 25-28,
ISSN 1437-9864

Die summarische Ausgangsanmeldung
BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, 2011,
bdz-magazin, S. 82-85,
ISSN 1437-9864

Prof. Dr. Kai-Uwe Kock

**Incoterms 2010 – die ab 2010 geltenden International
Commercial Terms**
BDZ – Fachteil 9/2011

ORR'n Andrea Middendorp

Einfuhr verbrauchsteuerpflichtiger Waren
Stollfuß Medien GmbH & Co. KG, 2011, ZfZ 2011, 1-10,
ISSN 0342-3484

**Verbringen von Tabakwaren des steuerrechtlich freien
Verkehrs anderer Mitgliedstaaten**
Stollfuß Medien GmbH & Co. KG, 2011, ZfZ 2011, 197-206,
ISSN 0342-3484

AD Dr. Rüdiger Nolte und LRD'n Dr. Wöhner

Systemisches Verwaltungsmanagement
Peter Lang GmbH, 2011,
ISBN 978-3-632-61952-0

ORR Dr. Malte L. Peters

Emergente Strategien in nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen
Springer, 2011, UmweltWirtschaftsForum, 19. Jg. (2011),
Heft 1/2, S. 83-86,
ISSN 0943-3481

RR'n Regina Preiß

Körperliche Durchsuchungen und Untersuchungen durch die Zollverwaltung
Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW-Prax, S. 5

Prof. Dr. Sandra Rinnert

Beschlagnahme während der Durchfuhr
Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW Prax 4/2011
Beschlagnahme von Generika im Transit
GRUR Int. 2011

ZAR Udo Röser

Warenursprung und Präferenzen im Export
Tangens Verlag, Torgau, Dezember 2010,
ISBN 978-3-941619-05-0

Prof. Dr. Sabine Schröer-Schallenberg

Verbrauchssteuerrecht
C. H. Beck München, 2011, Lehrbuch
(Bongartz/Schröer-Schallenberg),
ISBN 9783406556

Energiesteuer, Stromsteuer (Kommentar)
§§ 24, 25, 28-30; §§ 32-37 EnergieStG
Franz Vahlen München, 2011, Hrsg. Bongartz
ISBN 3800638567

Behandlung von Abfällen im Energiesteuerrecht
Stollfuss, 2011, Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern,
S. 17,
ISBN 3423484

ORR Dr. Frauke Schulmeister

Erlass und Erstattung von Einfuhrabgaben Teil 1

Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW PraX

Erlass und Erstattung von Einfuhrabgaben Teil 2

Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW Prax

Passive Veredelung und Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr zur besonderen Verwendung

NWB Verlag, 2011, Fallsammlung zum Europäischen Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte

Mitarbeiterprüfung beim AEO

Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW-Prax –
 Außenwirtschaftliche Praxis, S. 276-278
 ISSN 0947-3017

AEO bei multinationalen Unternehmen und Großunternehmen

Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW-Prax –
 Außenwirtschaftliche Praxis, S. 195-199,
 ISSN 0947-3017

Internet-Vermittler als Zollschuldner beim Einfuhrschmuggel

Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW-Prax –
 Außenwirtschaftliche Praxis, S. 94-95,
 ISSN 0947-3017

Und sie kommen doch – schonend – Gedanken zum Start der elektronischen summarischen Vorabanmeldungen

Bundesanzeiger Verlag, 2011, AW-Prax Außenwirtschaftliche Praxis, S. 1,
 ISSN 0947-3017

Fachbereich Kriminalpolizei

Prof. Dr. Marc Colussi

Leitlinien eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters im Steuerrecht

Die steuerliche Betriebsprüfung – StBp – Ausgabe 2/2011,
 S. 40-45, zusammen mit Dipl.-Kfm. Stefan Greil

**Einführung in das Recht – Grundlagen des Zivilrechts
und der Fallbearbeitung**

Schriftenreihe der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Band 55, 2011,
ISBN 978-3-938407-44-8

RR'n Diana Hube

Die Strafbarkeit des „Cyber-Groomings“ – eine Betrachtung im Lichte gesellschaftspolitischer Forderungen
Hüthig-Verlag, 2011, Kriminalistik 2/2011, S. 71-74,

KR Stefan Klein**60 Jahre BKA – Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit**

Dokumentation im Rahmen der Herbsttagung des BKA in der Zeit vom 6. bis 7.12.2011, 5 Seiten

Prof. Dr. Martin Kurze

Kriminalität im öffentlichen Raum – Möglichkeiten und Grenzen der Abbildung des öffentlichen Raumes in der Polizeilichen Kriminalstatistik

Nomos 2012, Festschrift für Wolfgang Heinz zum 70. Geburtstag, S. 182-197

ORR'n Friederike Rauschenberger

Die Bedeutung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit – Überlegungen zu Fragen der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei anhand eines EU-Projekts zur unangemessenen Gewaltanwendung durch die Polizei

Hüthig-Verlag, Kriminalistik 4/2012

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung**Ltd. VD Karl Friedrich Köhler**

Kommentierung der §§ 188-190, 212, 214, 216-218c SGB VII
Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2011, Hauck/Noftz (Hrsg.) SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung
ISBN 978 3 503 04026 1

Handlungstendenz, Handlungsmotiv, gemischte Tätigkeit und gemischte Motivationslage

Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2011, Wege zur Sozialversicherung 2011, S. 203 ff.
 ISSN 0043-2059

Die Auswirkung des Alkohol-, Medikamenten- und Drogenkonsums auf den Versicherungsschutz der gesetzlichen Unfallversicherung

Carl Heymanns Verlag, Köln, 2011, Vierteljahresschrift für Sozialrecht 2011, S. 63 ff.
 ISSN 0941-881X

Die Fahrgemeinschaft im Lichte des Haftungs- und Unfallversicherungsrechts

C. H. Beck Verlag, München u. Frankfurt a. M., 2011, Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht, 2011, S. 105 ff.

Die Bekanntgabe von Verwaltungsakten

Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2011, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft 2011, H. 3

Die Feinsteuerung des sozialrechtlichen Verwaltungsverfahrens durch Nebenbestimmungen gem. § 32 SGB X

Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel, 2011, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft, 2011 H. 3

Sachlicher Zusammenhang/Gemischte Motivationslage, Urteilsbesprechung zu BSG, 9.11.2011, B 2 U 14/10 R

Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2011, Die Sozialgerichtsbarkeit 2011, S. 583 ff.
 ISSN 0943-1462

Fachbereich Nachrichtendienste

Prof. Dr. Christian Haas

Rechtsarabisch. Terminologie des Schuldrechts: Einführung und Terminologieglossar für Übersetzer von Rechtstexten

Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer, 2011, 300 Seiten,
 ISBN 978-3938430408

Armin Pfahl-Traugber

Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Berlin 2011 (Autor der Kapitel I.2, II.1, II.2, II.3, II.4)

Linker Antitotalitarismus (auch) gegen (linke) Diktaturen. Eine Kritik an Christoph Butterwegges Einwänden gegen die Totalitarismustheorien
in: Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hrsg.), Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte, Wiesbaden 2011, S. 203-222.

„Freie Regierung“ und „vollkommene Republik“. David Hume als politischer Denker einer besseren Gesellschafts- und Staatsordnung
in: Aufklärung und Kritik, 18. Jg., Nr. 1/2011 Schwerpunkt: David Hume zum 300. Geburtstag, S. 137-149.

Antisemitismus in der globalisierungskritischen Bewegung und dem Netzwerk „Attac“
in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24. Jg., Nr. 1 vom März 2011, S. 94-104

Feindbild Muslim. Antimuslimismus oder Islamophobie – eine Begriffsklärung
in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 56. Jg., Nr. 4 vom April 2011, S. 91-97

Potential Risks of Politically Motivated Violence – A Comparative Analysis. „Old“ an „New“ Terrorism
in: SIAK. Journal for Police Science and Practice. International Edition 2011, S. 79-87

Vom religiösen über den sozialen und politischen zum rassistischen Antisemitismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren für die nationalsozialistische jüdenfeindschaft
in: Manuel Becker/Stephanie Bongartz (Hrsg.), Die weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes. Ursprünge, Gegenentwürfe, Nachwirkungen, Münster 2011, S. 41-59.

Antisemitisch motivierte Straftagen von Beleidigungen bis zu Gewalttaten. Eine Analyse zu Ausmaß, Deliktarten, Entwicklung und Tätern

in: Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (Hrsg.), Verfassungsschutz in der freiheitlichen Demokratie. 60 Jahre Landesamt für Verfassungsschutz, Wiesbaden 2011, S. 122-136

Feindschaft gegenüber den Muslimen? Kritik des Islam? Begriffe und ihre Unterschiede aus menschenrechtlicher Perspektive

in: Wolfgang Benz/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), „WIR oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention, Schwalbach/Ts. 2011, S. 59-70

„Politische Religion“ und „Zivilreligion“. Politische Theorie

in: Antonius Liedhegener/Andreas Tunger-Zanetti/Stephan Wirz (Hrsg.), Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld, Baden-Baden 2011, S. 223-240.

Humanismus statt Religion als Leitkultur. Zu den moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften

in: Vorgänge, 50. Jg., Nr. 194/Juni 2011, S. 45-59

Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in der Partei „Die Linke“. Eine kritische Prüfung einschlägiger Vorwürfe

in: Deutschland Archiv, 44. Jg., Nr. 3/2011, S. 331-337.

Israelfeindschaft zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus. Eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus

in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 143-162

„Antifaschismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antirepression“: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland

in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 163-182.

Allahs Missionare. Willi Germund, Allahs Missionare, Köln 2010,

in: www.hpd.de, Nr. 10935 vom 9. Januar 2011.

Eine politische Biographie. Jan-Erich Pettersson, Stieg Larsson, Berlin 2010,

in: Nordis, Jan./Feb. 2011, S. 71

Islam und Muslime in der westlichen Welt. Lale Akgün, Aufstand der Kopftuchmädchen, München 2011

in: www.hpd.de, Nr. 10950 vom 11. Januar 2011

Nicht nur für „Millennium“-Fans. Jan-Erik Pettersson, Stieg Larsson, Berlin 2010

in: www.vorwaerts.de vom 14. Januar 2011

Politisches Denken im Übergang. Frank Deppe,

Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert

Hamburg 2010, in: www.hpd.de. Nr. 10976 vom 14. Januar 2011

Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument, in: Moshe Zuckermann, „Antisemit“!. Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument, Wien 2010

in: www.hpd.de, Nr. 10988 vom 17. Januar 2011

Peter Longerich, Joseph Goebbels, München 2010

in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 59. Jg., Nr. 1/2011, S. 79-81

Die realen Ereignisse. „Obamas Vietnam“? Bob Woodward, Obamas Kriege, München 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11038 vom 26. Januar 2011

„Vor uns liegen wunderbare Tage“. Henrik Berggren, Olov Palme, München 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11065 vom 31. Januar 2011

Extremismus in den EU-Staaten. Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten Wiesbaden 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11088 vom 3. Februar 2011

Nazis, CIA und Islamismus. Ian Johnson, Die vierte Moschee, Stuttgart 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11118 vom 9. Februar 2011

Der Aufstieg des politischen Islam im Westen. Stefan Meining, Eine Moschee in Deutschland, München 2011
 in: www.hpd.de, Nr. 11141 vom 14. Februar 2011

Rechte heile Welt im Alltag. Astrid Geisler/Christoph Schultheis, Heile Welten, München 2011
 in: www.hpd.de, Nr. 11163 vom 17. Februar 2011

Neigung des Menschen: Empathie und Kooperation.
 Frans de Waal, Das Prinzip Empathie, München 2011
 in: www.hpd.de, Nr. 11171 vom 18. Februar 2011

Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge (Hrsg.),
 Stalinismus in der sowjetischen Provinz 1937-1938, Berlin 2010
 in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 59. Jg., Nr. 2/2011,
 S. 177 f.

Atheismus im Mittelalter. Dorothea Weltecke,
 „Der Narr spricht: Es ist kein Gott“, Frankfurt/M. 2010
 in: www.hpd.de, Nr. 11174 vom 21. Februar 2011

Biographie eines „freischaffenden Nazis“. Willi Winkler,
 Der Schattenmann, Berlin 2011
 in: www.hpd.de, Nr. 11188 vom 24. Februar 2011

Herrschaftssicherung und Sturz autoritärer Regime
 Holger Albrecht/Rolf Frankenberger/Siegfried Frech (Hrsg.),
 Autoritäre Regime, Schwalbach/Ts. 2011, in: www.hpd.de,
 Nr. 11196 vom 25. Februar 2011

Die sieben Kardinal-Untugenden der Kirche. Friedrich
 Wilhelm Graf, Kirchendämmerung, München 2011
 in: www.hpd.de, Nr. 11213 vom 2. März 2011

Der Islam als Kampfinstrument gegen den Kommunismus.
 Stefan Meining, Eine Moschee in Deutschland,
 München 2011
 in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 2. März 2011

Maurizio Bach/Stefan Breuer, Faschismus als Bewegung
und Regime, Wiesbaden 2011
 in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 200 vom März 2011, S. 8 f.
Wolfgang Benz (Hrsg.); Jahrbuch für Antisemitismus-
forschung 19, Berlin 2010
 in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 200 vom März 2011, S. 9 f.

Claudia Globisch/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hrsg.), Die Dynamik der europäischen Rechten, Wiesbaden 2011

in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 200 vom März 2011, S. 10

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin 2010

in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 200 vom März 2011, S. 10 f.

Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Hubertus Buchstein/Gudrun Heinrich (Hrsg.), Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Schwalbach/Ts. 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11235 vom 7. März 2011

Forschungslücken. Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, Frankfurt/m. 2010

in: Tribüne, Nr. 197/2011, S. 208

Erinnern oder vergessen? Christian Meier, Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns, München 2010

in: Liberal, Februar 2011, S. 90 f.

Reflexionen zu Randbereichen der Gerechtigkeits-theorie. Martha C. Nussbaum, Die Grenzen der Gerechtigkeit

Berlin 2010, in: Liberal, S. 91 f.

Stefan Klein, der Sinn des Gebens, Frankfurt/M. 2010

in: WSI-Mitteilungen, Nr. 3 vom März 2011, S. 150

Islamdebatte: Polemik gegen Polemik. Patrick Bahners, Die Panikmacher, München 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11259 vom 10. März 2011

Neues marxistisches Denken. Frank Deppe, Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert, Hamburg 2010

in: Neue Politische Literatur, Jg. 56, Nr. 1/2011, S. 155 f.

Die zentralen Gründe für politische Umbrüche. Eckhard Jesse, Systemwechsel in Deutschland, Köln 2010

in: www.hpd.de., Nr. 11281 vom 15. März 2011

Frauen in der Neonazi-Szene. Andrea Röpke/Andreas Speit, Mädelsache, Berlin 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11295 vom 17. März 2011

Imke Leicht, Multikulturalismus auf dem Prüfstand, Berlin 2009

in: SIAK-Journal, Nr. 1/2011, S. 96 f.

Eric Hobsbawn, Globalisierung, Demokratie und Terrorismus, München 2009

in: SIAK-Journal, Nr. 1/2011, S. 98 f.

Muster islamfeindlichen Denkens. Achim Bühl, Islamfeindlichkeit in Deutschland, Hamburg 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11316 vom 22. März 2011

Die mangelnde Legitimation des Islam. Barbara Köster, Der missverstandene Koran, Berlin 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11326 vom 24. März 2011

Eine säkulare Gerechtigkeitstheorie. John Rawls, Über Sünde, Glaube und Religion, Berlin 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11348 vom 29. März 2011

Reinhard Mehring, Carl Schmitt, München 2009;

Jan-Werner Müller, Ein gefährlicher Geist

in: Zeitschrift für Politik, 58. Jg. Nr. 1/2011, S. 108 f.

Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, München 2009

in: Zeitschrift für Politik, 58. Jg. Nr. 1/2011, S. 116 f.

Eine säkulare Gerechtigkeitstheorie. John Rawls, Über Sünde, Glaube und Religion, Berlin 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11348 vom 29. März 2011

Faire Bilanz – kein „Heldengesang“. Eine neue Biographie über Olof Palme. Henrik Berggren, Olof Palme, München 2011

in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 4 vom April 2011, S. 76 f.

Staatlicher Umgang mit Linksterrorismus. Stephan Scheiper, Innere Sicherheit, Paderborn 2010; Volker Friedrich Drecktrah (Hrsg.), Die RAF und die Justiz, München 2010; Johannes Hüter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), Die bleiernen Jahre, München 2010

in: Deutschland Archiv, 44. Jg., Nr. 1/2011, S. 152-154

Mehr Realitätsbezug in der politischen Philosophie. Raymond Geuss, Kritik der politischen Philosophie, Hamburg 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11396 vom 8. April 2011

Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben. Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten, Frankfurt/M. 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11419 vom 13. April 2011

Eckhard Jesse, Systemwechsel in Deutschland, Köln 2010

in: *Freiheit und Recht*, Nr. 1 + 2 vom April 2011, S. 25 f.

Achim Bühl, Islamfeindlichkeit in Deutschland, Hamburg 2010

in: *Freiheit und Recht*, Nr. 1 + 2 vom April 2011, S. 28

Jimmy Carter zum Nahost-Konflikt. Jimmy Carter, Palästina – Frieden nicht Apartheid, Neu-Isenburg 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11506 vom 28. April 2011

Wissenschaft und NS-Ideologie. Horst Junginger, Die Verwissenschaftlichung der „Judenfrage“ im Nationalsozialismus, Darmstadt 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11527 vom 3. Mai 2011

Warnung vor falscher Nachgiebigkeit. Rita Breuer, Wird Deutschland islamisch?, Berlin 2011,

in: www.hpd.de, Nr. 11535 vom 4. Mai 2011

Henrik Meyer/Klaus Schubert (Hrsg.), Politik und Islam, Wiesbaden 2011

in: www.humanismus-aktuell.de vom 5. Mai 2011

Der Rechtsstaat ist kein Kind der Religion. Helmut Schmidt, Religion in der Verantwortung, Berlin 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11559 vom 11. Mai 2011

Schirin Fathi (Hrsg.), Komplotte, Ketzler und Konspirationen, Bielefeld 2010

in: *Zeitschrift für Internationale Freimaurer-Forschung*, 13. Jg., Nr. 25/2011 S. 98 f.

Willi Winckler, Der Schattenmann, Berlin 2011

in: *DÖW Mitteilungen*, Folge 201 vom Mai 2011, S. 10

**Wie wird man zum Dschihadisten? Martin Schäuble,
 Dschihadisten, Berlin 2011**

in: www.hpd.de, Nr. 11568 vom 13. Mai 2011

**Achim Bühl, Islamfeindlichkeit in Deutschland,
 Hamburg 2010**

in: www.diesseits.de

**Neonazis in Bewegung. Jan Schedler/Alexander Häusler
 (Hrsg.), Autonome Nationalisten, Wiesbaden 2011**

in: www.hpd.de, Nr. 11594 vom 19. Mai 2011

**Schirin Fathi (Hrsg.), Komplotte, Ketzler und Konspira-
 tionen, Bielefeld 2010**

in: Zeitschrift für Internationale Freimaurer-Forschung,
 13. Jg., Nr. 25/2011, S. 98 f.

**Außenpolitische Altlast(en) der USA. Bob Woodward,
 Obamas Kriege, München 2010**

in: Liberal, Nr. 2 vom Mai 2011, S. 88 f.

**John Rawls über Religion. John Rawls, Über Sünde,
 Glaube und Religion, Berlin 2010**

in: Liberal, Nr. 2 vom Mai 2011, S. 89 f.

**1939: Der Feind steht im Osten. Rolf-Dieter Müller, Der
 Feind steht im Osten, Berlin 2011**

in: www.hpd.de, Nr. 11649 vom 6. Juni 2011

**„Empathie“, „Kooperation“ und „Solidarität“.
 Peter Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und
 Menschenwelt, Aschaffenburg 2011**

in: www.hpd.de, Nr. 11656 vom 7. Juni 2011

**Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus,
 Band 2/1 und 2/2, Berlin 2009**

in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 63. Jg.,
 Nr. 2/2011, S. 188 f.

**„Angriff von Rechtsaußen“ Ronny Blaschke, Angriff von
 Rechtsaußen, Göttingen 2011**

in: www.hpd.de, Nr. 11668 vom 9. Juni 2011

**Rückkehr des Religiösen? Nein. Detlef Pollack, Rückkehr
 des Religiösen, Tübingen 2009**

in: www.hpd.de, Nr. 11687 vom 15. Juni 2011

Ein Überbleibsel der „K-Gruppen“. Sascha Dietze, Die Ideologie der Marxistisch-leninistischen Partei Deutschlands, Münster 2010

in: www.hpd.de, Nr. 11702 vom 20. Juni 2011

Bertrand M. Patenaude, Trotzki, Berlin 2010

in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6 vom Juni 2011, S. 579 f.

Kommunismuskritik von Ehemaligen. Mario Keßler, Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland, Berlin 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11712 vom 22. Juni 2011

Holger Albert/Rolf Frankenberger/Siegfried Frech (Hrsg.), Autoritäre Regime, Schwalbach/Ts. 2011

in: Zeitschrift für Politik, Nr. 2/2011, S. 223 f.

Amartya Sen, Die Idee der Gerechtigkeit, München 2010,

in: Zeitschrift für Politik Nr. 2/2011, S. 239 f.

Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten, Frankfurt/M. 2011

in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 202 vom Juli 2011, S. 8 f.

Rolf-Dieter Müller, Der Feind steht im Osten, Berlin 2011

in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 202 vom Juli 2011, S. 9 f.

Horst Junginger, Die Verwissenschaftlichung der „Judenfrage“ im Nationalsozialismus, Darmstadt 2011

in: Mitteilungen des DÖW, Nr. 202 vom Juli 2011, S. 10

Neues marxistisches Denken. Frank Deppe, Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert, Hamburg 2010

in: Neue Politische Literatur, Nr. 1/2011, S. 155 ff.

Radikalisierung in der Diaspora. Peter Waldmann,

Radikalisierung in der Diaspora, Hamburg 2009

in: SIAK-Journal, Nr. 2/2011, S. 100 f.

Volker Weiß, Deutschlands Neue Rechte, Paderborn 2011

in: www.endstadtion-rechts.de (22. Juli 2011)

Ohne klare Kriterien: Jahrbuch für Islamophobieforschung 2011. Farid Hafez (Hrsg.), Jahrbuch für Islamophobieforschung 2011, Innsbruck 2011 (29. Juli 2011)

in: www.entstadtion-rechts.de

Fundamentalismus: Aufstand gegen die Moderne.
Thomas Meyer, Was ist Fundamentalismus?, Wiesbaden
2011

in: www.hpd.de, Nr. 11761 vom 1. August 2011

Beschwörung des Untergangs der eigenen Kultur. Volker
Weiß, Deutschlands Neue Rechte, Paderborn 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11772 vom 2. August 2011

Extreme Gewalt und soziale Krisen. Christian Gerlach,
Extrem gewalttätige Gesellschaften, München 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11787 vom 4. August 2011

Politisch motivierte Gewaltanwendung. Jahrbuch
Terrorismus 2010, Leverkusen 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11791 vom 5. August 2011

Gleichheit, Neid und Rassenhass. Götz Aly, Warum die
Deutschen? Warum die Juden?, Frankfurt/M. 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11798 vom 8. August 2011

Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus.
Band 3, Berlin 2010

in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 63 Jg.,
 Nr. 3/2011, S. 305 f

Die „Bloodlands“ Europas. Timothy Snyder, Bloodlands,
München 2011i

in: www.hpd.de, Nr. 11831 vom 15. August 2011

Antizionismus: Israel als Projektionsfläche. Timo Stein,
Zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Wiesbaden
2011

in: www.hpd.de, Nr. 11842 vom 17. August 2011

Auf dem Sprung in eine neue Zeit. Gudrun Krämer,
Demokratie im Islam, München 2011

in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 20/21. August 2011

Eine Bestätigung der Säkularisierungsthese. Det-
lef Pollack, Säkularisierung – ein moderner Mythos,
Tübingen 2003,

in: www.hpd.de, Nr. 11856 vom 22. August 2011

Besonderheiten der arabischen Welt. Gudrun Krämer, Demokratie im Islam, München 2011

in: www.hpd.de., Nr. 11873 vom 25. August 2011

Rolf-Dieter Müller, Der Feind steht im Osten, Berlin 2011

in: Osteuropa, Nr. 8-9/August-September 2011, S. 372 f.

Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge, Massenmord und Lagerhaft, Berlin 2009

in: Osteuropa, Nr. 8-9/August-September 2011, S. 385 f.

Philosophie – einmal anders. Philosophie. Ein Sachcomic, Überlingen 2011, Ethik. Ein Sachcomic, Überlingen 2011, Logik. Ein Sachcomic, Überlingen, Marxismus. Ein Sachcomic, Überlingen 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11919 vom 7. September 2011

Mentalitäten von Soldaten im II. Weltkrieg. Harald Welzer/Sönke Neitzel/Christian Gudehus (Hrsg.), „Der Führer war wieder viel zu human, viel zu gefühlvoll“, Frankfurt/M. 2011

in: www.hpd.de, Nr. 11930 vom 9. September 2011

Von Spengler bis Sarrazin? Volker Weiß, Deutschlands Neue Rechte, Paderborn 2011

in: Liberal, Nr. 3/September 2011, S. 83 f.

Über den Rettungswiderstand in Europa. Arno Lustiger, Rettungswiderstand, Göttingen 2011

in: www.hpd.de., Nr.119341 vom 12. September 2011.

Geschichten von unbekanntem Helden. Arno Lustiger, Rettungswiderstand, Göttingen 2011

in: Kölner Stadtanzeiger vom 15. September 2011

Jan-Erik Petersson, Stieg Larsson, Berlin 2010

in: Mitteilungen des DÖW, Folge 203 vom Oktober 2011, S. 9 f.

Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments, Wiesbaden 2010

in: Mitteilung des DÖW, S. 10

Armin Fuhrer, Ernst Thälmann, München 2011

in: Mitteilung des DÖW, S. 10 f.

Raphael Gross, Anständig geblieben, Frankfurt/(M. 2010)
in: Mitteilung des DÖW, S. 11

Zwischen Panikmache und Naivität. Johannes Kandel,
Islamismus in Deutschland, Freiburg 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12028 vom 28. September 2011

**Linksextreme – unterschätzte Gefahr? Harald Bergsdorf/
Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unter-
schätzte Gefahr?**
Paderborn 2011, in: www.hpd.de, Nr. 12059 vom
5. Oktober 2011

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. in:
**Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neo-
liberalismus, Berlin 2011**
in: www.hpd.de, Nr. 12064 vom 6. Oktober 2011

**Keine Projektierungen, nur Wunschdenken. Anton
Stengl, Zur Geschichte der K-Gruppen, Frankfurt/M. 2011**
in: www.hpd.de, Nr. 12082 vom 11. Oktober 2011

Martin Luther King: Geehrt und ...? Albert Scharenberg,
Martin Luther King, Stuttgart 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12095 vom 13. Oktober 2011

Widerstandsgruppe „Frit Danmark“. Jorgen Kieler,
Dänischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus,
Hannover 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12124 vom 18. Oktober 2011

Verständnis von Gerechtigkeit. Bernd Ladwig,
Gerechtigkeitstheorien, Hamburg 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12132 vom 19. Oktober 2011

Thematisch interessant mit analytischen Schwächen.
Neues Jahrbuch Antisemitismusforschung erschienen.
**Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismus-
forschung 20, Berlin 2011**
in: www.endstation-rechts.de vom 18. Oktober 2011

Benz zieht Bilanz – Antisemitismus und „Islamkritik“.
Wolfgang Benz, Antisemitismus und „Islamkritik“, Berlin
2011
in: www.endstation-rechts.de vom 22. Oktober 2011

Herr oder Knecht?“ Verhältnis von Israel und USA. James Petras, Herr oder Knecht?, Frankfurt/M. 2010
in: www.hpd.de, Nr. 12196 vom 27. Oktober 2011

Auflaufmodell Menschenwürde? Heiner Bielefeldt, Auslaufmodell Menschenwürde?, Freiburg 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12215 vom 31. Oktober 2011
Eine Bilanz der Antisemitismusforschung. Wolfgang Benz, Antisemitismus und „Israelkritik“, Berlin 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12241 vom 3. November 2011

„Die Zeit der Weltkriege 1914-1945“. Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Bd. 2, München 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12268 vom 8. November 2011

„Eine neue Geschichte der Menschheit“. Steven Pinker, Gewalt, Frankfurt/M. 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12274 vom 9. November 2011

Die Rote Armee Fraktion. Klaus Flieger, Die Rote Armee Fraktion. RAF, Baden-Baden 2011
in: www.hpd.de, nr. 12289 vom 14. November 2011

„Danebrog gegen Hakenkreuz“. Matthias Barth, Danebrog gegen Hakenkreuz, Neumünster 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12311 vom 16. November 2011

„Kampf bis in den Untergang“. Ian Kershaw, Das Ende, München 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12321 vom 17. November 2011

„Die Austreibung des armenischen Volkes“. Armin T. Wegner, Die Austreibung des armenischen Volkes“, Göttingen 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12337 vom 21. November 2011

Grundlagenwerk des Atheismus. Fritz Mauthner, der Atheismus und seine Geschichte im Abendland, Aschaffenburg 2011
in: Diesseits, Nr. 96/2011, S. 38

Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Klaus Ahlheim, Sarrazin und der Extremismus der Mitte, Hannover 2011
in: www.hpd.de, Nr. 12358 vom 24. November 2011

„Demokratischer Sozialismus“ oder „Demokratischer Sozialismus“

in: Freiheit und Recht, Nr. 1 + 2 vom April 2011, S. 20 f.

Die Kritik des Christentums aus der Perspektive des neoheidnischen Rechtsextremismus

in: Materialien und Informationen zur Zeit, Nr. 1/2011, S. 11-14

Antisemitismus und Antizionismus in der Charta der Hamas. Eine Fallstudie zu Judenfeindschaft im islamistischen Diskurs

in: www.bpb.de

Antisemitismus im Islamismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren und agitatorische Erscheinungsformen (5. Juli 2011)

in: www.bpb.de

Islamistische Gruppen in Deutschland. Darstellung und Einschätzung zu Bedeutung und gefahrenpotential (18. Juli 2011)

in: www.bpb.de

„Demokratischer Sozialismus“ oder „Demokratischer Sozialismus“? Zur Umdeutung und Vereinnahmung durch die Partei „Die Linke“

in: Gegen Vergesse. Für Demokratie, Nr. 69 vom Juli 2011, S. 14 f.

Islamismus – Was ist das überhaupt? Definition – Merkmale – Zuordnungen

in: www.bpb.de

Der Rechtsterrorismus im Verborgenen

in: www.hpd.de, Nr. 12376 vom 28. November 2011

Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie, Wirkung. Das E-IOS-Schema zur Analyse extremistischer Bestrebungen,

Heimerzheim 2011

Begriffe zu Feindschaft und Kritik gegenüber Islam und Muslimen. Definition und Unterschiede aus menschenrechtlicher Perspektive,

Heimerzheim 2011

Die Besonderheiten des religiös legitimierten Terrorismus. Eine Analyse zu Handlungssteilen und Normensystemen in vergleichender Perspektive,
Heimerzheim 2011

Antisemitisch motivierte Straftagen von Beleidigungen bis zu Gewalttaten. Ausmaß, Deliktarten, Entwicklung, Täter,
Heimerzheim 2011

Literatur zum Extremismus, Islamismus, Rechtsextremismus, Faschismus, Islam, Kommunismus und Nationalsozialismus (Nr. 1/2011),
Heimerzheim 2011

Antifaschismus, Antiglobalisierung, Antirepression. Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland,
Heimerzheim 2011

Literatur zu Islamismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Diktaturen, Islam, Islam-Kritik, Kommunismus und Nationalsozialismus (Nr. 2/2011),
Heimerzheim 2011

Demokratischer Sozialismus (I) oder Demokratischer Sozialismus (II). Zur Umdeutung und Vereinnahmung eines Konzepts durch die Partei „Die Linke“,
Heimerzheim 2011

Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in der Partei DIE LINKE. Eine kritische Prüfung einschlägiger Vorwürfe,
Heimerzheim 2011

Literatur zu Extremismustheorie, Islamismus, Linksterrorismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islam, Kommunismus, Muslimenfeindlichkeit, Nahost-Konflikt, Nationalsozialismus und Religion (Nr. 3/2011),
Heimerzheim 2011

Islamismus – der neue Extremismus, Faschismus, Fundamentalismus und Totalitarismus? Eine Erörterung zu Angemessenheit und Erklärungskraft der Zuordnungen,
Heimerzheim 2011

Judenfeindschaft als Basis einer Kooperation. Antisemitismus und Antizionismus bei Islamisten und Rechtsextremisten,
Heimerzheim 2011

Antimuslimismus statt Islamophobie. Zur Notwendigkeit einer angemessenen Bezeichnung für Muslimenfeindlichkeit,
Heimerzheim 2011

Israelfeindschaft zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus. Eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus,
Heimerzheim 2011

Islamistische Ideologie in deutscher Sprache. Eine extremismustheoretische Analyse von Maududi- und Qutb-Übersetzungen,
Heimerzheim 2011

Literatur zu Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fundamentalismus, Genozidforschung, Islam, Islamfeindlichkeit, Kommunismus, Rassismus, Religion und Terrorismus. Eine Rezensionssammlung (Bd. 4/2011),
Heimerzheim 2011

Forschungs- und Literaturbericht zum Linksextremismus. Darstellung und Einschätzung,
Heimerzheim 2011

RD Dr. Mag.rer.publ. Gunter Warg

Extremismus und Terrorismus. Ein Definitionsversuch aus rechtlicher Sicht
Carl Heymanns Verlag, Köln, 2011, Verwaltungsarchiv 4/2011,
20 Seiten,
ISBN 978-3-555-01507-1

Möller/Warg, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht (mit Verwaltungszwang und Bescheidtechnik)
W. Kohlhammer, Stuttgart, 2011,
ISBN 978-3-555-01507-1

Fehlerhafte Außenvertretung der Gemeinde durch den Bürgermeister beim Erlass von Verwaltungsakten
Richard Boorberg, Stuttgart, 2011, Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter 6/2011, S. 214-215

Fachbereich Sozialversicherung

Prof. Dr. Jürgen Beschorner

Die Geltung der VO (EWG) Nr. 1408/71 für das Pflegeversicherungssystem einer föderalen Einheit unter Ausschluss von anderen Teilen des Staatsgebiets
Luchterhand Köln, 2011, ZFSH/SGB 2/2011, S. 61-67,
ISSN 1434-5668

Geldleistungen für Arbeitsmigranten in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs am Beispiel der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71
Staatliche Hochschule Zamosc/Polen, 2011, Facta Simoni-dis – Sammlung wissenschaftlicher Forschungsbeiträge der Staatlichen Hochschule Zamosc/Polen 2010, Band Nr. 1 (3) – erschienen 2011
ISSN 1899-3109

Volksentscheide und andere Merkwürdigkeiten
Boorberg München, 2011, Ausbildung, Prüfung, Fachpraxis (apf) 5/2011, S. 158-160,
ISSN 1867-6995

Erleichterungen für die konzerninterne Entsendung von Fachkräften sowie für die Einreise von Saisonarbeitnehmern aus Drittstaaten
Erich Schmidt Berlin, 2011, Zeitschrift für Europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (ZESAR) 5-6/2011, S. 209-216,
ISSN 1611-1958

Umsetzung der sozialpolitischen Gemeinschaftsagenda im Programm PROGRESS: aktuelle Entwicklungen
Carl Heymanns Köln, München, 2011, Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (RsDE), Heft 72 (2011),
ISBN 978-3-452-27316-1

**Unionsprojekte zur grenzüberschreitenden Kranken-
behandlung und zur Interoperabilität elektronischer
Patientendatenysteme („eHealth“)**

Luchterhand Köln, 2011, ZFSH/SGB 12/2011)
ISSN 1434-5668

Prof'n Dr. Brigitte Jährling-Rahnefeld

**Rechtliche Ausgestaltung von Leistungsausschlüssen in
der betrieblichen Altersversorgung**
2011, 6 Seiten

Urteilsanmerkung zu BSG vom 20.10.2009
Erich-Schmidt-Verlag, SGB 1/2011, S. 398 f.

VAR'n Andrea Preker

Freiwillige Versicherung und Nachzahlung
Deutsche Rentenversicherung Bund, 2011, Studententext für
Sozialversicherungsfachangestellte – Stand 2010

VD Rüdiger Schaer

**Ausnahmen zur Zehnjahresfrist bei Aufhebungen nach
§ 48 SGB X**
juris GmbH, 2011, juris Praxisreport, jurisPR-SozR 5/2011,
Anmerkung 5
ISSN 1860-1588

Nachholen der Anhörung im gerichtlichen Verfahren
juris GmbH, 2011, juris Praxisreprt, jurisPR-SozR 8/2011,
Anmerkung 3
ISSN 1860-1588

**Grundsatz von Treu und Glauben bei Jahresfrist des § 66
Abs. 2 Satz 1 SGG**
juris GmbH, 2011, juris Praxisreprt, jurisPR-SozR 15/2011,
Anmerkung 6
ISSN 1860-1588

**Erstattungsanspruch der Sozialleistungsträger bei
Bestehen mehrerer Rentenansprüche**
juris GmbH, 2011, juris Praxisreprt, jurisPR-SozR 17/2011,
Anmerkung 6
ISSN 1860-1588

VAR Heinz – Günther Stehr**Knappschaftsrecht II**

Deutsche Rentenversicherung Bund, 2011, Studententext für
Sozialversicherungsfachangestellte-Stand 2011, Heft Nr. 32

**Löschau (Hrsg.), Gesetzliche Rentenversicherung
(SGB VI)**

Asgard-Verlag, St. Augustin, 2011, Kommentar
ISBN 978-3-537-55020-0

Fachbereich Wetterdienst**Dr Markus Zygmuntowski****Analysis of turbulent CO₂ and H₂O fluxes over an
Alsatian wheat field**

Dissertationsreihe der UB Freiburg, 2011, 225 Sieten

Zentralbereich**RD Dr. Thomas Beck**

Nordkorea – Fossil des Kalten Krieges im Umbruch?
Bundesministerium der Verteidigung (Hg), Bonn 2011,
Zeitschrift „Innere Führung“ Nr. 4/2010

Prof'n Dr. Yvonne Dorf

Tätigkeitsverbot wegen Schweinegrippe
Vahlen Verlag, 2011, JA (Juristische Arbeitsblätter)

Der Bildungskredit in der Bundesverwaltung
Maximilian Verlag, 2011, DVP (Deutsche Verwaltungspraxis)

Völkerrecht

C. H. Beck-Verlag, Schriftenreihe Jurakompakt,
ISBN 978-3-406-61485-9

Attraktive Aufstiegsmöglichkeit – Neu: Studiengang
Master of Public Administration an der FH Bund
Boorberg Verlag, PUBLICUS – Online Magazin für das
Öffentliche Recht

**Ein Aufstieg besonderer Art – Der Masterstudiengang
 „Master of Public Administration“ an der FH Bund
 Boorberg Verlag, apf (Ausbildung – Prüfung – Fachpraxis)**

Prof'n JUDr., Ph. D. Daniela Heid

EU-Grundrechte
 HWR Berlin,
 ISBN 978 3 940056 28 3

Rechtsordnung der Europäischen Union
 FH Bund, MPA

Prof'n Dr. Barbara Henman-Sturm

Grundlagen der allgemeinen Wirtschaftspolitik in der
 Bundesrepublik Deutschland
 Studienbrief MPA, FH Bund, Brühl
 RD Dr. Andreas Lamers

Konsolidierung der Evaluation am Zentralbereich
 Thomas Bönders (Hrsg), 29 Jahresbericht des Präsidenten
 der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
 S. 56-59

Datenbank-Grundlagen (Microsoft Access)
 Manuskript, Brühl

Datenbank-Praxis mit [Microsoft] Access
 Manuskript, Brühl

IT/Multimedia – Laufbahntypische Bereiche
 (18. überarb. Aufl.)
 Manuskript, Brühl

Excel für Einsteiger – Kurzeinführung für Stud. d. FB AIV
 Manuskript, Brühl

Textverarbeitung mit [Microsoft] Word
 Manuskript, Brühl

Präsentationstechnik mit PowerPoint – Kurzeinführung
 für Stud. d. FB AIV
 Manuskript, Brühl

Statistik für DWD-Kurse (1): Zweidimensionale Häufigkeitsverteilungen
Manuskript, Brühl

Statistik für DWD-Kurse (2): Grundzüge der Wahrscheinlichkeitsrechnung
Manuskript, Brühl

Schließende Statistik: Einführung in elementare Schätz- und Testverfahren
Studienbrief, MPA – Modul 3, Brühl

Prof. Dr. Thomas Sauerland

Wohnungsunternehmen als begünstigtes Vermögen nach § 13b ErbStG: Eine Erwiderung zu Ivens, DStR 2010, 2168

Verlag C. H. Beck München, Deutsches Steuerrecht (DStR) 2011, S. 845-847,
ISSN 0949-7676

Strafverfolgung von Propagandadelikten und Steuergeheimnis: Zugleich zum „zwingenden öffentlichen Interesse“ i. S.d. § 30 Abs. 4 Nr. 5 AO

Verlag Dr. Otto Schmidt Köln, Der AO-Steuer-Berater (AO-StB) 2011, S. 176-179,
ISSN 1617-2272

Atom-Moratorium' der Bundesregierung: Rechtmäßige Risikoversorge oder willkürliches Wahlkampf kalkül?

Richard Boorberg Verlag Stuttgart, PUBLICUS – Der Online-Spiegel für das Öffentliche Recht, Ausgabe 2011.5, S. 8-10,

Ersatzleistungsansprüche gegen den Bund: Grundzüge des Staatshaftungsrechts

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl (Rhld.), Studienbrief für Modul 4 (Allgemeines Verwaltungshandeln – Public Management) des Fernstudien-gangs zum „Master of Public Administration“ an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, 1. Auflage 2011

Prof. Dr. Marc Wagner

Guten Tag, die Bundespolizei, Ihre Ausweispapiere bitte
Bundespolizeipräsidium Potsdam, Bundespolizei kompakt,
S. 44-45,
ISBN 2190-6718

Die Straflosigkeit von Körperverletzungen in der
„dritten Halbzeit“: Ein Präjudiz für die bundespolizei-
liche Gefahrenabwehr?
Kohlhammer, Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), S. 234-238,
ISBN 0029-859 X

Von der „Repolizeilitarisierung“ zum Reformreigen –
60 Jahre Bundespolizei
Carl Heymanns, Die Polizei, S. 97-106,
ISBN 0032-3519

Die Innenministerkonferenz in der Fallbearbeitung
Maximilian, Deutsche Verwaltungspraxis (DVP), S. 337-339,
ISBN 0945-1196
Makakenaffen, Weltuntergang, Deutsches Historisches
Museum – förmliche Rechtsbehelfe und die Stiftung
öffentlichen Rechts in der Fallbearbeitung
Maximilian-Verlag, Deutsche Verwaltungspraxis (DVP),
S. 473-477,
ISBN 0945-1196

Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter



Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (022899) 629-0

Fax: (022899) 629-9216

Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Vortragender Legationsrat Matthias Hansen

Schwarzer Weg 45

13505 Berlin

Telefon: (03018) 17-0

Fax: (03018) 17-11 26



Fachbereich Bundespolizei

Präsident Bernd Brämer

Ratzeburger Landstraße 4

23562 Lübeck

Telefon: (0451) 20 3-0

Fax: (0451) 20 3-17 09

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Direktor Rudolf Junger
Seckenheimer Landstraße 10
68163 Mannheim
Telefon: (0621) 42 95-0
Fax: (0621) 42 95-42 22



Fachbereich Finanzen

Abteilungsleiter Dr. Rüdiger Nolte
Gescher Weg 100
48161 Münster
Telefon: (0251) 86 70-0
Fax: (0251) 86 70-6 66



Fachbereich Kriminalpolizei

Professor Dr. Thorsten Heyer
Thaerstraße 11
65193 Wiesbaden
Telefon: (0611) 55-0
Fax: (0611) 1 67 39



**Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung**

Leitender Verwaltungsdirektor Karl Friedrich Köhler

Weißensteinstraße 70 – 72

34131 Kassel

Telefon: (0561) 93 59-0

Fax: (0561) 93 59-3 28

Fachbereich Nachrichtendienste

Direktor beim BND Dr. Hans Dieter Denk

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Direktor beim BND Dr. Hans Dieter Denk

Wasserburger Straße 43-47

85540 Haar

Abteilung Verfassungsschutz

Professor Dr. Raimund Jokiel (kommissarisch)

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (02232) 57 93 98-0

Fachbereich Sozialversicherung

Abteilungsdirektorin Gudrun Dannhauer

Nestorstraße 23 – 25

10709 Berlin

Telefon: (030) 8 65-0

Fax: (030) 8 65-2 86 70



Fachbereich Wetterdienst

Regierungsdirektor Dipl.-Met. Harald Wollkopf

Frankfurter Straße 135

63067 Offenbach

Telefon: (069) 80 62-0



Herausgeber

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl
www.fhbund.de

Verantwortlich

Thomas Bönders
Präsident der Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Redaktion

Steve Winter (verantwortlich)
Jörg Fandrey

Gestaltung, Layout, Satz

Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design,
Düsseldorf

Druck

Bonifatius GmbH, Druck – Buch – Verlag, Paderborn

Fotonachweis

FH Bund; BSP Braun/Schlockermann und Partner (S. 204);
Fotolia; Bundesministerium des Innern; Peter Schmitt,
Kompetenzzentrum Technik – Diversity – Chancengleichheit e. V.

ISSN: 1434-4254